

Heute in der WELT



Wie das Ausland Deutschland sieht

„Heterogen, dynamisch und maximalistisch“ – so schätzt der Chefredakteur der spanischen Zeitung „La Vanguardia“, Francesc Noy, die Deutschen ein. Er ist beeindruckt, von der Wendigkeit, mit der sie auf die Herausforderung der Zeit reagieren – und verblüfft, wie sie mit ihren Spitzenpolitikern umspringen. Kritische Worte findet Noy zur deutschen Außenpolitik. Ihr Kurs sei alles andere als gradlinig. Seite 6

Was in Tschernobyl wirklich geschah

Menschliches Versagen und eine Kette unglücklicher Ereignisse im Reaktorblock vier des Kernkraftwerks Tschernobyl führten am 26. April dieses Jahres zu dem, was seither unter dem Kürzel GAU zum fürchtbarsten Begriff wurde: Der Größte Anzunehmende Unfall in Tschernobyl begann offenbar im Zusammenhang mit einer routinemäßigen Inspektion. Wie Mosaiksteine haben westliche Geheimdienste ihre Erkenntnisse zu einem Bild des schwersten Reaktor-Unfalls aller Zeiten zusammengesetzt. Seite 3

POLITIK

Rat: Der ehemalige Bundespräsident Karl Carstens ist zum neuen Vorsitzenden des „Rats der Älteren“ in der Union gewählt worden. Zugleich hat ihn der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Kohl, eingeladen, regelmäßig beratend an den Sitzungen des CDU-Vorstands teilzunehmen.

Eingefroren: Die Westdeutsche Landesbank (WestLB) hat neue Bankkredite an Südafrika wegen der derzeitigen politischen Situation in der Folge der Apartheid-Politik „eingefroren“. Das teilte der nordrhein-westfälische Finanzminister Posser mit.

Spitzel: Der im Februar abgesetzte philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat nach eigenen Angaben während seiner Regierungszeit vier Geheimdienst-Organisationen in den USA unterhalten, um die Aktivitäten von Oppositionellen im amerikanischen Exil zu überwachen.

Abgelöst: Den ehrgeizigen Plänen von Parteichef Gorbatschow, die sowjetische Wirtschaft zu modernisieren, ist der Minister für Werkzeugmaschinen und die Werkzeugindustrie, Boris Balzont, zum Opfer gefallen. Er war öfters Kritik ausgesetzt und wurde von Nikolai Pantischew abgelöst.

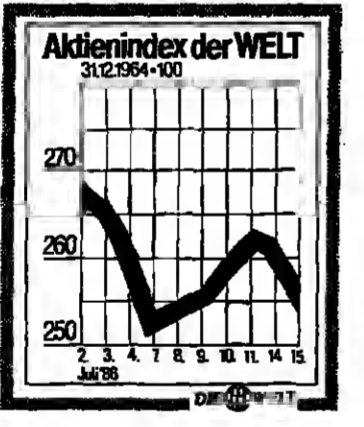
Folter: In der UdSSR werden nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte mindestens 184 Menschen wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung in psychiatrischen Anstalten festgehalten und zwangsweise behandelt.

Südkorea: Präsident Chun Doo Hwan plant umfangreiche Veränderungen in seiner Demokratischen „Gerechtigkeitspartei“. Offiziell soll damit die Stellung von Parteichef Rob Tae Woo gestärkt werden, die als möglicher Nachfolger von Chun gilt. Beide sind Schulfreunde.

WIRTSCHAFT

Russisch: Der London-Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse hat offenbar zur Einigung über alte Querelen im Zusammenhang mit russischen Anleihen aus der vorrevolutionären Zeit geführt. An der London Stock Exchange werden rund 40 solcher Anleihen gehandelt. Die Sowjetunion weigert sich seit ihrer Gründung, diese Verbindlichkeiten zu honorieren. Der Handel wurde ausgesetzt. (S. 5 und 9)

Börse: Der nachgebende Dollar kurs führte an den deutschen Aktienmärkten zu niedrigeren Kursen. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 237,67 (262,05). BHF Rentenindex 106,666 (106,645). BHF Performan-



KULTUR

Defizite: Die Frau im Komponistenberuf, sie bleibt – in Deutschland noch stärker als anderswo – unterrepräsentiert. Der Sachverhalt ist in der Neuen Musik keineswegs mehr so eindeutig, doch er ist in der Diskussion. (S. 15)

Eiskalt: American Way of Life – Coca-Cola-Plakate aus 100 Jahren im Pariser Museum für Werbewesen. Die Vorlagen der Plakate wurden immer zuerst auf Öl gemalt. Gesundheit, Optimismus und Zahnpasta-Lächeln. (S. 15)

SPORT

Tennis: Bei der Mannschaftsweltmeisterschaft der Damen wird sich in der Federation Cup vom 21. bis 27. Juli in Prag trifft die deutsche Mannschaft im ersten Spiel auf den Gewinner der Begegnung Belgien gegen Finnland. (S. 14)

Fußball: Das Chemie-Unternehmen Höchst wird sich in der Bundesliga-Saison 1986/87 erstmals in der Trikot-Werbung engagieren. Bundesligist Eintracht Frankfurt erhält als Werbeträger dafür 919 000 Mark. (S. 14)

AUS ALLER WELT



Friseur: Akzeptiert ist sie in der Bevölkerung in der Königsfamilie ebenso. Sarah Ferguson (Foto), am 23. Juli Gattin von Prinz Edward, hat schon jetzt frischen Wind in Britanniens Leben gebracht – unkonventionell. (S. 16)

Verkrustungen: Ich wünsche mir, daß in unseren Schulbüchern auch ein Junge weinen darf. – Seinen Wunsch hat Niedersachsens Kultusminister Oeschatz zum Anlaß genommen, die Schulbücher durchforsten zu lassen. (S. 16)

Treffen Kohls mit Chirac scheitert an „Terminen“

Kanzler hat Gespräche angeboten / Zunächst wenig Interesse an Wallmann

ms. Bonn Die schwierige politische Situation in Frankreich, die vor allem durch das gespannte Verhältnis zwischen Staatspräsident Mitterrand und Premierminister Chirac zum Ausdruck kommt, bereitet auch der Bundesregierung in Bonn Probleme. Bundeskanzler Helmut Kohl liegt an guten Gesprächskontakten zu beiden französischen Politikern, allerdings ist bislang ein Gesprächstermin zwischen ihm und Chirac nicht zustande gekommen, obwohl eine offene Aussprache zwischen beiden über das Atomkraftwerk Cattenom nützlich wäre.

Der Bundeskanzler hat daraufhin für die vergangene Woche zwei Termine angeboten und sich auch noch für diese Woche geschäftsbereit erklärt. Chirac hat ihm um Verständnis gebeten, daß er die Terminvorschläge angesichts der Schlußphase der Beratungen im französischen Parlament nicht annehmen könne.

Eine gewisse Verärgerung hat bei Kohl hinterlassen, daß Chirac bei seinem Bonn-Besuch den Deutschen tatkräftige Unterstützung bei ihren Bemühungen um spezielle Hilfen für die Bauern auf der EG-Ebene zugesagt, dann aber die Chirac-Fraktion im Europaparlament gegen die deutschen Wünsche votiert hat.

SEITE 8: Am Anfang stand Rambouillet

Serben nehmen Albaner in Schutz

Hilfsfonds für politisch Verfolgte / Belgrad führt Propaganda-Feldzug gegen „bürgerliche Rechte“

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien In Jugoslawien haben mehrere hundert Personen – darunter Intellektuelle, aber auch einige Arbeiter – die Gründung eines von den Behörden unabhängigen Hilfsfonds für Personen bekanntgegeben, die aus politischen Gründen ihren Arbeitsplatz verloren haben und daher materiell in Not geraten sind. Anlaß zu diesem spektakulären Schritt ist das Schicksal eines Redakteurs der Parteizeitung „Kommunist“.

Das „Komitee für die Verteidigung der Gedanken- und Meinungsfreiheit“ in Belgrad – eine informelle Gruppe prominenter serbischer Intellektueller unter der Führung des bekannten Schriftstellers Dobrica Cosic – hat in einem Brief an das Staatspräsidium und an die Präsidents Serbiens und des Kosovo gegen die strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung junger Albaner protestiert. Diese jungen Leute hätten nichts anderes getan als in Gesprächen ihre Meinung zur Lage der Albaner in Jugoslawien offen kund zu tun oder eine Emigrantenzeitschrift zu lesen. Aber deshalb seien sie zum Teil zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Ebenso hat das Belgrader Komitee für Gedankenfreiheit gegen die Diskriminierung und Entrechtung jener Schriftsteller und Intellektuellen protestiert, die seinerzeit mit dem Gesetz in Konflikt gerieten, inzwischen ihre Strafen aber verbüßt und denen noch heute jegliche publizistische Tätigkeit im Inland sowie jedes öffentliche Auftreten widerrechtlich untersagt werden. Einem solchen gesetzeswidrigen Entzug grundlegender verfassungsmäßiger Rechte seien unter anderem immer noch der kroatische Schriftsteller Vlado Gotovac, der ehemalige Tito-Stellvertreter Milovan Djilas, der ehemalige General Franjo Tudjman und als jüngster Fall der soeben aus der Haft entlassene Wojislav Seselj unterworfen.

Kohl mahnt friedliche Demonstranten

„Von Gewalttättern fernhalten“ / Gesetzliche Änderungen nicht mehr ausgeschlossen

G. BADING, Gifhorn Bundeskanzler Helmut Kohl schließt gesetzgeberische Maßnahmen im Bereich des Demonstrationsrechtes offenbar nicht mehr aus. Bei einem Besuch des Bundesgrenzschutzes, des ersten, den ein Bundeskanzler bisher unternommen hat, sagte Kohl in Gifhorn, es sei für die Polizeibeamten „absolut deprimierend“, wenn bei Demonstrationen festgenommene Gewalttäter „nicht ihrer gerechten Strafe zugeführt“ würden.

menhang zwischen den Gewalttätern bei Demonstrationen und dem Terrorismus nicht direkt herstellen, erinnerte aber daran, daß in den vergangenen Jahren zunächst eine Befürwortung der Gewalt gegen Sachen von „falschen Propheten“ gepredigt worden sei, die dann eskaliert sei zur Gewalt gegen Personen und in Einzelfällen wohl auch bis hin zum „blanken Mord“. In einer Rede vor der Grenzschutz-Abteilung Nord 3 sagte der Bundeskanzler, zu verurteilen „sind nicht nur die Brutalität der Gewalttäter selber, sondern auch die Einstellung derer, die solche Gruppen in der politischen Auseinandersetzung akzeptieren“. Diejenigen, die „durch die Art ihres Protestes eine Subkultur von Gewalttättern gerade zu erziehen, tragen auch Mitverantwortung für die Folgen des Mißbrauchs ihrer Aktionen“.

Der Kanzler appellierte an alle Bürger, sich bei Demonstrationen von Gewalttättern fernzuhalten. „Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung untergräbt unseren demokratischen Staat.“ Der Bevölkerung müsse klar sein, daß die Polizei bei ihren Einsätzen „nicht lediglich das Kernkraftwerk Brokdorf oder die Baustelle in Wackersdorf verteidigt. Sie schützt dort unseren demokratischen Rechtsstaat insgesamt.“ Nur durch den Einsatz der Polizei des Bundes, des BGS, und der Polizeien der Länder habe bisher der innere Friede in der Bundesrepublik Deutschland gewahrt werden können.

In Israel ermittelt jetzt die Polizei

DW. Jerusalem

Der israelische Generalstaatsanwalt Josef Charisch will eine polizeiliche Untersuchung anordnen, um die Tötung zweier arabischer Autobusfahrer im Jahr 1984 aufzuklären. Das sagte Charisch gestern in Jerusalem, nachdem sich das Kabinett gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ausgesprochen hatte. Die beiden Araber befanden sich im Gewahrsam des Geheimdienstes Shin Bet. Dies führte bereits zum Rücktritt des Shin Bet-Chefs Avraham Schalom. Er selbst soll die Anweisung zur Tötung der beiden Araber gegeben und anschließend Beweismaterial gefälscht haben, um seine Agenten vor einer Anklage zu schützen. Die Affäre belastet die Koalitionsregierung in Jerusalem erheblich, da sich der rechtsstehende Likud-Block und die sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen konnten.

Mitterrand setzt sich durch

pr. Paris

Über die Privatisierung von 65 staatlichen Firmen, Banken und Versicherungen wird jetzt doch das französische Parlament entscheiden. Daran haben sich Staatspräsident Mitterrand und Premierminister Chirac geeinigt. Nachdem Mitterrand sich geweigert hatte, einem Verkauf zuzustimmen, versicherte er nun, der Entscheidung des Parlaments werde er sich fügen. Mit dieser Kompromißformel gelang es, die erste schwere innenpolitische Kraftprobe innerhalb der „Cohabitation“ in Frankreich zu vermeiden. Mit dazu beigetragen haben die empfindlichen Reaktionen der internationalen Finanzwelt. Der Franc erlebte gegenüber der Mark einen Währungsverfall, an der Pariser Börse stürzten die Kurse um 3,5 Prozent. Zu den Unternehmen, die privatisiert werden sollen, gehören unter anderem der Elektronikkonzern Thomson und das Chemieunternehmen Rhone-Poulenc.

Für WAA-Festival droht Verbot

lz/DW. München

Die bayerischen Behörden wollen das für Ende Juli im oberpfälzischen Burglengenfeld geplante „Anti-WAAhnsinn-Festival“ gegen die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf verbieten. Wegen der räumlichen Nähe zum WAA-Baugelände, das nur 20 Kilometer entfernt liegt, befürchten die Ordnungskräfte gewalttätige Ausschreitungen. Das Münchener Innenministerium warnte vor Gewalttätigen, die die etwa 100 000 erwarteten Besucher als Kulisse mißbrauchen könnten. Auf bundesweit verteilten Handzetteln werde für die Veranstaltung als „Rock am Zaun“ geworben und als Ort Wackersdorf angegeben. Der frühere Grünen-Bundestagsabgeordnete Otto Schily habe zusammen mit anderen Anwälten die rechtliche Beratung übernommen. Im Ministerium hieß es, die Veranstaltung solle untersagt werden. Seite 4: Verbot in der Luft

DER KOMMENTAR

Über alles

PAUL F. RETTZE

In seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage hat Baden-Württembergs Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder zum Deutschlandlied erklärt, es entspreche den Lehrplänen, „wenn alle Strophen behandelt werden“. Flugs wurde ihm unterstellt, er wolle den schulischen Keim für nationalistische Selbstüberhebung legen. Von Auswendiglernen und Singen ist „behandeln“ indes weit entfernt.

dest nicht negativ aus dem Rahmen fällt. In den letzten Jahren ist der Text der deutschen Hymne mehrfach literarisch verfremdet worden, teils aus ankläglichem Impetus, teils in offen parodistischer Absicht. Kostproben: „Penne, deutsches Vaterland.“ – „Was deutscher Fleiß auseinanderfügte, vermag Gott nicht zusammenzuschmelzen.“ Und: „Die deutsche Dummheit ist unteilbar.“ Alle diese Texte sind in einem Band „Politische Lyrik“ zusammengefaßt, der in mehreren Bundesländern zum Schulgebrauch zugelassen wurde. Es fegte damals kein Sturm der Empörung durch den Blätterwald. Das Buch wurde benutzt, als biete es die selbstverständlichsten Unterrichtsmaterialien. Die Gewerkschaften, vor allem die GEW, rügten besonders harsch den baden-württembergischen Kultusminister. Ihr früheres Schweigen zeigt, was davon zu halten ist. Unsere Hymne ist nicht das Schandmal einer unfreien Gesellschaft, sie ist Symbol unseres Weges.

Golo Mann: Deutschlandlied ist die „zarteste Lyrik“

Historiker stellt sich vor Baden-Württembergs Kultusminister

Im Streit darüber, ob an Schulen alle drei Strophen des Deutschlandliedes gelernt werden sollen, hat sich der Historiker Golo Mann vor den baden-württembergischen Kultusminister Mayer-Vorfelder gestellt. Die deutsche Hymne sei „etwas sehr harmloses“, sagte der Historiker den „Stuttgarter Nachrichten“. Deshalb könne man auch nichts dagegen haben, wenn in den Schulen alle Strophen gelernt würden. Wie Mayer-Vorfelder und auch Ministerpräsident Lothar Späth dies bekräftigten: Es müßte aber ihre Entscheidung erklärt werden, so Mann. Späth sagte, er wolle es den Pädagogen überlassen, ob drei Strophen gelernt würden.

„könnten alle Hymnen verschwinden“, fügte dann jedoch hinzu: „Wenn ich eine gerne erhalten sehen würde, dann wäre es die Bayerische, die ist die freundlichste.“ Die Nationalhymne habe nichts Militärisches. Das umstrittene „über alles“ sei nicht so zu verstehen, daß Deutschland besser sei als alle anderen Länder. Mann: „Man sagt ja auch, daß man seine Frau über alles liebt.“ Auch der Tübinger Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg stellte sich vor Mayer-Vorfelder gestellt. „Wenn wir eine Nationalhymne haben, dann muß sie auch in der Schule gelehrt werden“, so Eschenburg in der „Stuttgarter Zeitung“. Im Rückgriff auf seine persönlichen Erfahrungen hatte Eschenburg versucht, über von Kritikern behauptete Verbindung zwischen dem „Lied der Deutschen“ und dem Nationalsozialismus zu widerlegen. Eschenburg: „Hitler mochte Deutschland, Deutschland über alles nicht.“ Er habe mit Rücksicht auf Hindenburg die Hymne aber nicht aufgeben können. Es sei eine „historische Fehlleistung“, das Deutschlandlied „zu einem Lied der Nazis“ machen zu wollen.

Vorbehalte gegen Pflegeversicherung

DW. Bonn

Die privaten Krankenversicherungen sind darüber enttäuscht, daß nach der Bundesregierung nun auch der Bundesrat einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer Pflegeversicherung einbringen will. Heinrich Frommknecht, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Privaten Krankenversicherung (PKV), drückte in einem Gespräch mit der WELT die Hoffnung aus, daß in der Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Im Oktober Urteil über Blockaden?

DW. Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat sich gestern mit dem rechtlichen Problem von Sitzblockaden befaßt. Der Erste Senat will die Frage beantworten, ob der Nötigungs-Paragraf 240 – nach dem die sieben Beschwerdeführer wegen ihrer Teilnahme an Blockaden gegen militärische Einrichtungen zu Geldstrafen verurteilt worden waren – verfassungsgemäß ist. Mit einer Entscheidung ist nicht vor Ende Oktober zu rechnen. Seite 4: Richter-Blockade

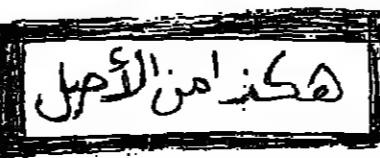
Entdeckt Polizei Fluchtauto der Mörder von Beckurts?

Bundeskriminalamt konzentriert Suche jetzt auf VW-Bus

Die Terroristenfahnder haben gestern einen ersten Erfolg bei der Suche nach den Mördern des Siemens-Managers Karl-Heinz Beckurts und dessen Fahrer Eckhard Groppier erzielt: Sie fanden eines der bei dem Sprengstoffanschlag offenbar benutzten Fahrzeuge. Das Bundeskriminalamt (BKA) teilte gestern mit, man habe einen dunkelblauen VW-Passat mit dem Kennzeichen M-EL 5830 gefunden, der an der S-Bahn-Station Oberhaching abgestellt worden war. Mit dem Fahrzeug, das am 23. Juni in Rosenheim gestohlen worden war, hatten die Diebe rund 600 Kilometer zurückgelegt. Die Polizei fahndet außerdem nach einem braun- oder goldbraun-metallfarbenen Audi 80. Ein Zeuge hat ausgesagt, das Auto habe unmittelbar vor der Explosion auf einem kleinen Parkplatz etwa 70 Meter vom Tatort entfernt gestanden und sei anschließend verschwunden gewesen. Zwei weitere Zeugen berichteten, daß sie zwei Tage vor dem Anschlag rund

zehn Kilometer südlich von Straßlach einen solchen Audi 80 von der Fahrbahn in eine Wiese abgedrängt hätten. Bei dem Fahrzeug fehle das Audi-Emblem am Kühler und die vordere Stoßstange sei leicht verbogen. Außerdem sei die linke hintere Heckseite verbaut. Die Insassen hätten auf die Erörterung des Vorfalles jedoch keinen Wert gelegt und seien nach kurzem Halt weitergefahren. Das BKA gab bei seinem Bericht keine Beschreibung der Insassen. Zum Zeitpunkt der Karambolage trug das Fahrzeug das Kennzeichen M-AV 3727. Dieses Kennzeichen ist aber nicht für einen Audi 80 ausgegeben. Außerdem konzentriert sich die Suche der Fahnder auf einen hellen VW-Bus, mit dem die Terroristen möglicherweise drei mit selbsthergestelltem Sprengstoff beladene Gasflaschen auf einem für Fahrräder oder Mofas geeigneten Anhänger zum Tatort gebracht haben. Die Sonderkommission des BKA in Straßlach hat 10 000 Handzettel mit Informationen über die gesuchten Autos drucken lassen.

Leserbriefe und Personalien Seite 6
Fernsehen Seite 14
Wetter: Warm Seite 16



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Falsches Signal

Von Heinz Heck

Die Gewässer sind so zu bewirtschaften, ... daß jede vermeidbare Beeinträchtigung unterbleibt. Ein guter und beherzigenswerter Grundsatz, der sich da in dem nach rund zweijährigen Verhandlungen im Bundesrat verabschiedeten Wasserhaushaltsgesetz findet.

Ein Grund für das endlose Gezerre um den Gesetzentwurf schon vor der Verabschiedung im Kabinett war das Bestreben von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU), Sondervergünstigungen für die Landwirtschaft herauszuholen. Ihr sollte ein „Wasserpfennig“ in Höhe mehrerer Pfennige praktisch schon für die schiere Befolgung des Gesetzes gezahlt werden. Damals konnte Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) diesen - vom Deutschen Bauernverband geforderten - eklatanten Verstoß gegen das Verursacherprinzip vereiteln.

In den Beratungen hat die Koalition nun eine neue Bestimmung (Paragraph 19.4) in den Entwurf eingetragt, die bei der Anordnung erhöhter Anforderungen in Wasserschutzgebieten die Zahlung von Ausgleichsleistungen vorsieht. Wer also dort zum Beispiel gehalten wird, weniger zu düngen, soll entschädigt werden. Zahlungen sollen sich nach der Landesgesetzgebung richten. Die Befürchtung ist nach jüngsten Initiativen zum Beispiel aus Baden-Württemberg durchaus gerechtfertigt, daß hier Begünstigungen Tür und Tor geöffnet wird.

Als Walter Wallmann (CDU) Umweltminister wurde, waren die Beratungen weitgehend abgeschlossen - aber eben noch nicht ganz. Hier bot sich ihm eine glänzende Gelegenheit, klare und strenge Maßstäbe zu setzen. Er sah jedoch in Paragraph 19.4 keinen Verstoß gegen das Verursacherprinzip und hat den Entwurf befürwortet.

Nach der Karlsruhe Rechtsprechung ist anzunehmen, daß dieses Gesetz dort keinen Bestand haben wird. Schon 1981 haben die obersten Verfassungshüter in einem Urteil deutlich gemacht, daß das Grundwasser nicht zum - beliebig verwendbaren - Eigentum gehört, daß vielmehr strenge Sozialbindung gilt. Auch vor diesem Hintergrund wäre der neue Umweltminister gut beraten gewesen, gleich ein richtiges Signal zu setzen.

Die berühmte Jüdin

Von Carl Gustaf Ströhm

Dem Marxismus-Leninismus und den fortschrittlichen Sowjetmenschen (vor allem aber den KP-Funktionären) sollten nationale, religiöse oder gar rassische Diskriminierungen fremd sein, weil unter dem Sozialismus alle Menschen gleich zu sein haben. Um so mehr erstaunt es (auf den ersten Blick), wenn der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetrepublik Litauen, Cesnavicius, als eine der Gründe, weswegen Papst Johannes Paul II. nicht nach Litauen und in die UdSSR kommen dürfen, anführt, dieser habe die „berühmt gewordene anti-kommunistische Jüdin“ - Frau Jelena Bonner, die Frau Sacharows nämlich - in Audienz empfangen.

Ist also ein Papst, der Umgang mit Juden pflegt, für die atheistische Sowjetmacht unerträglich? Oder sind für den stellvertretenden sowjet-litauischen Regierungschef Antikommunismus und Judentum ein und dasselbe? Wohl kaum, schließlich war Urwäter Karl Marx selbst, um mit Cesnavicius zu sprechen, ein „berühmt gewordener Jude“. So muß man wohl annehmen, daß im real existierenden Sozialismus nach wie vor ein Rassismus real existiert, auf den die angeblich fortschrittliche Führung gern zurückgreift, um Stimmung gegen Mißliebige zu machen.

Zumal da es sich bei Cesnavicius um keinen Einzelfall handelt. Kenner des Sowjetsystems erleben ständig entsprechende Beispiele. Eines der erschütterndsten berichtete der US-Journalist David Shipler („Russia“, Times Books). Als er einmal kritisierte, daß im sowjetischen Asien zwischen den dort lebenden Volke der Burjäten und den Großrussen nur wenige „gemischte“ Ehen zustandekämen, ließ ihm der Sprecher des Außenministeriums, Wsewolod Sofinskij, zornentbrannt durch einen gemeinsamen Bekannten ausrichten: Wenn Shipler glaube, es gehe dort nicht genug gemischte Ehen, „dann sagen Sie Shipler doch, er solle selbst hingehen und eine von diesen Affen heiraten.“

Aber das alles ist dem Marxismus leider nicht so fremd, wie manche Neofortschrittler glauben. Denn der Urwäter selbst hat einige fürchterlich antisemitische Schriften verfaßt. Und Diktaturen ist ohnehin jedes Vorurteil recht.

Künstlerpech

Von Joachim Neander

Die Liste der hundert Künstler-Unterschriften unter einen Text zugunsten von Franz Josef Strauß scheint unter den Linken zu wirken wie eine Maus in einem Mädchenpensionat vor hundert Jahren. Sie kriegen sich kaum noch ein vor Aufregung.

Man fragt sich ein bißchen verdutzt, warum denn von Glotz bis „Monitor“ jetzt so erbittert um jeden einzelnen angeblich „Überrumpelten“ gekämpft wird, wo doch eben dieselben keine Gelegenheit auslassen, an Hand eines berühmten amerikanischen Beispielfalles so hämisch wie hochmütig den Unterschied zwischen der Kunst der hohen Politik und dem Schauspielberuf zu betonen.

Vielleicht noch interessanter ist die Frage, ob nicht aus einer nachträglich sich meldenden Skepsis einiger Unterschriften gegenüber dem von ihnen zunächst gebilligten Text gerade ihre besondere Qualität hergeleitet werden muß. Man vergleiche hier bitte mit manchen Resolutionen der Links- und Friedensbewegten: Unsägliches, in Pathos getauchtes Politchinesisch, dahinter - etwas übertrieben - das Telefonbuch einer Kleinstadt, oft genug mit Doubletten, verstümmelten Namen oder offensichtlichen Irrtümern. Nie hat man in der Linkspresse ein Wort darüber gelesen, daß sich einer beschwert hat.

Es ist das Verdienst der CSU, mit diesem Versuch einer eigenen Unterschriftenadresse im Bereich von Künstlern und Intellektuellen den komischen Monopolspruch der Linken auf dieses Aktionsfeld hervorgeholt zu haben. Gelächter tut wohl. Aber dabei sollte man es nun belassen.

Die Unterschriften-Demokratie hat ihren Sinn vielleicht auf dem Dorf, wenn Bürger sich über gefällte Bäume beschwerten. Daß aber Hunderte von selbständig denkenden Individuen über einen komplizierten Gegenstand der politischen Auseinandersetzung einen fremden Text unterschreiben, also sich mit ihm identifizieren, obwohl sie ihn nicht selber formuliert haben, das trägt ein wenig den Geruch von Kaderdisziplin. Man sollte das den linken Konformisten und Hinterherläufern überlassen.



KLAUS BÖHLE

Drehscheibe Schönefeld

Von Bernd Conrad

Der Zorn der Bundesregierung auf die SED-Führung wächst. Fast täglich weist Kanzleramtschef Schöble darauf hin, daß der ungemessene Zustrom von Asylanten über den „DDR“-Flughafen Schönefeld nach West-Berlin und damit in die Bundesrepublik die deutsch-deutschen Beziehungen mehr und mehr belastet. Aber die „DDR“-Regierung kümmert sich nicht darum. Daß sie es könnte, hat sie bewiesen, als sie vor einiger Zeit allen Ausländern, die nicht über ein Einreisevisum Schwedens und Dänemarks verfügen, den Transit in jene Länder untersagte. Damit war der Asylantenstrom über Schönefeld und die „DDR“ nach Skandinavien gestoppt.

Genau dieses Verfahren hatte die Bundesregierung Anfang des Jahres ebenfalls erbeten. Die „DDR“-Regierung schien darauf auch einzugehen. Denn die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN teilte am 1. Februar 1986 mit, die „DDR“ habe einem Ersuchen der Bundesregierung stattgegeben, von diesem Tage an den „Bürgern einer Reihe von Staaten“ im Transit nur noch dann die Weiterreise zu gestatten, wenn sie einen Sichtvermerk der Bundesrepublik vorweisen könnten. Das klang passabel.

Doch dann kam der Pferdefuß: „Der Transitverkehr nach Berlin (West) wird von den getroffenen Regelungen nicht berührt, da Berlin (West) unter Besatzungsrecht steht und nicht Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und nicht von ihr regiert werden darf“, fügte ADN hinzu. Damit war nicht nur der Berlin-Status wieder einmal absolut falsch ausgelegt, sondern auch die von Bonn als Entlastung angesehene Regelung in ihr Gegenteil verkehrt worden. Denn der Bundesregierung ging es ja gerade darum, die Westberliner Eingangspforte in die Bundesrepublik zu verstopfen oder zumindest unter Kontrolle zu bringen.

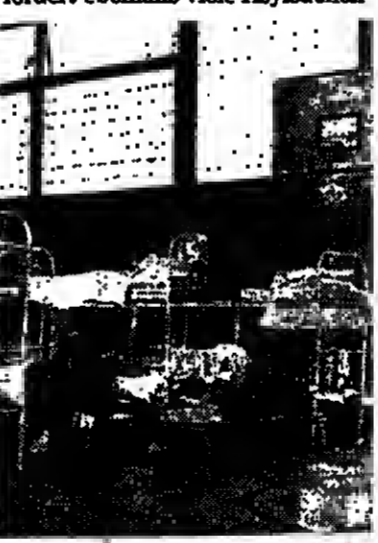
Das wußte und weiß natürlich auch die SED. Sollten also die immer wieder zu hörenden Hinweise Honeckers auf die Nützlichkeit und Ausbaufähigkeit der deutsch-deutschen Beziehungen einen Sinn haben, dann konnte dem SED-Chef kaum daran gelegen sein, die Bundesregierung durch eine Scheinregelung zu provozieren, die den

Asylantenstrom eher noch ansteigen lassen müßte.

So kalkulierte man in Bonn. Daran resultierte die Hoffnung, Honecker könnte den ADN-Hinweis nur als formelle Bekräftigung seines unveränderten Rechtsstandpunkts in der Berlin-Frage benutzen, um in der Praxis ganz anders zu verfahren. Eine solche Doppeldeutigkeit hatte es schon früher gegeben. Weshalb sollte die „DDR“ Ausländer ohne Visum, ungeachtet der östlichen Berlin-Vorbehalte - ebenso wie seit einiger Zeit die Tamielen - nicht schon auf dem Flughafen Schönefeld abweisen und damit von West-Berlin fernhalten?

Aber der Andrang über Schönefeld nach West-Berlin geschleusten Asylsuchenden aus aller Welt, die zum größten Teil überhaupt nicht die Voraussetzungen politischen Asyls erfüllen, stieg von Monat zu Monat. Die „DDR“-Fluggesellschaft Interflug wirt sogar, wie das Bundesinnenministerium ermittelt hat, in Ghana für „komfortable“ Flüge nach Schönefeld mit sicherem Transit nach West-Berlin.

Was steckt hinter dieser Provokation? Zunächst einmal sozialistisches Profitstreben, denn steigende Passagierzahlen der Interflug bedeuten willkommenen Deviseneinnahmen der „DDR“. Hier langt auch die Sowjetunion kräftig zu: Ihre Fluggesellschaft Aeroflot befördert ebenfalls viele Asylsuchenden



Gezielte Überflutung: Tunnelhalle für Asylanten FOTO: DPA

de aus der Dritten Welt mit dem Reiseziel Bundesrepublik nach Schönefeld und läßt sie von dort nach West-Berlin karren. Hier zählt sich die Fehlinterpretation des Berlin-Status auch für einen Signarstaat des Viermächteabkommens in klingender Münze aus.

Aber das allein reicht nicht aus, um die Brückierung Bonns zu erklären. Dahinter muß sich mehr verbergen. Was liegt näher als die Annahme, die SED-Führung und mit ihr der Krenel hätten genau jene negativen Auswirkungen im Sinn, die der Bundesregierung, den Länderregierungen und den Kommunalverwaltungen in der Bundesrepublik soviel Kummer bereiten?

Passen nicht finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten als Folge einer ungelassenen Zuwanderung von Ausländern nach Westdeutschland exakt in das propagandistische „Wunschbild“ eines „von Krisen geschüttelten kapitalistischen Systems“? Könnte eine aus dem Asylantenstrom erwachsende Ausländerfeindlichkeit nicht als willkommenes Propagandawaffe gegen die Bundesrepublik verwendet werden? Und muß ein wachsender Streit der demokratischen Parteien über die Notwendigkeit einer Einschränkung des Asylrechts von der SED nicht als Himmelsstange zur Diffamierung und Schwächung der Bundesrepublik angesehen werden?

Natürlich hat das alles mit der viel beschworenen „Normalisierung“ und „guten Nachbarschaft“ nichts zu tun. Darum kann es Bonn nicht länger dabei belassen, auf allen Kanälen wachsenden Verdruß nach Ost-Berlin/DDR zu signalisieren. Tatsächlich stehen die deutsch-deutschen Beziehungen an einem Scheidewege: Mißachtet die „DDR“ weiterhin vitale Interessen der Bundesrepublik - und exakt dies geschieht gegenwärtig -, dann muß das Konsequenzen haben, die auch den Interessen der „DDR“ schaden. Darüber sollte Honecker aufgeklärt werden.

Auch den Sowjets gegenüber, die all dies decken, wenn sie es nicht sogar veranlaßt haben, sind klare Worte am Platze. Bundesaußenminister Genscher wird dazu in wenigen Tagen in Moskau Gelegenheit haben.

Das Licht am Ende des Vietnam-Tunnels verlischt

Mit Truong Chinh dürfte das Ende der Reformen kommen / Von Thomas West

Der Tod Le Duans und der Stabwechsel zu seinem Erzrivale, dem neunundsechzigjährigen Truong Chinh, erfolgte in einem Augenblick, da sich am Ende des Tunnels ein Schimmer Licht abzeichnete, der nun vermutlich schnell wieder erlischt.

Beide Spitzenkader waren Führer von Fraktionen, deren gegenseitige Konflikte zuletzt kaum noch vor der Öffentlichkeit verborgen werden konnten.

Beide waren sich zwar noch einig gewesen, als es, nach dem Sieg von 1975, um die Entscheidung über drei Schlüsselfragen ging: ob Vietnam sofort oder erst im Laufe der Jahre wiedervereintigt, ob es „sozialisiert“ oder für einen besonderen Weg freigegeben und ob gegenüber den beiden Nachbarländern Laos und Kambodscha eine „Sonderbeziehungs-“ oder aber eine Selbstständigkeits-Lösung angestrebt werden sollte. Bekanntlich hatten sie sich damals einhellig für die jeweils erstere und damit radikalere Option entschieden.

Als dann jedoch die südvietnamesische Bevölkerung mit passivem Widerstand reagierte, die Wirtschaft vollends zusammenbrach, in Kambodscha ein Guerilla-Krieg ausbrach und im Frühjahr 1979 gar noch der mächtige Erzrivale China mit einem „Erziehungsfeldzug“ zuschlug, begannen sich die Wege der beiden Fraktionen wieder zu trennen. Beide waren sich zwar nach wie vor einig, daß die „Sonderbeziehungen“ zu Kambodscha und Laos aufrecht zu erhalten und die rasche Wiedervereinigung weiter zu betreiben sei, sie entzweiten sich jedoch über die Frage der sozio-ökonomischen Weichenstellung.

Die Le Duan-Fraktion schwenkte damals auf Reformkurs und plädierte für die Einführung des sogenannten Produktvertragsystems in der Landwirtschaft, das den Bauern materielle Anreize einräumte. Sie konnten nämlich mit ihrem Kollektiv vertraglich einen Ablieferungsanteil aushandeln, über den hinaus sie alle Über-

schüsse einbehalten durften. Die Zeit war damals günstig für solche Reformen: hatte China doch gerade vorzuzerrt, welche Dynamik in der Landwirtschaft steckte, sobald sie sich erst einmal von der Vormundschaft der Parteibürokratie emanzipierte.

Das Jahr 1979 wurde so zum Ausgangspunkt der vietnamesischen Landwirtschaftsreformen, denen die Truong Chinh-Fraktion jedoch sogleich in die Parade fuhr. Dieser Widerstand war so effizient, daß Le Duan das Reformschiff erst fünf Jahre später wieder flott machen konnte. Das 6. Plenum des Zentralkomitees (Juli 1984) brachte nun Impulse für die Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung, das 7. Plenum (Dezember 1984) dekretierte einen Kurs der bewußten Integration von Industrie und Landwirtschaft und das 8. Plenum (Juni 1985) ging gar ans Eingemachte, indem nämlich eine Dreierreform bei den Preisen, den Löhnen und der Währung in Richtung auf bewußtere Anpassung an

IM GESPRÄCH Pater Groer

Marias Anwalt

Von Astaf Domberg

Zehn Monate lang streiten sich Mutmaßungen und Gerüchte um die Frage, wen Papst Johannes Paul II. als Nachfolger des als Altersgründen zurückgetretenen Kardinals Franz König zum Bischof von Wien ernennen werde. Man sprach von hochkarätigen kirchlichen Diplomaten auf dem Gebiet der von König forcierten Ostpolitik von Bischöfen und Weihbischofen, von Gelehrten der katholischen Theologie. Nun wird es keiner von ihnen - statt dessen steht die Ernennung eines, wenn man so will, einfachen Geistlichen und Ordensmannes bevor: des vierundsechzigjährigen Benediktinerpaters Hans Groer (Pater Hermann).

Groer scheint auf den ersten Blick nach Herkunft, Lebenslauf und auch nach den bisherigen Schwerpunkten seiner Tätigkeit der genaue Gegenteil seines Vorgängers zu sein. War Kardinal König ein eminent politischer und gesellschaftlich-pastoraler Oberhirte - zumindest, was seine Bereitschaft betraf, sich mit anderen Lehren auseinander- und zusammenzusetzen -, so hat Groer viel eher auf der inneren Linie der Kirche gewirkt. Vor allem vertritt Groer - und das mag für seine Ernennung durch den polnischen Papst ausschlaggebend gewesen sein - eine deutlich akzentuierte Marienverehrung.

Der 1942 zum Priester geweihte Wiener belebte das seit den Zeiten Kaiser Joseph II. brachliegende Marien-Heiligtum im niederösterreichischen Maria Trogdorf auf aus neue und machte daraus einen Wallfahrtsort, wobei er bestrebt war, alles Kommerzielle und Triviale fernzuhalten. Er spielt auch im Götterkreis eine besondere Rolle: Das Stift Göttweig bei Krems ist ein Zentrum der Benediktiner in Österreich. Groer propagierte die „marianische Spiritualität“ des Katholizismus.

Dem Papst ist Groer persönlich, wie der Pater versichert, noch nie



Überraschende Ernennung: Neuer Wiener Erzbischof Groer FOTO: GURTA

mals begegnet. Um so größer war für den Benediktiner die Überraschung, als ihm die Berufung mitgeteilt wurde. Zuerst wollte er die Nachricht nicht glauben. Richtig ist allerdings, daß Johannes Paul II. - dessen Verehrung für die Mutter Gottes bekannt ist - noch als Erzbischof von Krakau in das von Groer betreute österreichische Heiligtum pilgern wollte, wozu es dann allerdings durch die Papstwahl nicht mehr gekommen ist. Jedenfalls scheint er den Weg des auch in Kirchenkreisen nicht sehr bekannten Paters verfolgt und nicht aus den Augen verloren zu haben.

Noch bevor Groer sein Amt antritt - wobei ihm die österreichische Regierung, die nach den Bestimmungen des Konkordats ein Mitspracherecht hat, keine Hindernisse in den Weg legen wird -, melden sich bereits Stimmen, die von einer „Wende“ im österreichischen Katholizismus und von einer konservativen Machtergreifung sprechen. Sicher dürfte eines sein: Groer wird die Akzente anders setzen als König.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Das Urteil des Verfassungs-Gerichts zu den Parteienfinanzen beherrschte die deutschen Zeitungen:

Saarbrücker Zeitung

Die Richter haben der Tendenz nachgegeben, die auf eine immer umfassendere staatliche Finanzierung der Parteien hinausläuft... So geht von diesem Urteil weder ein durchgreifendes Sparzwang aus noch die Notwendigkeit, eine gründliche Neuordnung der Parteienfinanzierung in Angriff zu nehmen.

WIESBADENER KURIER

Die Schöpfer des Parteienfinanzierungsgesetzes stehen zwar nicht total blamiert da. Aber diese erneute Zurückweisung durch Karlsruhe sollte sie veranlassen, nun endlich vom Pfad der Tugend nicht mehr abzuweichen.

General-Anzeiger

Die Karlsruher Richter stellten nicht fest, was von den Parteien selbst stets in Abrede gestellt wird: daß nämlich die Möglichkeit der Einflußnahme durchaus mit der Höhe der Spende wachsen kann. (Bonn)

Chfjinger Zeitung

Die erhöhte Wahlkampfkosten-Erstattung wurde nicht in Frage gestellt. Die parteinahen Stiftungen blieben ungeschoren. Die Steuermittel können also weiter fließen.

Fuldaer Zeitung

Interessant ist die Reaktion Otto Schily und seiner Freunde: Sie wollen nun ebenfalls eine Stiftung aufbauen, um aus dem großen Topf der

Steuergelder einen gehörigen Batzen zu erhalten. Konsequenz ist das nicht, denn sie hatten doch genau dagegen geklagt.

SÜDWEST-PRESSE

Insgesamt sind Union, SPD und FDP, die 1983 die Neuordnung der Parteienfinanzierung betrieben haben, noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Sie haben die vor drei Jahren zu kurz gewordene Finanzdecke zumindest ein Stück erweitern können. (Ulm)

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Das Bundesverfassungsgericht hat im Dschungel der Parteienfinanzierung einige Äste gekappt, aber keine Lichtung geschlagen. Den Widerspruch zwischen dem deutschen Hang, auch auf diesem Gebiet „Gerechtigkeit“ um den Preis der Bürokratie verwirklichen zu wollen, und aus daraus resultierenden Fehlentwicklung heillos verflochtener Partei- und Staatsfinanzen konnten auch die obersten Richter nicht auflösen. Je strenger man nämlich den Parteien die Möglichkeit beschneidet, sich aus Spenden zu finanzieren, desto mehr verführt man sie dazu, sich aus der Staatskasse zu bedienen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Es bedarf keiner großen Prophetengabe, um vorauszusagen, daß die Parteien mit Geldeinbußen rechnen müssen, denn die Spendenfreudigkeit wird durch dieses Urteil sicherlich nicht gefördert.

1685

Handwritten signature or mark.

Westliche Geheimdienste zu Tschernobyl: Ein Fehler bei Routine-Arbeiten löste eine Kette unglücklicher Ereignisse aus

Die Tage von Tschernobyl - eine Katastrophe im Detail

Wie hat die Katastrophe von Tschernobyl sich entwickelt? Nach den Erkenntnissen westlicher Geheimdienste begann sie mit einem fehlerhaften Routine-Eingriff - bis eine Mischung aus Unglück und, anscheinend, Ungeschicklichkeit den GAU, den Größten Anzunehmenden Unfall, herbeiführte.

Die Jahresrevision war für Ende April oder Anfang Mai vorgesehen; dementsprechend wurde der Block 4 mehrere Tage vor dem unheilvollen 26. April 1986 planmäßig für Wartungs- und Reparaturarbeiten aus dem Betrieb genommen. Bei dieser Gelegenheit wurden „Experimente“ veranstaltet, über die man bisher nichts Näheres erfahren hat. Aber es gibt den Hinweis, daß Versuche unternommen wurden, Kühlprobleme zu überwinden, die infolge eines Konstruktionsfehlers aufgetreten waren. Man weiß nur, daß der stellvertretende Direktor des Kurtschatow-Instituts bei einer Pressekonferenz am 5. Juni bekanntgab, Turbinentests seien vorgenommen worden, um das Verhalten der Turbinen bei ungewöhnlichen Betriebs-Situationen zu untersuchen. Seine Glaubwürdigkeit gewann allerdings nicht dadurch, daß er behauptete, es gebe keine Anzeichen für das Schmelzen des Kernbrennstoffs. Diese Angabe ist wiederlegt.

Die Tests scheinen etwa 17 Stunden vor der Katastrophe angefallen zu sein. Während dieser Tests - man weiß nicht wann - beging die Betriebsmannschaft Steuerfehler. Sie versuchte, diese Fehler zu korrigieren. Dabei wurden falsche Bewegungen mit Reaktor Kontrollstäben/Brennelementen vorgenommen. Das löste die fatale Ereigniskette aus.

Eine unkontrollierte lokale Kettenreaktion

Sie begann, angeblich ohne irgend-ein warnendes Anzeichen, mit einem lokalen Leistungsanstieg von etwa sechs bis sieben Prozent (was 70 Megawatt entspricht) auf circa 50 Prozent der Maximalleistung (500 Megawatt) in zehn Sekunden. Der Vorgang war eine unkontrollierte lokale Kettenreaktion. Damit gab es eine Überhitzung von Brennstoff, Hüllrohren und Kühlmittel in diesem Block, der eine Kühlwasserverdampfung und Dampfdruckerhöhung folgten. Dem dürfte sich eine weitere Verstärkung der Kettenreaktion durch die Dampf-bildung mit fortgesetzter Überhitzung angeschlossen haben. Und das führte zu einer Dampfexplosion.

Die Folgen waren verheerend: Brennelemente und Druckrohre brachen, zumindest teilweise brach der geschlossene Reaktorbehälter, ein Dampfstrahl trat aus - dabei dürfte es zu ersten Schäden an oder jedenfalls in der Reaktorhalle gekommen sein. Dadurch wiederum wurden radioaktive Stoffe freigesetzt (im Fachjargon: kleine Emission); im wesentlichen handelte es sich um Spaltgase und Kühlwasseraktivität.

Die Explosion führte dazu, daß die Kühlung am Block 4 weiter versagte und daß weitere Kühlmittel verloren gingen; der Reaktor wurde weiter aufgeheizt, und man darf vermuten, daß Luft in den Kern-Bereich eindrang. Reaktionen zwischen Uran, Zirkon, Graphit, Wasser und Luft führten zur Bildung von Wasserstoff und Kohlenmonoxid, das in der Reaktorhalle austrat. Aus Sauerstoff und Wasserstoff bildete sich Knallgas. Dessen Entzündung führte zur eigentlichen Katastrophe, zur zweiten Explosion in der Reaktorhalle. Es ist 23.23 Uhr mittlereuropäischer Zeit am Freitag, den 26. April 1986; 1.23 Uhr Ortszeit am Samstag, den 26. April. Durch diese Explosion wurde die Kettenreaktion abgebrochen. Das Reaktor-gebäude wurde schwer beschädigt. Ein Teil des Daches wurde weggefragt; Seitenwände stürzten ein; der Feuerball setzte das Dach der Reaktorhalle in Brand. Trümmer durchschlugen das Dach der Maschinenhalle. Heißer Graphit und Kernbrennstoff wurden herangeschleudert und setzten die Beschichtung des Hallenbodens ins Brand. Die Brennelement-Wechselmaschine stürzte auf den Reaktorkern und verursachte dort zusätzliche schwere Zerstörungen. Aus dem Reaktorkern lief Wasser und überflutete Kabelschächte. Dann fiel die Stromversorgung aus, die Hauptkühlwasserpumpen blieben stehen, damit funktionierte das Kühlsystem nicht mehr. Gleichzeitig versagte das Notkühlsystem. Entweder fielen die Notstromdiesel aus oder die Notstromversorgung wurde unterbrochen.

Dadurch wiederum wurde ein zweiter Schub radioaktiver Stoffe freigesetzt; es gab eine massivere Emission mit Spaltprodukten als nach der ersten Explosion. Die Explosionswolke ist schätzungsweise 500 bis 1500 Meter hochgestiegen. Offiziellen Angaben zufolge starben zwei Menschen auf der Stelle, während 18 Personen schwer verletzt wurden. Allerdings gab es zwei nicht-richtigdienliche Meldungen unabhängig voneinander, die von 13 sofort getöteten Menschen sprachen.

Minuten nach dieser zweiten Explosion verließ das Betriebspersonal das Gelände, zum Teil panikartig, ein Teil wurde wohl auch systematisch evakuiert. Außerdem wurden die Reaktorblöcke 1 bis 3 abgeschaltet. Man begann mit der Brandbekämpfung, für die zunächst 28 Feuerwehrleute aufgeboten wurden - und zwar, wenn man es sich kaum vorstellen kann, ohne Schutzausrüstung.

Eine Stunde nach der zweiten Explosion trat das Führungspersonal in Pripjat zusammen. Noch eine halbe Stunde, und der Brand in der Reaktorhalle war gelöscht. Aber der Dachbrand ging weiter. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß er zeitweise auf das Dach von Reaktorblock 3 übergriff, jedenfalls bedrohte er die Turbinenhalle.

Drei Stunden nach der zweiten Explosion wurde Moskau informiert; eine Sicherheits-Kommission trat zusammen, vermutlich in Moskau selbst. Ein massiver Anstieg der Radioaktivität in der Luft wurde um diese Zeit von einer Meßstation bei Tschernobyl registriert. Vier Stunden nach der Katastrophe machte sich ei-

ne Ärztgruppe in Moskau zum Abflug ins Unglücksgebiet bereit. Mittlerweile konnte der Gebäudebrand gelöscht werden. Aber die Notkühlung ließ sich nicht mehr in Gang bringen, wahrscheinlich war eine Wasserkühlung wegen der furchtbaren Hitze auch nicht möglich. So heizte der Kernreaktor sich weiter auf. Und nun entzündete sich, wiederum einige Stunden später, der Graphit-Graphitfeuer und Kernschmelze setzten ein. Durch das Graphitfeuer wiederum begann die dritte Freisetzung radioaktiver Produkte. Außerdem dürfte eben dieses Graphitfeuer im Verlauf der folgenden Tage weitere lokale Kettenreaktionen mit weiteren Freisetzungswellen ausgelöst haben.

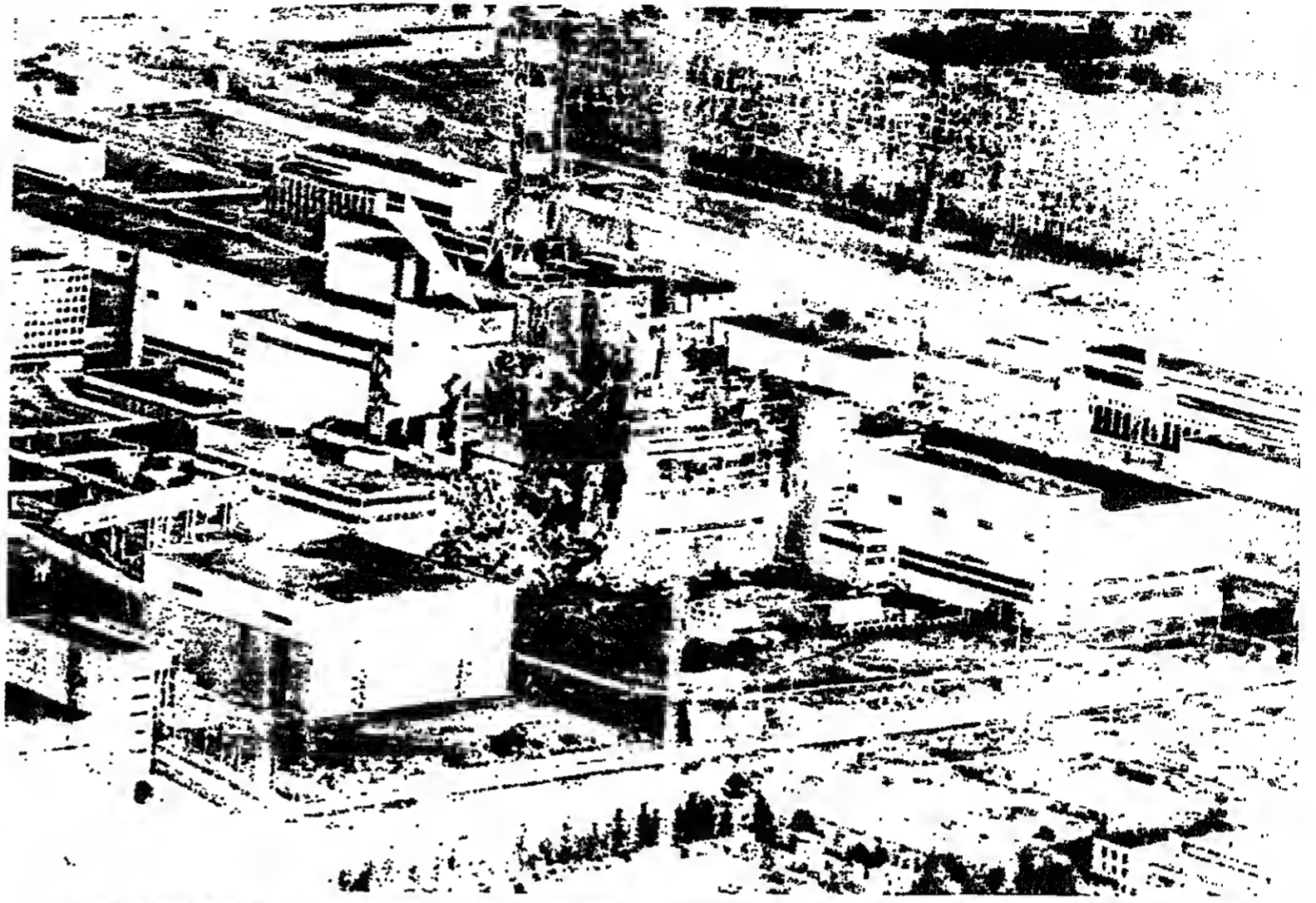
Nach einer ersten Schätzung gab es einen Anstieg an radioaktiver Strahlung von etwa 2500 rad/h in den ersten Stunden 100 Meter vom Unglücksreaktor entfernt. Die Wolke aus radioaktivem Niederschlag und Ruß zog zunächst in west-südwestlicher Richtung ab. Dorthin wurden zunächst die hochaktiven Teilchen geschleppt und abgelagert. Später drehte der Wind sich und trug die Wolke mit den Emissionen nach Norden - in Richtung Polen und schließlich Skandinavien.

48 000 Menschen werden am 27. April evakuiert

Die ersten Schätzungen dessen, was an Radioaktivität freigesetzt wurde, gehen von der Annahme aus, daß bis zu 20 Prozent des Kernbrennstoffs in die Atmosphäre gelangten. Die sowjetischen Behörden gaben allerdings nur drei Prozent an. Letzte Sicherheit ist wohl erst nach einem Einblick in den zerstörten Kern möglich.

Nun wurde die Staatsführung aktiv. Am Nachmittag des 26. April begab sich eine Regierungsdelegation aus Moskau nach Tschernobyl. In derselben Nacht wurden Evakuierungslisten vorbereitet. Am nächsten Tag wurde die höchste Radioaktivität an Unglücksort gemessen. Am Nachmittag des 27. April wurde die Einwohnerzahl von Pripjat sowie die Bevölkerung im Umkreis von etwa zehn Kilometern um das Kernkraftwerk evakuiert; es sollen rund 48 000 Menschen gewesen sein.

Am 7. April war erstmals ein anderes Land betroffen: die radioaktive Wolke wurde über Nordost-Polen nachgewiesen. Am Morgen des 28. April gab es Alarm im Kernkraftwerk Forsmark in Schweden. Aber an diesem Tage leugneten sowjetische



Zwei Wochen nach Beginn des Unfalls entstand diese Luftaufnahme des Kernkraftwerks Tschernobyl mit dem zerstörten Reaktorblock (Pflanz). FOTO: CAMERA PRESS

Funktionäre gegenüber Schweden, etwas von einem Kernkraftwerks-Unfall zu wissen. Am Abend des 28. April ließ dann eine beim Ministerrat der UdSSR eingerichtete Sonderkommission über die Agentur Tass und über das Fernsehen eine erste Kurznachrichte verbreiten.

Am 29. April wurden jegliche Telefon- und Pressekontakte nach Kiew und ins Unglücksgebiet unterbunden. Maßnahmen wurden eingeleitet zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung, zur Sicherung der Nachwärme-Abfuhr im Reaktor, zur Bekämpfung des weiterhin fressenden Graphitfeuers, zur Senkung der weiteren Freisetzung von Radioaktivität und zur Beseitigung radioaktiver Verunreinigungen (Dekontamination). Erste Bemühungen um Hilfe durch das Ausland wurden unternommen. Um Block 1 bis 3 kümmerten sich drei Schichten zu je 50 Mitarbeitern. In Schweden ergab eine Analyse des radioaktiven Niederschlags mittlerweile, daß eine Kernschmelze erfolgt ist. (Später, am 13. Mai, gab Schweden bekannt, daß die von Wissenschaftlern festgestellte Zusammensetzung der Plutonium-Isotope

auf eine nicht-militärische Nutzung des Reaktors schließen lasse.)

In den ersten Mai-Tagen wies die UdSSR Berichte über die angebliche Stilllegung aller Druckröhren-Siedewasser-Reaktoren vom Typ Tschernobyl als Falschmeldung zurück. Am 2. Mai besuchten der sowjetische Ministerpräsident Byschokow und andere Funktionäre das Unglücksgebiet. Vielleicht hat er sie veranlaßt; jedenfalls begann die Evakuierung einer Dreißig-Kilometer-Zone um das Kernkraftwerk.

Mit Hubschraubern gegen das Graphitfeuer

Hubschrauber wurden eingesetzt (wahrscheinlich schon seit dem 27. April), um zur Bekämpfung des Graphitfeuers und zur Reduzierung der Freisetzung radioaktiver Stoffe Sand auf den brennenden Reaktor abzuwerfen, vermischt mit Lehm, Bor und Blei. Insgesamt werden es schließlich 5000 Tonnen sein. Inzwischen hatte sich der Wind wieder gedreht. Nun trug er Radioaktivität in Richtung Kiew. Dort wurden die Bevölkerung erstmalig gewarnt und erste Vorsichtsmaßnahmen ergriffen.

Am 7. Mai ist die Evakuierung der Stadt Tschernobyl abgeschlossen. Aus der Dreißig-Kilometer-Zone sind über 90 000 Einwohner evakuiert worden. Erstmals wurde zugegeben, daß das Grundwasser radioaktiv verunreinigt ist. Man errichtete Dämme, um den Fluß Pripjat vor dem Zufluß verunreinigten Wassers über Kanalisation, Kühlwasserbecken oder natürliche Zuflüsse zu schützen. Zur Bekämpfung der drohenden weiteren Wasserversuchung wurden Binde-mittel auf Gebäude und stark ver-seuchte Erde aufgesprüht; die Rede ist von aushärtendem Flüssigkunststoff und -glas. Im Kernkraftwerks-gelände und im Ort Pripjat wurde ein Teil der obersten Erdschicht abgetragen.

Noch immer waren Befürchtungen nicht ausgeräumt, der Kern könne infolge der Probleme bei der Nachwärmeabfuhr und/oder des Zusammenbrechens der Strukturen wegen der hohen zusätzlichen Belastungen durch die Sandmasse die Betonböden durchschmelzen. Man mußte auch mit einem Absinken des Kerns in die möglicherweise noch gefüllten Wasserbecken unterhalb der Struktur und daraufhin mit erneuten explo-

sionsartigen Reaktionen rechnen. So wurde der Plan gefaßt, den Reaktorkern mit einer Betonplatte zu unterfangen, die gleichzeitig als Grundplatte für einen vollständigen Beton-einschluß dienen sollte. Den Zugang wollte man durch einen etwa 160 Meter langen Tunnel mit einem Eingang ostwärts von Block 3 ermöglichen. Außerdem sollte der Beton-„Sarg“ zur Nachwärmeabfuhr mit einem Kühlsystem versehen werden.

Am 8. Mai erfolgte die offizielle Meldung, das Graphitfeuer sei „praktisch“ gelöscht. In den nächsten beiden Tagen versicherten Funktionäre, daß eine entscheidende Wende zum Besseren eingetreten sei, weil die Durchschmelzgefahr gebannt und das Graphitfeuer gelöscht sei. Inzwischen habe man das Wasserbecken unter dem Reaktorkern geleert, der Kern werde mit Stickstoff gekühlt, seine Temperatur betrage um 300 Grad Celsius. Nun gebe es um Dekontamination und Beton-Einschluß des Reaktors. Block 1 bis 3 sollen schnellstmöglich wieder in Betrieb genommen werden.

Am 14. Mai trat Gorbatschow nach langem Schweigen im sowjetischen Fernsehen auf. Einen Tag später wurden die Schulkinder in Kiew vorzeitig in die Ferien entlassen und in Ferien-lager verschickt. Nach offiziellen Angaben betrug danach die Strahlendosis-Leistung in Kiew 0,3 mrem/h (dies ist etwa das Dreißigfache des Normalwertes). Am 20. Mai berichtete die Regierungszeitung „Iswestija“ zum ersten Mal über Massen-Evakuierungen im Bezirk Gomel nördlich von Tschernobyl. Außerdem gab die Sonderkommission bekannt, daß bis zum 15. Juni die wichtigsten Dekontaminations-Arbeiten in der Dreißig-Kilometer-Zone beendet sein sollten; der Beton-Einschluß des Reaktors sollte um diese Zeit ebenfalls abgeschlossen sein. Sehr realistisch war diese Zielsetzung nicht.

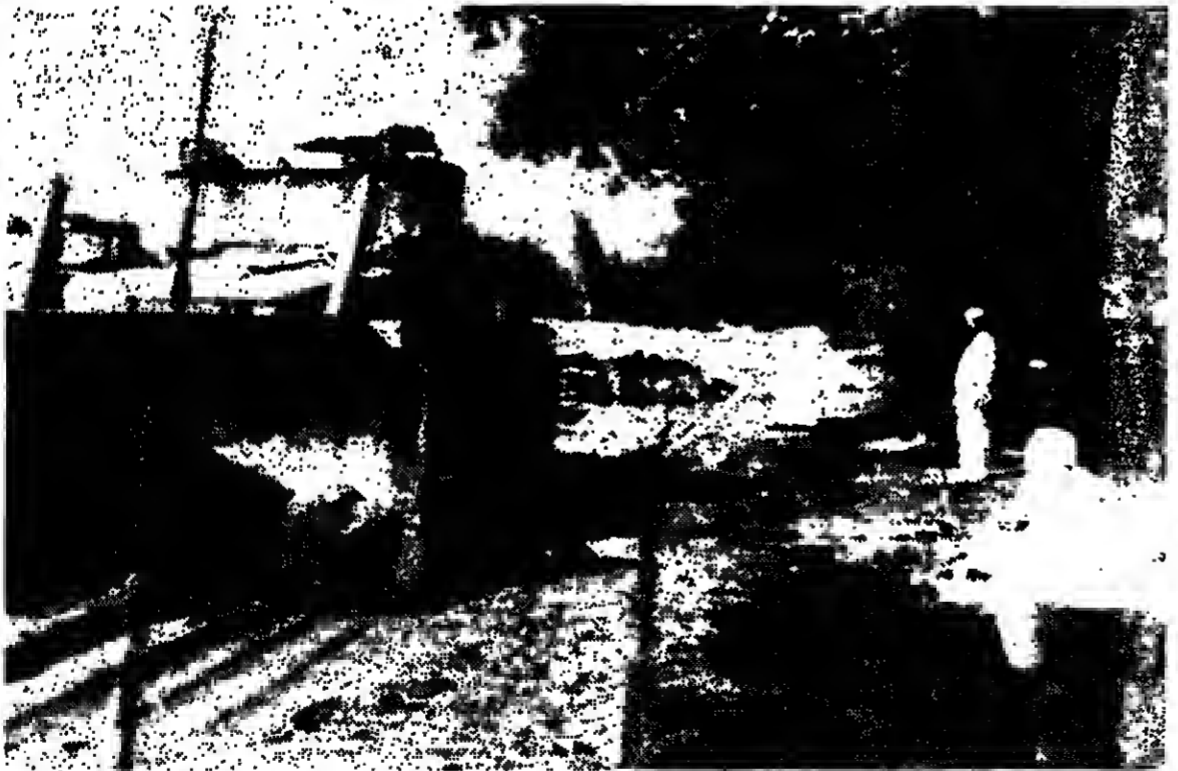
Am 21. Mai behauptete eine sowjetische Zeitung, daß zehn Meter des Tunnels fertiggestellt seien. Laut Parteizeitung „Pravda“ dürfen die Evakuierten 1986 nicht mehr in ihre bisherigen Wohnungen zurückkehren. Man hörte von Plänen zur Errichtung einer neuen Siedlung, welche die Stadt Pripjat ersetzen soll. Das Kernkraftwerks-Personal (später mit Familien) ist in Hausbooten auf dem Fluß Pripjat untergebracht. Am 26. Mai gab die Sonderkommission den Abschluß der Untersuchungsarbeit-

ten und den Beginn der Datenauswertung bekannt; erste Ergebnisse wurden für Mitte bis Ende Juli 1986 angekündigt. Am 30. Mai hieß es, daß die großen Trümmerstücke abgeräumt und eingelagert seien. Am 2. Juni sollen Sprengarbeiten zum Durchbruch der Fundamente von Block 4 begonnen haben.

Nach offiziellen Angaben sind zu den zwei Toten zu Beginn des Unglücks bis zum 6. Juni 24 Strahlentote hinzugekommen. 187 Personen wurden wegen Strahlenschädigungen verschiedener Grade in Krankenhäusern behandelt; davon befinden sich 80 in erstem Zustand.

Moskau steht vor einem Berg von Problemen

- Für die kommenden Monate stellen sich - neben der Lösung von Problemen im Zusammenhang mit der Evakuierung von mittlerweile wohl mehr als 100 000 Personen (Unterbringung, Versorgung, Arbeitsplätze, medizinische Betreuung und so weiter) - folgende Aufgaben:
- sicherer Einschluß des Unglücksreaktors,
- zuverlässige Nachwärme-Beseitigung,
- genaue Feststellung des Zustandes im Inneren des Reaktors,
- Dekontamination insbesondere des Kernkraftwerks-Geländes mit seinen verschiedenen Anlagen,
- Beseitigung des hochradioaktiven Abfalls,
- Verhinderung einer weiteren Verbreitung der Radioaktivität,
- Ersatz der ausgefallenen Kapazität zur Elektrizitäts-Produktion,
- Wiederinbetriebnahme der Blöcke 1 bis 3 (vor allem Block 3 bedarf einer gründlichen Überprüfung; es könnten aber auch an Block 1 und 2 die Brennelemente durch unzureichende Kühlung nach Abschaltung Schaden genommen haben),
- schließlich die Analyse des Unfall-Herganges; dabei sind Schlussfolgerungen auszuarbeiten und umzusetzen, was die Betriebsvorschriften betrifft, die Ausbildung des Betriebspersonals, die Konstruktion des Tschernobyl-Typs, eventuelle Nachrüstungen - und die Reaktorsicherheits-Philosophie im Kernenergie-Programm mit Fragen der Standortwahl und der Anlagenhäufung an einem Standort generell.



Anfang Juni in der Nähe des Unfallorts: Ferngesteuerte Bulldozer tragen versuchte Erdschichten ab. FOTO: OPA

Heitere Ferienlektüre · Heitere Ferienlektüre



Gerhard Ostfeld
Onkel Anton und andere Katastrophen
Amalthea
260 Seiten, DM 24,80 - Amalthea

Beine, die das Leben stellt
Ein Mensch in allen Lebenslagen
Herbig
240 Seiten, DM 22,- - Herbig

Jerry und Joe
Vom Fideifund 2017
Fernsehserie
Herbig
132 Seiten, DM 12,80 - Herbig

Ausgereifte Amadeus
Vom Autor der „Schwarzspindelklinik“
Herbig
266 Seiten, DM 26,- - Herbig
128 Seiten, DM 12,80 - Langen Müller

Robert Lembke
Grüße aus dem Fett-nüpfchen
Langen Müller

Die Besetzer kamen im Fahrstuhl

von Hamm

Sechs Umweltschützer haben am frühen Dienstag morgen den Trostkühlturm des Thorium-Hochtemperaturreaktors von Hamm-Uentrop (THTR 300) erstiegen und besetzt. Sie erklärten, sie seien in „friedlicher Absicht“ gekommen und verlangten die sofortige Stilllegung des THTR und aller Atomanlagen in der Bundesrepublik sowie einen Baustopp der Arbeiten in der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf. Sie bezeichneten sich als Mitglieder eines „Arbeitskreises Gegengift e.V.“ aus Herford. Die sechs Kletterer hielten an der Spitze des Kühlturmes ein Transparent mit stilisierter Sonne und geballter

„Auch Richter könnten blockiert werden...“

Der „Berichterstatter“ Simon erteilte Unverständnis

HENNING FRANK, Karlsruhe. Dürfen Sitzblockaden vor militärischen Einrichtungen wie Verstecke gegen die Straßenverkehrsregeln als „Ordnungswidrigkeiten“ geahndet werden? So absurd sich diese Frage anhört, sie wurde in der mündlichen Verhandlung des Sitzblockadeverfahrens vom Berichterstatter des 1. Senats, Helmut Simon, gestellt. Und nicht nur das. Das Mitglied des Präsidiums des Evangelischen Kirchentages, das aus seiner Sympathie gegenüber der Friedensbewegung nie einen Hehl gemacht hat, hielt es auch in seinem Sachbericht zu Beginn der mündlichen Verhandlungen des Grundrechtsrats für nötig, sich ausführlich mit dem Protest gegen den „heftig umstrittenen“ NATO-Doppelbeschluss zu befassen.

Verfassungsbeschwerden erhoben haben, im Plenarsaal des Bundesverfassungsgerichts versuchten, die amerikanische Regierung vor allem aber US-Präsident Reagan auf die Anklagebank zu setzen, kündigte einer ihrer Rechtsanwältinnen an, daß die Sitzblockaden weiter stattfinden würden.

Während der Bremer Professor Wolfgang Däubler zumindest einräumte, daß mit den Sitzblockaden von der Friedensbewegung Regelverstöße begangen werden, versuchte einer der Sitzblockierer, sie als „Gehorsam im öffentlichen Interesse gegen die Massenvernichtungsmittel“ zu rechtfertigen. Bundesjustizminister Hans A. Engelhard bestritt entschieden, daß es ein Grundrecht gibt, das es dem einzelnen erlaube, sich über gleichwertige Rechte anderer, die rechtmäßigen Entscheidungen demokratisch gewählter Staatsorgane und das für alle geltende Strafrecht hinwegzusetzen und letztlich die eigene Meinung zum Maßstab aller Dinge zu erheben.

In diesem Zusammenhang wies sein baden-württembergischer Kollege Heinz Eyrich darauf hin, daß die Justiz nicht in die Rolle eines Schlichters im politischen Meinungskampf gedrängt werden dürfe. Die Justiz hat Sachverhalte nach Recht und Gesetz zu beurteilen. Vor Gericht geht es nicht an, daß eine Gruppe Vorrang vor einer anderen beansprucht, oder soll es künftig vom Ergebnis demokratischer Erhebungen über die Wichtigkeit des jeweiligen Anliegens abhängen, ob den Blockierern die Befugnis zusteht, in spektakulärer Form - nämlich gewaltlos - auf die Meinungsbildung der Allgemeinheit einzuwirken? Für den bayerischen Justizminister August R. Lang, dessen Befangenheitsantrag gegen den Berichterstatter dieses Verfahrens, Helmut Simon, am vergangenen Samstag als unbegründet zurückgewiesen worden war, soll sich der Staat nicht mit solchen Blockaden abfinden, weil sonst durch die Blockade aller Zufahrtsweg auf das Bundesverfassungsgericht Druck ausgeübt werden könnte.

Späth erhebt erstmals eine „Wassersteuer“

HARALD GÜNTHER, Stuttgart

Als erstes Bundesland wird Baden-Württemberg von 1987 an eine Art „Ressourcensteuer“ für Wasser erheben. Einen entsprechenden Grundsatzbeschluss hat das Kabinett Späth in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause gefaßt. Mit den Einnahmen aus dem Sonderumlageentgelt - rund 170 Millionen Mark im Jahr - will die Landesregierung ein umfassendes Programm zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen finanzieren.

Eine große Rolle spielt dabei die Entschädigung für landwirtschaftliche Bewirtschaftungs- und Düngemittelbeschränkungen in Wasserschutzgebieten. „Die Einkommenslage der Bauern“, betonte Landwirtschaftsminister Gerhard Weiser, „darf sich durch ökologisch begründete Auflagen nicht verschlechtern.“ Deshalb erhalten die Betroffenen künftig pauschal 310 Mark pro Hektar und Jahr. In wenigen Jahren werden bereits 20 Prozent Baden-Württembergs als Wasserschutzgebiete ausgewiesen sein. 60 Prozent dieser Fläche ist landwirtschaftlich genutzt.

Den Finanzierungsbedarf gibt die Landesregierung mittelfristig mit durchschnittlich 100 Millionen Mark im Jahr an. Mit dem Rest der Einnahmen aus dem Wassernutzungsentgelt sollen Ausgleichszahlungen für weitergehende Nutzungsbeschränkungen in Natur- und Landschaftsschutzgebieten, Anreize für gewässerfreundliche Produktionsverfahren sowie andere umwelt- und landschaftspflegerische Maßnahmen bezahlt werden.

Das als „Wasserpfeil“ bekannte Nutzungsentgelt ist für Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) der „Einstieg in eine ökologische Komponente bei der Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft“. Erhöhen wird es 1987 erstmals bei allen Wassernutzern, also bei Industriebetrieben und Wasserversorgungsunternehmen. Grundwasser wird dabei mit 10 Pfennig pro Kubikmeter berechnet, Oberflächenwasser für die industrielle Nutzung mit 4 Pfennig, bei Verwendung als Kühlwasser mit 1 Pfennig.

Das Open-air-Festival „gegen Wackersdorf“ hängt in der Luft

FETER SCHMALZ, Münster

Die Veranstalter rühmen sich, das größte Open-air-Festival der Bundesrepublik zu planen, die bayerischen Sicherheitsbehörden fürchten dagegen chaotische Verhältnisse ohne Beispiel. Sollten beim „Anti-WAA-Ahmsinn-Festival“ am 26. und 27. Juli in der Oberpfälzer Kleinstadt Burglenzgerfeld (8800 Einwohner) öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten werden, dann müßten „Polizeikräfte in einem nicht mehr darstellbaren Umfang eingesetzt werden“, schreibt der zuständige Regierungspräsident Karl Krampol an die Stadtverwaltung und flücht die Bitte, dem Festival die Genehmigung zu verweigern. Andernfalls kündigte er seinerseits ein Verbot an.

Nach dieser Ouvertüre steht schon jetzt fest, daß die nächsten Takte vor dem Verwaltungsgericht geschlagen werden, das die Veranstalter im Verbotsfalle anrufen wollen und wobei sie sich von dem Grünen Otto Schily anwaltlich vertreten lassen werden.

Problem mit der Masse

Somit werden Richter im Silverfahren zu entscheiden haben, ob am letzten Juli-Wochenende auf dem Lanzenanger von Burglenzgerfeld Pop- und Rock-Größen wie Herbert Grönemeyer, Purple Schulz, Udo Lindenberg, die Gruppe BAP und Wolfgang Ambros vokal und instrumental gegen die Kernkraft musizieren dürfen. Die Stars haben ihr Mitwirken kostenlos zugesagt.

Die Behörden fürchten jedoch Probleme wegen der Masse der Teilnehmer (die Veranstalter rechnen mit 50 000, die Polizei mit bis zu 100 000)

und wegen der räumlichen Nähe zum WAA-Baugelände, das nur 20 Kilometer entfernt liegt und über gut ausgebaute Straßen in weniger als einer halben Stunde zu erreichen ist.

Die Leute bleiben nicht bei der Musik“, meint ein hoher Sicherheitsbeamter. „Die werden über Hunderte von Kilometern durch das Reizwort Wackersdorf angeleitet und wollen dann auch mal hier zu diesem berühmten Zaun.“

Zudem wird auf Landzetteln und Plakaten die Veranstaltung als „Rock am Zaun“ bezeichnet und als Ort Wackersdorf angegeben. Die Organisatoren versprachen gestern in einem Schreiben an die Stadtverwaltung, künftig mit korrekter Ortsbezeichnung zu werben.

Doch die Behörden misstrauen den Absichten der Veranstalter. Angemeldet und durchgeführt soll das Festival von einem Verein „Zur Beratung und Förderung kultureller Jugendarbeit e.V.“ werden, der offensichtlich aus den Bürgerinitiativen hervorgegangen ist, deren Landeskonferenz sich kürzlich ausdrücklich für die Anwendung von Gewalt bekannte. Laut Vereinsregister des Amtsgerichts Schwandorf wurde der Verein erst am 28. Mai dieses Jahres gegründet und nennt als eines seiner Ziele, Projekte zu betreiben, „die in der Lage sind, gesellschaftliche und ökologische Zusammenhänge zu verdeutlichen und auf diese einzurwirken, sowie auf die Förderung und Unterstützung dahingehender Initiativen.“

Für den Regierungspräsidenten ergibt sich daraus der „dringende Verdacht“, bei der Vereinsgründung han-

dele es sich um eine „Ad-hoc-Gründung zur Durchführung von Aktionen aller Art gegen die WAA“. Auch der Vereinsvorsitzende Walter Dürr erscheint Präsident Krampol nicht als vertrauenswürdiger Garant friedlicher Protestaktionen, nachdem er in Polizeikreisen als Steinwerfer am Bauzaun bekannt ist.

Prozesskosten-Vorsorge

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch Paragraph 8 der Vereinsatzung, in dem festgehalten ist, das Vereinsvermögen falle bei Auflösung des Vereins der „Initiative Prozesskostenhilfefonds“ der Landeskonferenz der Bürgerinitiativen zu.

Sollte das Zwei-Tage-Spektakel stattfinden, würde sich ein erhebliches Vermögen in der Vereinskasse ansammeln. Bis gestern waren bereits über 25 000 Karten zum Vorverkaufspreis von 26,40 Mark verkauft, zum selben Preis liegen weitere 10 000 Karten für Besucher aus Österreich an den Tageskassen, wo der Eintritt für die restlichen Käufer 34 Mark kosten wird. Mit Bruttoeinnahmen von rund einer Million Mark wäre zu rechnen.

Die Veranstalter versuchen das Festival mit dem Hinweis zu retten, sie würden mit über 700 Ordnern einen friedlichen Ablauf gewährleisten; der Regierungspräsident ist dagegen überzeugt, daß weder dadurch noch durch einschneidende Auflagen die zu erwartenden Gewaltaktionen in der Stadt, in den angrenzenden Gemeinden und am Bauzaun zu verhindern wären.

„Urteil schafft jetzt Klarheit für Spender“

rt, Bonn

CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski sieht für seine Partei nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Parteienfinanzierung „in der Praxis kein Problem“. Radunski sagte gestern in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, nach dem Urteil vom Montag gehöre die Zukunft dem „großen Heer der kleinen Spender“, die die Parteien unterstützen. Der CDU-Bundesgeschäftsführer sagte, die vom Verfassungsgericht als Höchstgrenze festgesetzten 100 000 Mark für steuerlich abzugsfähige Spenden bedeute für die CDU kein Problem. Großspender, die höher als diese Summe gelegten hätten, habe es 1984 „16, 18 oder 20“ gegeben, in diesem Jahr erst eine.

Die Schatzmeisterin der FDP, Adam-Schwaezler, sagte, das Urteil habe für die Spender Klarheit geschaffen. Die FDP habe 1984 und 1985 keine Einzelspende von mehr als 100 000 Mark erhalten. Eine grundlegende Neuregelung des Gesetzes zur Parteienfinanzierung hat gestern die SPD gefordert. Der SPD-Finanzexperte Spöri erklärte, daß das Gericht den zentralen steuerrechtlichen Teil der geltenden Bestimmungen für verfassungswidrig erklärte habe. In einem neuen Gesetz müsse auch der Höchstbetrag für steuerlich begünstigte Parteispendern wesentlich niedriger liegen als die vom BVG als absolute Obergrenze festgelegte Summe von 100 000 Mark.

ASTA darf sich nicht politisch äußern

dpa, Koblenz

Der Allgemeine Studentenausschuß (ASTA), der die Studentenschaft einer Universität vertritt, ist nicht berechtigt, Erklärungen allgemeiner politischen Inhalts abzugeben. Mit diesem Urteil in Koblenz bekräftigt das Urteil unter anderem das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz dem ASTA der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, sich öffentlich zur Abgabe von Grundstücken an die US-Streitkräfte zu äußern. (Az.: 2 A 130/85).

Der ASTA hätte im Januar 1985 seine ablehnende Haltung zur Stationierung von Waffen auf diesem Grundstücken kundgetan. Mehrere Studenten der Universität verlangten von ASTA daraufhin, zu erklären, daß er mit seiner öffentlichen Meinungsäußerung seine gesetzlichen Kompetenzen überschritten habe. Nach Ablehnung dieser Forderung hatten die Mainzer Studenten gegen die Studentenschaft geklagt, der ASTA unterlag und ging in die Berufung.

Das Gericht wertete die Äußerung vom Januar 1985 als eine allgemeine politische Erklärung, die ausschließlich die Interessen der Studenten als Staatsbürger oder Bürger der Stadt Mainz betrafte. Der ASTA habe daher die ihm gesetzlich eingeräumten Befugnisse überschritten und die Handlungsfreiheit der klagenden Studenten, die als Zwangsmitglieder nicht aus der verfaßten Studentenschaft austreten könnten, verletzt.

Lenkt Ostblock beim Wahlrecht für Deutsche ein?

AP, Bonn

Eine halbe Million Deutsche aus der Bundesrepublik, die im Ausland leben, darf am 25. Januar 1987 erstmals an der Bundestagswahl teilnehmen. Dies teilte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Lutz Stavenhagen (CDU), gestern vor der Presse in Bonn mit. Das Wahlrecht für Deutsche aus der Bundesrepublik im Ausland ist Folge der siebten Änderung des Bundeswahlgesetzes, die im nächsten Jahr erstmals wirksam wird. Betroffen davon sind jedoch nicht alle Deutschen im Ausland, sondern nur jene, die nach dem 23. Mai 1949 mindestens drei Monate lang in der Bundesrepublik oder in West-Berlin gelebt haben und jetzt in einem Mitgliedsstaat des Europarates wohnen. Deutsche in Übersee dürfen wählen, wenn sie nicht länger als zehn Jahre außerhalb der Bundesrepublik wohnen.

Auch die Staaten des Warschauer Paktes haben bei Konsultationen zu erkennen gegeben, daß sie dort lebenden Deutschen die Ausübung des Wahlrechtes ermöglichen werden. Lediglich die „DDR“ habe definitiv erklärt, sie werde die Ausübung des Wahlrechtes durch die rund 12 000 Bürger der Bundesrepublik in der „DDR“ nicht zulassen. Die größten Gruppen der wahlberechtigten Deutschen leben in Australien und Frankreich (je 48 000), in der Schweiz (41 000), in Italien und Belgien (je 38 000), in den USA (33 000).

Wollen Sie Ihre Berufs-Chancen anderen überlassen?

Kaufen Sie sich jeden Samstag den großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Faust. Die 180 Meter, hohe Anlage steht etwa 300 Meter außerhalb des THTR und gehört nicht zu den sicherheitsrelevanten Teilen des Reaktors. Er ist mit einem einfachen Maschendraht umgeben, den die Umweltschützer gegen 6.30 Uhr überstiegen. Sie waren dann mit dem Fahrstuhl den Turm hinaufgefahren, nachdem sie die Tür dazu aufgebrochen hatten.

DIE WELT (USPS 403-990) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Welt steckt voller Degussa



Trinkwasser ist eines unserer kostbarsten Güter. Schon heute muß ein Teil des Bedarfs aus Oberflächenwasser gedeckt werden.

Degussa hat Verfahren entwickelt, mit denen man Wasser reinigt und entkeimt. Zum Beispiel mit Oxidationsmitteln. Oder mit Aktivkohle, die auch geringste Verunreinigungen zuverlässig zurückhält und den Geschmack des Trinkwassers verbessert.

Degussa macht das Wasser reiner. Eine Leistung unter vielen. Denn die Welt steckt voller Degussa.

Degussa

Degussa, Teil unserer Welt. Metall. Chemie. Pharma.

Daniels Gesamtschul-Sieg hat Folgen

CHRISTIAN GEYER, Bonn

Die Stadt Bonn hat den monatelangen Rechtsstreit gegen den Kölner Regierungspräsidenten Franz-Josef Antwerpes um die Einrichtung einer zweiten Gesamtschule gewonnen. Das Schulprojekt sollte noch in diesem Jahr starten. In zweiter Instanz hatte das Oberverwaltungsgericht Münster am Montag die Beschwerde des Regierungspräsidenten gegen eine Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Köln zurückgewiesen, das bereits Mitte Mai dessen Verfügung zur zwangsweisen Errichtung einer zweiten Gesamtschule in der Bundeshauptstadt für rechtswidrig erklärt hatte.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte in seiner Urteilsbegründung den Standpunkt der Stadt, daß für die erforderliche Mindestzahl von 112 Schülern nur Anmeldungen aus dem Stadtgebiet, nicht aber aus dem benachbarten Rhein-Sieg-Kreis zu werten seien. Nach dem Urteil des Gerichts sei „eine kreisfreie Stadt nur dann zur Errichtung einer Gesamtschule verpflichtet, wenn die dafür erforderliche Mindestschülerzahl durch Schüler aus dem Stadtgebiet erreicht wird.“ Das sei aber nach dem Ergebnis des Anmeldeverfahrens nicht der Fall, weil statt der erforderlichen 112 nur 111 Anmeldungen erreicht wurden. Durch das Hinzuzählen von Anmeldungen aus benachbarten kreisangehörigen Gemeinden könne eine Errichtungspflicht der Stadt nicht begründet werden. Ebenso wenig könne eine solche Pflicht auf die Annahme des Regierungspräsidenten gestützt werden, „daß sich bei einer gesamtschulfreundlicheren Gestaltung des Anmeldeverfahrens die Anmeldezahlen erhöht hätten.“

Der Bonner Oberbürgermeister

Hans Daniels (CDU) zeigte sich gegenüber der WELT zufrieden darüber, daß der Rechtsstandpunkt der Stadt von zwei Instanzen bestätigt worden sei. Er habe das Eingreifen des Regierungspräsidenten in die Kompetenzen der Stadt schon immer als rechtlich unzulässig angesehen: „Der Regierungspräsident ist schließ-



Daniels sieht sich bestätigt. FOTO: R. SCHULZ, VORBERG

lich nicht der Vorgesetzte der Stadt.“ Bereits bestehende Schulen seien jederzeit bereit auch Schüler aus benachbarten Gemeinden aufzunehmen. „Zur Errichtung von neuen Schulen fallen jedoch nur die Anmeldungen aus dem Stadtgebiet ins Gewicht.“ Eltern, die ihre Kinder für das kommende Schuljahr für die Gesamtschule angemeldet hätten, müßten sich nun rasch nach Alternativen umsehen.

Regierungspräsident Antwerpes hat mit diesem Urteil gerechnet, nachdem das Kölner Gericht bereits so entschieden hatte. Er werde die Hauptsache in den nächsten Tagen

für erledigt erklären, da das Schuljahr '87 vor der Tür stehe. „Das Urteil ist eine Niederlage für uns, die wir aber nicht mit Wehklagen beantworten“, sagte Pressesprecher Koch.

Dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts wird schulpolitisch eine grundsätzliche Bedeutung beigegeben. Ähnliche Fälle, in denen die für eine Gesamtschule erforderliche Mindestschülerzahl nur dann erreicht wird, wenn die Anmeldungen aus den benachbarten Gemeinden des jeweiligen Kreises hinzugezählt würden, liegen als Rechtsstreitigkeiten vor. So sind in Dormagen zwar insgesamt 119 Anmeldungen für eine Gesamtschule eingegangen, jedoch nur 90 aus dem Stadtgebiet. Der Rat der Stadt Dormagen weigert sich daher, die Gesamtschule zu errichten.

Das Kultusministerium in Nordrhein-Westfalen hat daraufhin angekündigt, über die Anwendung von Paragraph 10 Absatz 7 des Schulverwaltungsrechts im Kabinett zu beraten. Demnach können Kreise und Gemeinden durch das Kultusministerium zur Errichtung einer Schule gezwungen werden, „wenn sie die erforderliche Verwaltungs- und Finanzkraft besitzen“. Dieser Paragraph ist bislang allerdings noch nicht angewendet worden. Das Kultusministerium selbst schaut einem möglichen Präzedenzfall denn offenbar auch eher skeptisch entgegen. Nach Ansicht von Pressereferent Thomas Wildberger sei das Eingreifen des Landes in die Belange des Bezirks immer „eine kritische Geschichte“. Doch sehe er zunächst einmal keine Parallelen zum Bonner Fall, weil die Stadt Dormagen in einer früheren Entscheidung die Hinzuzählung von außerstädtischen Anmeldungen zunächst ausdrücklich gebilligt habe.

1685

Handwritten signature or mark.

Neu-Delhi: Kämpfe von Lokalpolitikern geschürt

Schon 72 Tote bei Straßenschlachten / Gandhi vermittelt

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi
 „Nicht die Gläubigen selbst sind es, die den hitigen Streit zwischen Hindus und Moslems wollen oder gar entfachen, sondern es sind ihre ehrgeizigen lokalen politischen Größen, oder fanatisierte Religionsführer.“ So urteilte unlängst ein indischer Soziologe über jene kommunalen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern dieser beiden Religionsgemeinschaften, die jährlich mehrfach seit Bestehen des Landes in Indien aufflammen und jetzt seit einer Woche den westindischen Staat Gujarat erschüttern.

Die Straßenschlachten zwischen Hindus und Moslems in der Gujarat-Hauptstadt Ahmedabad und in umliegenden Ortschaften haben bisher trotz Ausgangssperre 72 Todesopfer gefordert. Krimineller Mob nutzte die Chance und zog plündernd und brandschätzend durch die Stadt. Chefminister Amarsinh Chaudhury hat zwar alle verfügbaren Polizeikräfte in Ahmedabad eingesetzt und 39 Kompanien paramilitärische Einheiten erhalten, doch nur allmählich kommt die Situation wieder unter Kontrolle.

Nicht nur die Meteorologen, sondern auch innenpolitische Beobachter hatten Indien einen „heißen Sommer“ vorausgesagt. Und er kam – mit anhaltendem Terroristen-Problem im Pandschab, Straßenschlachten, die sich Hindus und Moslems in mehreren Städten des Staates Uttar Pradesh lieferten, weil beide Religionsgemeinschaften den für Hindus beliebigen Ort „Ayodhya“ für sich beanspruchten, und schließlich mit blutigen Unruhen in der Stadt Belgium, Westindien. Unter ihren Einwohnern war Streit darüber ausgebrochen, ob sie zum Staat Karnataka oder zum benachbarten Staat Maharashtra gehören sollten.

Ende im Chaos

In jedem der Fälle war, ebenso wie in Ahmedabad, der Anlaß nichtig. Eine Tempelwagen-Prozession am Mittwoch vergangener Woche führte durch ein mehrheitlich von Moslems bewohntes Stadtgebiet. Sie fühlten sich gestört. Im feuchtheißen Klima, das auch für die Einheimischen kaum noch zu ertragen ist, brach plötzlich der Zorn sowohl der Moslems als auch der Hindus aus; die ersten Steine flogen, es gab erste Tote und die

anfänglich noch unbedeutende Straßenschlacht endete im Chaos.
 Die Prozession war eine Provokation lokaler Hindu-Führer, und Moslems vermuteten bereits, daß die Auseinandersetzung bewußt von der erzkonservativen Bewegung „Shiv Sena“ angezettelt worden war. Aber Chefminister Chaudhury hätte sie kaum verbieten können, ohne nicht in den Ruf zu geraten, „ein Hindu-Gegner“ zu sein. Und auch in der Stadt Belgium waren es lokale Politiker, die um ihrer eigenen Popularität willen die Bevölkerung gegeneinander aufhetzten.

Aufruf zur Bewaffnung

Indische Politiker können offenbar von diesen Provokationen nicht lassen. Während in Gujarat die Situation weiter gespannt ist, verkündete jetzt der Chefminister des indischen Bundesstaates Tamil Nadu, M. G. Ramachandran, ein Ex-Filmschauspieler und ein Hindu-Chauvinist, die 1,5 Millionen Mitglieder seines „Fan-Klubs“, mit denen er hauptsächlich seine Politik betreibt und die auch Mitglieder seiner Regierungspartei AIADMK sind, sollten Messer tragen, um sich gegen den politischen Feind zur Wehr zu setzen.

Doch wie in Uttar-Pradesh, Belgium oder jetzt in Ahmedabad, rechnen führende Politiker damit, daß die Unruhen ebenso schnell wieder abflauen, wie sie aufgeflammt sind. „Schließlich müssen Hindus und Moslems auch künftig weiter als Nachbarn zusammenleben.“

Ministerpräsident Rajiv Gandhi hat seinen Staatsminister für innere Sicherheit, Chidambaram, zum Wochenende nach Ahmedabad geschickt, der sich seitdem bemüht, auf die lokalen Politiker einzuwirken, um eine Beruhigung der Situation zu erreichen. Der Premierminister selbst scheint nicht beunruhigt. Obwohl erst knapp zwei Jahre im Amt, sind ihm die Vorgänge in Ahmedabad als fester Bestandteil indischer Gesellschaft und Politik nur allzu vertraut. Nicht zuletzt, weil in der jüngsten Vergangenheit auch Politiker seiner eigenen Kongreß-Regierungspartei ähnliche Vorkommnisse arrangiert hätten, um sich ins rechte Rampenlicht zu setzen. Gandhi hat ihnen den Kampf angesagt. Doch wer jetzt, modernes politisches Management oder das Klavierspiel auf den zarten Seiten religiöser Gefühle, ist noch offen.

Im Poker um die Macht in Rom setzt Andreotti auf die Gewerkschaften

Drei Parteien der Fünfer-Koalition Craxis lehnen Neuanlage unter DC-Führung ab

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
 Im Dschungel der italienischen Regierungskrise ist noch kein Lichtschimmer in Sicht. Die ersten Konsultationen des mit der Kabinettsneubildung beauftragten christdemokratischen Außenministers Giulio Andreotti brachten diesem ein dreifaches Nein ein: seitens der Kommunisten, der Sozialisten und der Neofaschisten. Die drei kleineren Partner der bisherigen Koalition (Republikaner, Sozialdemokraten, Liberale) äußerten sich zwar entgegenkommender, aber deutlich besorgt.

Am kompromisslosesten klang das Nein aus dem Munde des stellvertretenden sozialistischen Parteisekretärs Claudio Martelli. Er erklärte klipp und klar, die Fortsetzung der Bemühungen Andreottis sei sinnlos. Verhandlungen zur Reaktivierung der Fünf-Parteien-Koalition würden erst dann möglich, wenn man zum Ausgangspunkt der Krise zurückkehre, wenn also Andreotti sein Mandat zurückgebe und die Christdemokraten darauf verzichten, den anderen vier Koalitionspartnern einen DC-Regierungschef aufzuzwingen zu wollen.

Die Kommunisten lehnten jede Form der Duldung oder gar Unterstützung einer erneuerten Fünf-Parteien-Regierung unter Andreotti ab. Sie forderten ihre eigene Aufnahme in ein neues, auf der Grundlage einer Programmabsprache zu bildendes Kabinett und machten deutlich, daß sie für den Eintritt in eine solche Regierung die Beteiligung der Sozialisten zur Bedingung machen.
 Die Neofaschisten stellten sich auf den Standpunkt, daß Neuwahlen unumgänglich geworden seien. Je früher man sie ausschreibe, je besser.
 Andreotti nahm den Nackenschlag der ihm vor allem von den Sozialisten des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Bettino Craxi versetzt wurde, ohne sichtbare Reaktion hin. Er zeigte keinerlei Wirkung“, berichtete der sozialistische Fraktionsführer im Abgeordnetenhaus, Rino Formica, dem Journalisten nach dem Gespräch mit dem designierten Regierungschef. „Aber Ihr kennt ja sein Gesicht. Er war und bleibt eine Sphinx.“

Zusatzurteil in UdSSR aufgehoben

DW, München
 Im Westen ist jetzt ein zweites Fall bekannt geworden, bei dem die sowjetische Justiz ein wegen „Verletzung der Lagerdisziplin“ nach Artikel 188 des Strafgesetzbuches verhängtes Zusatzurteil aufgehoben hat. Betroffen ist der Katholik Wladimir Albrecht aus Moskau. Er war am 1. April 1983 wegen „antsovjetischer Verleumdung“ zu drei Jahren Lagerhaft und dann kurz vor Ablauf seiner Straftzeit zu weiteren drei Jahren verurteilt worden. Dieses Urteil wurde, so das Informationszentrum „USSR News brief“ in München, jetzt aufgehoben. Bei den zusätzlichen Strafmaßnahmen wurde der Lagerleitung ein großer Ermessensspielraum eingeräumt. Das war von drei Juristen aus Swerdlowsk kritisiert worden. Im Februar war ein Urteil gegen den Philosophen Porsch, Gründer des Orthodoxen Jugendseminars in Leningrad, aufgehoben worden.

Die Internationalen Liga für Menschenrechte in New York hat der sandinistischen Regierung in Nicaragua schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. In einem Bericht der Menschenrechtsgruppe heißt es, Folter und illegale Inhaftierungen sowie die Unterdrückung der Religions- und Pressefreiheit seien in dem mittelamerikanischen Land an der Tagesordnung. Geistliche, Gewerkschafter, oppositionelle Politiker, Journalisten und Anwälte seien von der Verfolgung besonders betroffen.

Seit der Machtübernahme der Sandinisten 1979 seien Tausende politischer Gegner der Regierung in Managua inhaftiert worden. Insassen aus nicaraguanischen Gefängnissen hätten von Schlägen, Vergewaltigungen, Scheinrichtungen, Todesandrohungen, Isolationshaft und anderen Einschüchterungsmethoden berichtet.

Foltern Sandinisten Oppositionelle?

rtr, New York
 Die Jugend Albanien soll den Kampf gegen die Überreste anachronistischer Ideologien und gegen „fremde Einflüsse“ verstärken. Dazu hat nun zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen Staatschef Ramiz Alia in Ansprachen an die Nation aufgerufen. In der vom Parteorgan „Zeri i popullit“ veröffentlichten Rede sagte Alia, würden anachronistische Ideologien toleriert, bildeten sie einen geeigneten Nährboden für das Entstehen und die Entfaltung von Phänomenen, die eine Schädigung des Sozialismus bedeuten. Alia, nach Enver Hodschas Tod etwa ein Jahr im Amt, will offensichtlich den Ruf Albanien als „erstes atheistisches Land der Welt“ weiter festigen. Darum wurde auch der Bau von Hochhauswohnungen beschleunigt, die den traditionellen Großfamilien entgegenwirken. In denen religiöse Werte bisher noch überliefert wurden.

proletariern von keiner Partei gewünscht werden.
 Offenbar setzt Andreotti dabei nicht nur auf die drei kleinen zur alten Fünferkoalition gehörenden laizistischen Parteien, sondern auch auf die Gewerkschaften und Unternehmer, deren Vertreter er heute empfangen will. Sollte es ihm gelingen, diese Kräfte – vor allem die Gewerkschaften – für den Entwurf seines Regierungsprogrammes zu gewinnen, dürfte es den Sozialisten ziemlich schwerfallen, bewegungslos auf ihrem Standpunkt des bedingungslosen Neins zu verharren.

Inzwischen wird eine andere Regierungskrise auf der Apenninhalbinsel von Rom aus mit wachsendem Interesse verfolgt. In San Marino, der „ältesten Republik der Welt“, haben sich Christdemokraten und Kommunisten auf eine Koalition geeinigt, wodurch die Sozialisten zum ersten Mal seit Kriegsende in die Opposition abgedrängt werden.

In Moskau maß man diesem Ereignis anscheinend soviel Bedeutung bei, daß man den Vizesekretär für internationale Beziehungen der KPdSU, Vadim Zagladin, „als Touristen“ auf den Monte Titano entsandte.

Albanien: Gegen Religion kämpfen

KNA, Tirana
 Die Jugend Albanien soll den Kampf gegen die Überreste anachronistischer Ideologien und gegen „fremde Einflüsse“ verstärken. Dazu hat nun zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen Staatschef Ramiz Alia in Ansprachen an die Nation aufgerufen. In der vom Parteorgan „Zeri i popullit“ veröffentlichten Rede sagte Alia, würden anachronistische Ideologien toleriert, bildeten sie einen geeigneten Nährboden für das Entstehen und die Entfaltung von Phänomenen, die eine Schädigung des Sozialismus bedeuten. Alia, nach Enver Hodschas Tod etwa ein Jahr im Amt, will offensichtlich den Ruf Albanien als „erstes atheistisches Land der Welt“ weiter festigen. Darum wurde auch der Bau von Hochhauswohnungen beschleunigt, die den traditionellen Großfamilien entgegenwirken. In denen religiöse Werte bisher noch überliefert wurden.



Besuch mit vielen Gesten: Frau Thatcher (l.) und Schewardnadse

London und Moskau geben sich von ihrer besten Seite

R. GATERMANN, London

Großbritannien und die Sowjetunion unterzeichneten gestern, dem zweiten Tag des offiziellen Besuchs des sowjetischen Außenministers Edward Schewardnadse in London, ein fünfjähriges Abkommen zur Erweiterung der wissenschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit. Eine weitere Vereinbarung sieht eine engere Kooperation bei Unglücksfällen zur See vor, in die Kriegsschiffe beider Länder verwickelt sind.

Beide Länder sind offenbar bestrebt, diesen Besuch in bestem Licht erscheinen zu lassen. Der sowjetische Gast gibt sich äußerst zuvorkommend und entspannt, seine Gespräche mit seinem britischen Kollegen Sir Geoffrey Howe und Premierministerin Margaret Thatcher verliefen „sehr konstruktiv und detailliert“. Angesichts der freundlichen Atmosphäre könne man sich kaum vorstellen, daß im Herbst 1985 zwischen dem Kreml und Whitehall eine „Eiszeit“ geherrscht habe, beschrieb ein hoher Beamter das derzeitige Klima.

Erheblich verbessert wurde es während des Besuchs zudem durch die Überreichung einer persönlichen Botschaft von General-

sekretär Michail Gorbatschow an Frau Thatcher sowie durch die offizielle Einladung der Premierministerin fürs nächste Jahr nach Moskau. Für die britische Regierungschefin ist dies nicht nur ein Signal des neuen Kreml-Herrn, daß er an guten Beziehungen zu London interessiert ist; innenpolitisch bietet er ihr damit auch eine gute Plattform für den zum Zeitpunkt des Besuchs sicherlich schon laufenden Wahlkampf.

Aus britischen Quellen verlautete, daß Edward Schewardnadse eingehend über die Londoner Vorschläge zu einem Produktionsstopp für chemische Waffen unterrichtet worden ist und dafür „sichtbares Interesse“ gezeigt habe. Auf der Tagesordnung standen zudem Abrüstungsfragen, der Mittlere Osten und Südafrika. Mit Genugtuung registrierte die Gastgeber, daß der sowjetische Außenminister zum Thema Pretoria eine „ausgewogene Ansicht“ vertreten habe. Schewardnadse äußerte sich außerdem positiv zu einem britischen Vorschlag, sich gemeinsam mit den USA zu einer Konferenz zu treffen, um über die „wirtschaftliche Herausforderung des letzten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts“ zu beraten.

Indien erhält Super-Computer

Washington stellt Bedenken gegen den Export zurück

rnc, Bonn
 Die offenbar bevorstehende Entscheidung der amerikanischen Regierung, den Export eines sogenannten Super-Computers nach Indien zu gestatten, wird in westlichen Fachkreisen als bedeutsam betrachtet. Nach einem Bericht der Tageszeitung „Hindustan Times“ spricht sich Präsident Reagan nicht mehr dagegen, daß das US-Unternehmen Control Data Corporation einen Großrechner des Typs „Cyber 205“, der pro Sekunde rund zwei Millionen Rechenvorgänge ausführt, für Forschungszwecke an eine indische Organisation liefert.

Wegen des äußerst fortschrittlichen Know-hows, das dieser elektronische Rechner hinsichtlich seines Konstruktionsprinzips und der Halbleiter-Chips enthält, sind bisher gegen die Ausfuhr solcher Anlagen von Regierungsstellen in Washington immer starke Bedenken geäußert worden. Sie werden mit der Tatsache begründet, Indien sei zwar auf bestem Wege, seine industrielle Basis zu vergrößern, tue dies aber auch mit sowjetischer Hilfe, so daß nicht auszu-

schließen sei, daß amerikanische Technologie auch in sowjetischen Besitz gerate.

Der „Cyber 205“ gehört in das recht schmale Angebot amerikanischer „Super-Technologie“. Offiziell will die indische Regierung den Großrechner in der Meteorologie zur Vorhersage von Monsunen verwenden. Es wäre aber auch möglich, die Computeranlage zur Simulation von Kernexplosionen zu verwenden.
 Diese Vermutung liegt nahe, weil Indien zu den „Schwellenmächten“ bei der Einführung von Nuklearkraftwerken zählt, vor Jahren bereits nach eigenen Angaben einen Atomtest zur friedlichen Kernnutzung ausführte und im Atom-Wettlauf mit Pakistan nicht ins Hintertreffen geraten möchte.

Offenbar hat Indien den USA in zwischen sichere Zusagen machen können, daß die Computer-Technologie vor sowjetischem Zugriff geschützt werden wird. Zeitweise war sogar die Möglichkeit erwogen worden, den Computer notfalls per Satellit ausschalten zu können.

Die Seemacht Amerika ist wieder selbstsicher geworden

Von C. GRAF BROCKDORFF

Im Büro eines Offiziers der 3. US-1-Flotte in San Diego (Kalifornien) hängt eine Karte, auf der sich prima vista nur schwer orientieren kann, wer den Atlantik als Bindeglied zwischen Europa und Amerika kennt: Europa erscheint am Kartenrand, Nordamerika und die pazifische Welt stehen in der Mitte. Die Karte, wenigstens nur Handwerkszeug des größten US-Flottenstützpunktes an der amerikanischen Westküste, ist ein Symbol: Die Vereinigten Staaten von 1986 denken global.

Die Marine, die unter John Lehman, dem wohl erfolgreichsten Secretary of the Navy (Kriegsraumminister) seit 50 Jahren, vom Kongreß ein Programm nach dem anderen genehmigt bekommt und mit großer Fahrt auf ihr Endziel von 600 Schiffen zusteuert, offenbart nicht allein die neue Atmosphäre: Der pazifische Raum hat Geltung erlangt, Europa bleibt der Verbündete auf der anderen Seite, den man politisch bisweilen nicht mehr ganz versteht. Berichtet ein Fernsehreporter in einem Wirtschaftsprogramm aus Washington

von den neuesten Zahlen im amerikanischen Handelsdefizit, werden Japan, Hongkong, Süd-Korea, Singapur und Taiwan erwähnt. Auch hier: Die alte Welt hat an Boden verloren.

Keine Selbstzweifel mehr

Um keine Unklarheit aufkommen zu lassen: Amerika erkennt in Europa immer noch sein Spiegelbild. Doch aus der Sicht dieses Landes ist Europa nicht mehr frei. Seine Entscheidungen werden, so sieht man es am Südpol von Kalifornien, beeinflusst von der nach Dominanz strebenden Sowjetunion, mit der Arrangements getroffen werden sollen, die vielleicht ein dem alten politischen Establishments gestützt oder wenigstens toleriert hätte. Doch das ist vorbei. Neue Kräfte wirken. Gegen Ende der Amtsperiode Ronald Reagans hat kalifornisches Denken amerikanische Politik tief verändert: Amerika ist liberaler geworden unter dem Einfluß der „big government“ verachtenden Konservativen. Es hat seine Selbstzweifel abgestreift. Das wird auch Reagan überdauern. Die Sowjetunion ist ohne

Frage der Gegner, von dem man sich bedroht fühlt.

Den Eroberungswillen der Sowjetunion glaubt man nur durch Stärke zurückhalten zu können. Raketen sind dafür wichtig, aber nicht das alleinige Mittel. Eine Flotte wird der Sowjetunion gegenübergestellt, die signalisiert, daß wo immer in der Welt die Sowjetunion eine Konfrontation mit Washington sucht – in Europa, in Südwestasien, in Ostasien oder in Lateinamerika –, sie auf einen zum Handeln befähigten Gegner stößt.

Die Sowjetunion muß erkennen, daß jeder Konflikt mit den USA, insbesondere ein nichtnuklearer, zu einem ausgedehnten Krieg werden kann, in dem weltweit amerikanische See- und Seeluftstreitkräfte gegen sowjetische Interessen vorgehen werden. So denkt man in San Diego. Die rasche Verjüngung der amerikanischen Flotte, sie ist inzwischen auf 540 Schiffe angewachsen, gibt Washingtons Politik Glaubwürdigkeit. Die Marine versendet Signale, daß sie beim Ausbruch eines konventionellen Konflikts ohne Zögern mit den konventionellen Waffen ihrer nuklear

angetriebenen Angriffs-U-Boote gegen sowjetische strategische Raketen-Atom-U-Boote unter dem Polarschein vorgehen wird. Ein dritter nuklear getriebener Flugzeugträger, die „Nimitz“, kommt jetzt zur Verstärkung in den Pazifik. In Everett (Bundesstaat Washington) wird eine sechste pazifische Trägerkampfgruppe aufgebaut. Wer von den Verbündeten an pazifische Manövern teilnehmen will, wie etwa der laufende „RIMPAC“-Serie ist willkommen, darunter Großbritannien, Kanada, Japan und Australien. Neuseeland mit seiner antinuklearen Politik ist vom Fluß der Geheimdienstinformationen abgeschaltet worden. Australien hat seine Geheimschutzvorschriften verstärkt, damit es nicht in den Verdacht gerät, Neuseeland heimlich mit begehren Nachrichten zu versorgen.

Gefahren für Europa

Das Bild wiedergewonnener Stärke Amerikas wirkt beruhigend auf Europa, birgt aber auch Gefahren. Im Krisenfall müssen 1,5 Millionen amerikanische Soldaten als Verstärkung

nach Europa gebracht werden, unterstützt von weit mehr als tausend Flugzeugen. Amerikas Häfen an der Ostküste und am Golf von Mexiko (Galveston) sind in die Mobilisationspläne einbezogen und bereit, alles stehen und liegen zu lassen, um in der Stunde der Not nationale Aufgaben zu erfüllen. Diese weit gediehenen Vorbereitungen ermöglichen es jedoch auch, Truppen in großer Zahl aus Europa abzuziehen und im Kriegsfall als „Expeditionsstreitkräfte“ an die dann schon existierende europäische Front zu schicken. Für Europa jedoch ist amerikanische Truppenpräsenz und Vorverteilung das unverzichtbare Mittel, einen Krieg überhaupt nicht entstehen zu lassen. Truppenabzug und Rückkehr „an die Front“ sind unakzeptabel. Sie würden jede Krise in Europa an den Rand des Krieges gelangen lassen. Zieht die europäische Politik daraus die Konsequenz, auf überflüssige Kommentare zur amerikanischen Politik zu verzichten? So fragen sich europäisch gesinnte Politiker und Militärs, nicht nur an der Westküste. (SAD)

In Trauer geben wir Kenntnis vom Tod unseres früheren Lehrers und Kunsterziehers

Heinrich Kutzer

geb. 29. August 1911 gest. 11. Juli 1986

Herr Kutzer war von Mai 1950 bis Juli 1974 in Louisenlund tätig und hatte damit wichtigen Anteil am Aufbau der Internatsschule. Er war ein hochbegabter und sehr angesehener vielseitiger Künstler und Pädagoge, dazu ein unnachahmliches „Original“, das seinen vielen hundert Schülern für immer lebhaft in Erinnerung bleiben wird. Er hatte einen wachen disputerfreudigen Verstand und was zugleich ein immer verlässlicher und unermüdlicher Freund Louisenlunds und der Idee des Landerziehungsheims.

Viele Schüler verdanken Herrn Kutzer die Entdeckung und Förderung ihrer künstlerischen Gaben und Interessen.

Herr Kutzer wird uns unvergessen bleiben.

Vorstand, Leitung, Mitarbeiter und Schüler der

Stiftung Louisenlund

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 17. Juli 1986, um 9 Uhr von der Friedhofskapelle auf dem Domfriedhof in Schleswig aus statt.

Walter Langfeld

* 20. 2. 1886 † 12. 7. 1986

„Pionier und Schöpfer des Seefliegens“
 (Zitat des Prinzen Heinrich von Preußen, Imp. Rex)
 Kapit. Lt. in der kaiserlichen Marine
 Regierungsrat im Reichsluftfahrtministerium
 langjähriger Vorsitzender des Aufsichtsrates der Kodak AG

Ein reiches und stets bescheidenes Leben fand seine Erfüllung.

Goetz Langfeld, München
 Konstantin Kasbek Langfeld, USA
 Martha Gala, München

Irene Elsner geh. Langfeld, Lübeck
 Dipl.-Kfm. Wolf H. Elsner, Hamburg und Familie
 Dr. jur. Thomas Elsner, Lübeck
 Gunda Diercks, Lübeck

Die Seebestattung findet im engsten Familienkreis statt.

Karolingerallee 7
 8000 München 90

Durch einen tragischen Unglücksfall verloren wir einen langjährigen Freund unseres Hauses, den Pianisten

Vacek

Vacek Kisielowski war viele Jahre unserem Unternehmen eng verbunden.

Wir trauern um den Freund und Künstler.

YAMAHA Europa GmbH

„Heterogen, dynamisch und maximalistisch“ - so schätzt der Chefredakteur der großen spanischen Zeitung La Vanguardia die Deutschen ein. Verblüfft zeigt er sich von der Art, wie sie mit ihren Politikern umspringen und er findet kritische Worte zur deutschen Außenpolitik. Deren Kurs sei alles andere als geradlinig.

„Es gibt wenig Völker, die die Dinge so restlos machen wollen“

Von FRANCESCO NOY

Die Bundesrepublik Deutschland läßt sich leicht etikettieren: reich, wissenschaftlich und gebildet. Das ist der Gemeinplatz, der sich anscheinend häufig rechtfertigen läßt. Die Bundesrepublik ist - auch wenn sie sich damit nicht brüstet - die erste militärische Macht Europas; sie veranstaltet die größte und wichtigste Buchmesse der Welt; ihre Fußballstars sind am meisten geschätzt; ihre Wirtschaft ist die mächtigste im Kontinent etc. Schwieriger allerdings ist ein Urteil, das ausgenutzt sein soll, und noch schwieriger ist es, ein Urteil aus der Ferne zu fällen. Ich möchte es wagen, eine andere dreifache Etikettierung für diese letztere Urteil vorzuschlagen: heterogen, dynamisch und maximalistisch.

Bayern - traditioneller Gemeinplatz - heute zu den Ländern in der Bundesrepublik, die an der Spitze der technologischen Industrie stehen; das Deutschland der Touristen - eine Bezeichnung, die die vergangene Generation geprägt hat und die noch fast überall gültig ist - ist Baden-Württemberg, mit seinem Schwarzwald, seinen Spätzle - es ist gleichzeitig einer der modernsten industriellen Brennpunkte Mitteleuropas.

Es ist sehr beeindruckend, diese Dynamik bis in die kleinsten Aspekte der deutschen Gesellschaft hin zu beobachten. Wenn es auch bis zu einem gewissen Grade logisch erscheint, daß ein Unternehmer oder ein Konzern gegenüber Konjunkturwechseln schnell reagiert, ist es allerdings nicht so selbstverständlich zu sehen, wie die deutsche Gesellschaft im großen und ganzen mit der gleichen Schnelligkeit auf individueller Ebene reagiert. Ob es sich um die unmittelbare Übernahme irgendeiner vorübergehenden Mode des Augenblicks oder um neue Möglichkeiten, billig Urlaub zu machen, oder um die Einführung einer Computerausbildung in die Lehrpläne der Schule handelt - die jeweilige Gelegenheit oder Herausforderung wird sofort von der deutschen Gesellschaft angenommen und erhält von ihr ihre entsprechende Antwort; wie richtig jeweils diese Antworten sind, ist eine andere Frage. Wichtig scheint mir in jedem Falle, diese Fähigkeit zu einer schnellen Antwort hier zu konstatieren.

Dieser so starke Mangel an Einheitlichkeit wird durch die Dynamik der deutschen Gesellschaft noch deutlicher. Kaum findet sich ein Vorurteil, ein Klischee, das in einem gegebenen Augenblick mehr oder weniger akzeptiert worden ist, das aber nach einigen Jahren immer noch Gültigkeit hat. So gehört das landwirtschaftliche

Der Maximalismus ist möglicherweise die Gegenseite dieser Fähigkeit zu reagieren. Und noch wahrscheinlicher ist es, daß es sich um die deutsche Konstanz im Laufe der Geschichte handelt. Alles - in der Politik, im Sport oder in der Verfassung - will man ganz, vollkommen, bis zur letzten Konsequenz durchführen. In allen Bereichen des Lebens machen



die Deutschen natürlich - wie übrigens der Rest der Welt -, was sie können. Aber es gibt wenige Völker, welche die Dinge so „restlos“ wie die Deutschen machen wollen.

Dieser positive Phänotyp der Bundesrepublik verliert aber an Plausibilität, wenn man ihre Politik beobachtet. Vielleicht liegt es daran, daß es einem schwerfällt zu bewundern, was man nicht versteht. Und es gibt genug Aspekte der deutschen Politik, die einen südlichen Beobachter wie die deutsche Grammatik vorkommen, nämlich kompliziert.

So fällt es einem schwer, die Leidenschaft, die Leidenschaft, oder wäre es treffender, Sadiasmus zu sagen? - zu verstehen, mit der die Parteien ihre Spitzenpolitiker zerstören. Natürlich kann man genügen Einzelzitate anführen, um die „Innenzerstörung“ eines Erhard, Brandt, Schmidt oder Barzel zu erläutern. Aber das Phänomen als solches, die beständige Wiederholung dieser Tatsache, unabhängig von den jeweiligen Umständen, ist für den Bewohner eines mediterranen Landes

einfach verblüffend. Vielleicht handelt es sich um etwas Ähnliches wie die Faszination der Zirkusspiele in den Zeiten des Caligula... was übrigens keinen Hinderungsgrund für das demokratische Spanien darstellt hat, die Bundesrepublik als Mu-

ter für seine Verfassung, ja für seinen Staatsapparat zu wählen.

Wie man heute noch mit Kohl umgeht, ist derart, daß man sich genötigt fühlt, den jetzigen Bundeskanzler auf die Liste der „morituri“ zu schreiben. Daß der Regierungschef kritisiert wird, ist nur natürlich und selbstverständlich. Da die Opposition be-

hauptet, sie fände nichts Akzeptables an ihm, kann man den Methoden des politischen Kampfes zuschreiben, von denen wir in Spanien über gute Beispiele verfügen. Aber unverstänlich bleibt, wieso der Bundeskanzler gleichzeitig sowohl von der oppositionellen Presse als auch von den eigenen Parteifreunden und sogar von der kanzerfreundlichen Presse mäßig gemacht wird (naturgemäß ist mir aus der Distanz nicht möglich, das Verhalten der anderen Massenmedien in dieser Frage zu beurteilen). Diese Haltung wird darüber hinaus unverstänlich, wenn man - auch aus der Distanz - bedenkt, daß die Bilanz der CDU/FDP-Regierung bislang gar nicht so übel aussieht... zumindest für ihre Anhänger.

Im Falle von Koalitionsregierungen besteht immer die Neigung, ihre Probleme als Ergebnis von Koalitionsschwierigkeiten zu erklären; die Probleme von Kohl also in den Beziehungen mit den Liberalen zu sehen. Es fällt aber auf, daß im Laufe der Jahre - seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland - dieses Land allmählich an politischer Stabilität verloren hat. Oder anders gesagt, und um damit die eingangs verwendeten Terminologie wieder aufzugreifen, könnte man sagen, daß die Bundespolitik sehr viel an Dynamik gewonnen hat. Heutzutage ist die Stabilität eines Kabinetts nur möglich, wenn es der Regierungsmannschaft gelingt, ihre Dynamik mit der Unge-

duld auf der Straße in Einklang zu bringen. Die alte Technisches Zeigewinns, die den Kanzler Kohl in vielen schwierigen Situationen geradezu zu begeistern scheint, funktioniert anscheinend nicht so gut.

Aber zurück zur Koalition: Von außen sieht man Anzeichen von Rissen in der liberal-konservativen Koalition. So ist der zunehmende persönliche Einsatz des Kanzler Kohl in der Außenpolitik auffällig; es ist nur einer Zufall, daß die Erregungen Genschers immer weniger mit der Bonner Außenpolitik übereinstimmen?

Es sieht nicht so aus, als würde dem Kanzler seine CDU nach rechts entgleiten - wie letztem dem Kanzler Helmut Schmidt die Sozialdemokratische Partei nach links auszuschießen -, aber es bleibt die Frage, ob ihm nicht die liberalen Minister der Regierungskoalition nach allen Seiten hin ausbrechen.

Für den deutschen Leser mag erstaunlich sein, daß in meinen Ausführungen über deutsche Regierungsprobleme der Name Franz Josef Strauß noch nicht gefallen ist. Ein Ausländer aber, der sich in Deutschland lebt, bekommt von der „Strauß-psychose“ vieler Deutscher wenig mit. Noch stärker wie stärker - ist der Eindruck, daß Strauß ein Zeichen von Nationalbewußtsein, von Regionalismus ist. Mit ihm - oder in ihm, denn aus der Entfernung ist dies schwer einzuschätzen - scheint politische das Nationalbewußtsein einer Gegend gewachsen zu sein. Die doppelte Funktion einer Partei, der CSU, als Stolz einer Heimat, einerseits, und als Herausforderung für das historische dominierende Deutschland andererseits - Plätzen nämlich - scheint das Wert der politischen Fähigkeiten von Strauß zu sein. Dieses Phänomen ist außerdem sehr interessant für ein Land mit vielfältigen Regionen und Kulturen wie Spanien, und noch mehr für einen Katalanen, der sich wie jeder seiner Persönlichkeit und nationalen Identität bewußt ist. Und dennoch, von der anderen Seite der deutschen Grenze und aus der Ferne scheint nicht Strauß die Ursache der wackeligen Situation der jetzigen deutschen Regierungskoalition zu sein.

Man neigt eher dazu zu meinen, daß dieses Phänomen eine Folge des deutschen Fundamentalismus ist, seiner Neigung zur Problematikierung insgesamt. Mir persönlich gefällt sehr gut, wie die Deutschen selbst diese Neigung bezeichnen: Prinzipienreiterei, der Vorrang der Prinzipien auf Teufel komm raus.

Aber, sogar in diesem Bereich, der sich für die Politik nicht als der gün-

stigste erweist, muß man auf die Dynamik des modernen Deutschland, wovon wir eingangs sprachen, aufmerksam machen. Die deutschen Grünen sind vor allem das erste politische wichtige Phänomen einer gesellschaftlichen Erschütterung. Dieselbe Problematik - die Ökologie und die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen - läßt sich in vielen anderen westlichen Ländern beobachten. Aber erst in Deutschland hat sich diese Sicht zu einer soliden politischen Antwort herauskristallisiert. Und bei allen Fehlern, die man darin finden mag - wie zum Beispiel die Prinzipien überstrapazierten, Utopien vorzuziehen, statt handfeste und machbare Kompromisse zu schließen - oder bei der Kurzweichtigkeit, die man dieser Bewegung voraussagen kann, Tatsache ist, daß die erste politische wichtige Antwort auf diese Frage aus der Bundesrepublik kam.

Die deutsche Außenpolitik erscheint bis zu einem gewissen Grade wie das Gegenstück dieses Idealismus, dieser „Prinzipienreiterei“, wovon wir vorher sprachen. Es ist wahr, daß die Kernpunkte der Existenz des deutschen Staates respektiert werden, aber der Rest seines politischen Kurses ist alles andere als geradlinig. Die Unterstützung des Verhaltens der Vereinigten Staaten ist nicht immer standfest... besonders, wenn es sich um den Nahen und Mittleren Osten handelt. Und die Konflikte zwischen politischen und wirtschaftlichen Interessen werden so pragmatisch gelöst, daß es dem Beobachter von außen oft nicht leichtfällt, eine klare Linie im Ganzen zu erkennen. Sogar in einem Thema, das für einen Grenzstaat so wichtig ist, wie die Beziehungen zu der kommunistischen Welt, und damit auch zu dem anderen Deutschland, führt Bonn eine so übervorsichtige und konturlose Politik, daß sie von hier aus sehr verwirrend aussieht.

Viel deutlicher und auf mehr Prinzipien deutlicher erscheint die deutsche Politik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Vielleicht entsteht diese Durchsichtigkeit aus der Tatsache, daß seit der Ära de Gaulle/Adenauer die Bundesrepublik ihre Politik der Gemeinschaft nicht durchgeführt hat, sondern ihren Beitrag in der Politik der Achse geleistet hat, um die herum sich die EG gebildet hat, nämlich der deutsch-französischen Freundschaft. Und dieses Prinzip, das heute von allen Seiten akzeptiert wird, ist eine Garantie für den Aufbau Europas und für den Frieden in der Welt.

Samstag in der WELT
Japan: Asahi Shinbun

LAVANGUARDIA

Francesco Noy, Jahrgang 1928, hat gleich zwei Karriereweiler erfolgreich bestiegen. Als Journalist leitete er seit 1983 eine der größten Zeitungen Spaniens, als Professor für romanische Literatur des Mittelalters lehrt er an der Universität Barcelona.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wachsende Drogen-Gefahr

„In Europa steigt der Kokain-Konsum“ WELT vom 5. Juli

Sie berichten über das beunruhigende Ansteigen des Kokain-Konsums in Europa und veröffentlichte eine Serie über Drogen-Gefahren. Dies ist ein wichtiger Beitrag zu einer Geißel der Menschheit, die das Leben vor allem vieler junger Menschen zu ruinieren droht.

Sie beklagen die laxen Grenzkontrollen in einigen europäischen Staaten. Das ist richtig. Zur Bekämpfung

bauen. Die italienische Regierung läßt ein solches Programm laufen. Das Problem ist, daß es den Käufern in diesen Staaten im Zusammenhang mit dem sehr einträglichen Koka-Anbau an Unrechtsbewußtsein fehlt, da Koka von altersher ein Volksnahrungsmittel ist. Aber da die Zahl der Drogenkranken in diesen Ländern inzwischen auch immens wächst, steigt auch die Sensibilität für dieses Problem. Diesen Sinneswandel sollten sich die Industrieländer zunutze machen.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Weirich, MdB, CDU



Dieter Weirich, MdB, CDU

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir nicht auf harte Drogen mit harten Maßnahmen antworten, verlieren wir diesen Krieg bestimmt! Sechzig Prozent der Australier wollen die Einführung der Todesstrafe, außerdem war der Presse zu entnehmen, daß es kaum Empörung über die Hinrichtungen ihrer Landsleute gab.

Ich bin sicher, daß auch wir Deutschen mit der Todesstrafe für Rauschgiftdelikte einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüßen
Christa Dietrich, Bonn 1

der Kokain-Gefahr müssen die Regierungen der europäischen Länder und überhaupt der westlichen Industrienationen aber auch künftig vermehrt präventive Wege gehen.

Man muß das Kokain-Uebel verstärkt an der Wurzel packen. Und beispielsweise jene gutwilligen südamerikanischen Staaten verstärkt unterstützen, die bereit sind, der Koka-Mafia, die häufig Einfluß bis ins Parlament und die Administration hat, zu trotzen.

Ich denke vor allem an technische Hilfen für den Erwerb von Hubschraubern und Booten zum Aufspüren illegalen Koka-Anbaus und Mittel zur Zerstörung der Labors zur Herstellung des gefährlichen Stoffs. Auch sollten mehr Verbindungs-Beräte des Bundeskriminalamtes an den Botschaften in südamerikanischen Hauptstädten etabliert werden. Die Entscheidung der ersten beiden Beamten ist ein wichtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Die Drug-Enforcement Agency (DEA) der USA und ihre Aktivitäten bedürfen dringend der deutschen und überhaupt der europäischen Ergänzung.

Schließlich könnte man mit Substitutions-Programmen vor allem in den Anden-Staaten den zumeist armen Bauern einen Anreiz geben, auf Koka-Anbau zu verzichten und beispielsweise vermehrt Gewürze anzu-

Mitnichten

„Anspruch in Wien - zwischen Hochrufen und KZ-Uniformen“ WELT vom 5. Juli

Der „typisch deutsche Stahlhelm“, den der in Stein gebaute Soldat des Denkmal für den Unbekannten Soldaten in Wien trägt, ist dies mitnichten. Es ist der österreichische Stahlhelm des Ersten Weltkrieges - nicht der von Professor Bier entwickelte der deutschen Arme.

Unwelt des Kriegerdenkmals am äußeren Burg-Tor zu Wien ist eine Mahnstätte für die Verfolgten des Dritten Reiches. Es würde mich interessieren, ob der neue österreichische Bundespräsident auch dort seine Reueren erwiesen hat.

Mit freundlichen Grüßen
Professor Fritz Müller, Kammerschauspieler, Grossenzersdorf (Österreich)

Garten-Politik

„Wir pumpen die Fläche direkt in die Kasse“ Geltinger WELT vom 5. Juli

Sehr geehrter Herr Starkmann,

Hans Daiber hat in seinem Beitrag eine bübsch formulierte und auch recht informative Einführung in den englischen Landschaftsgarten des 18. Jahrhunderts gegeben. Allerdings bedürfen seine Aussagen über die ideologischen und sozialgeschichtlichen Grundlagen des Landschaftsgartens einer deutlichen Korrektur.

Von seiner theoretischen Fundierung her ist der englische Landschaftsgarten, in dem die Analogie zwischen politischer und natürlicher Freiheit eine Leitvorstellung war, am ehesten mit der Freiheitsideologie der Whigs in Verbindung zu bringen - sowohl Addison als auch Shaftesbury waren Whigs.

Bei seiner praktischen Verwirklichung nahm der frühe englische Landschaftsgarten dann eine stark oppositionelle Aura an; Pope, der in dieser Phase eine zentrale Rolle spielte, war keineswegs Whig, sondern

entschiedener Tory! Von entscheidender Bedeutung war jetzt der stilisierte Gegensatz zwischen Court (der Hof als Ort der Korruption) und Country (das Land als Stätte politischer und moralischer Integrität).

Dabei war der Landschaftsgarten keineswegs das Werk einer geschlossenen agierenden Großgrundbesitzerschicht, sondern einer ganz kleinen - gesellschaftlichen und bildungsmäßigen - Elite, die wie Lord Cobham's Stowe exemplarisch veranschaulicht, sich sowohl als disziplinierendes Whigs als auch als traditionellen Tories zusammensetzte.

Mit verbindlichen Empfehlungen
Prof. Dr. H.-J. Müllenbrock, Göttingen

Nur ein Wort?

„Altersgrenze“ WELT vom 5. Juli

Zwischen Fußball-Weltmeisterschaft und Wimbledon ein großes Sommerloch. Da macht die Not erfindend, auch wenn dabei nur eine neue Wortschöpfung herauskommt.

Altersgrenze, da rettet die WELT wieder einmal eine Attacke wie weiland Don Quichotte gegen die Windmühlennägel. Wie sieht es denn eigentlich wirklich aus in den Vorruehstandsregelung in den Betrieben?

Seit Mai '84 sind ca. 51.000 Arbeitnehmer in den freiwilligen Vorruehstand gegangen; weitaus weniger, als von der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit erwartet wurden. Viele Arbeitnehmer würden jedoch gerne in den Vorruehstand gehen, scheitern aber am Veto ihrer Arbeitgeber. Aus Kostengründen werden die Vorruehstandswilligen gegen ihren Willen in den Betrieben festgehalten, weil die Bundesregierung das Vorruehstandsgesetz auf materiell zu schwache Füße gestellt hat. Von einem Herausdrängen kann also nicht die Rede sein. An der nötigen Flexibilität des Rentenrechts fehlt es auch nicht.

Wer will, kann in den flexiblen Altersruhestand gehen, wer nicht will oder kann, kann länger bleiben. Die wenigsten können - selbst, wenn sie wollten. Hektik, Arbeitsstress und Gesundheitsverschleiß machen ihnen einen Strich durch ihre Rechnung.

Sinn hätte die Attacke gegeben, wenn sie gegen die erneut um sich greifende Unsicherheit geritten worden wäre, den Paragraph 128 Arbeitsförderungs-gesetz zu umgehen, um sich von den älteren Arbeitnehmern zu Lasten der Allgemeinheit und des Vorruehstandsgesetzes zu entledigen.

War die Attacke am Ende nur ein Ablenkungsmanöver?

Mit freundlichen Grüßen
Ronald Graf, Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hamburg

Wort des Tages

„Talleyrand hat gesagt, die Sprache sei dazu da, die Gedanken zu verbergen. Ich glaube aber eher, daß sie dazu da ist, zu verbergen, daß jemand keine Gedanken hat.“

Edward Heath, britischer Politiker (geboren 1918)

Personen

GEBURTSTAGE

Professor Dr. Henning Brandes, emeritierter Direktor des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Immunologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, feiert am Donnerstag seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlaß findet am Samstag, dem 19. Juli, um 9.30 Uhr ein Festkolloquium im Hörsaal von Venusberg statt, zu dem der Nachfolger Professor Dr. Klaus P. Schaal einlädt.

Professor Dr. Gustav Adolf Martini, langjähriger Direktor der Medizinischen Universitätsklinik Marburg, feierte seinen 70. Geburtstag. Professor Martini hatte in den 60er Jahren den Gruppenunterricht in der Inneren Medizin eingeführt und die Bestallungsordnung für Ärzte entscheidend reformiert. Durch sein wissenschaftliches Werk zieht sich als roter Faden der ständige Bezug zur Klinik. Aus der Fülle seiner über 200 wissenschaftlichen Publikationen ragen unter anderem seine Arbeiten zur Serumtherapie, ihrer Verhütung und ihrer Bedeutung für die Schwangerschaft, seine Forschung über die sogenannten Leber-Hautzeitsche und seine anatomische Darstellung der Morphologie der Gefäßspinnen heraus.

VERANSTALTUNG

Seit 197 Jahren feiern die Franzosen am 14. Juli ihren nationalen Feiertag. In diesem Jahr Anlaß für den französischen Botschafter Serge Boldevaiz, seit drei Monaten in Bonner Amt und Würden, und seiner charmanten Frau Françoise, sich dem nimmer festmüden Bonner Publikum im festlichen Rahmen auf Schloß Erlich vorzustellen. Der Ansturm auf die Residenz war denn auch groß: 1959 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Aus dem diplomatischen Korps waren unter anderem der Nuntius Joseph Uhat und die Botschafter Sir Julian Bullard (Großbritannien), Jurij Kwisznikij (UdSSR), Michael van Ussel (Belgien), Adrien Melisch (Luxemburg) und Jitzhak Ben Ari (Israel) gekommen, und unter den deutschen Gästen Staatsminister Friedrich Vogel und Bundesminister Wolfgang Schäuble aus dem Kanzleramt, Umweltminister Walter Wallmann sowie aus dem auswärtigen Amt Staatsminister Euts Stavenhagen und Amtskollege Staatssekretär Andreas Meyer-Landruth.

KIRCHE

Papst Johannes Paul II. hat den Münchner Neutestamentler-Professor Dr. Joachim Gnilka zum Mitglied der Internationalen Theologienkommission berufen. Gnilka ist bereits Mitglied in der Bibelkommission. In der Theologienkommission arbeiten außerdem der Tübinger Dogmatikprofessor Walter Kasper sowie der Erfurter Moraltheologe Wilhelm Ernst Mitt, während der Erfurter Exeget Heins Schürmann ausgeschieden ist. Erstmals berief der Papst auch zwei Laien in die Theologienkommission: Den Briten Johan Finnis und den Amerikaner William May.



Elis Oksaar

der Universität Hamburg hat den Forscherpreis 1986 des Schwedischen Immigranteninstituts in Borås erhalten. In der Laudatio heißt es, daß die Forschungen von Frau Professor Oksaar, die 1928 in Estland geboren ist, die schwedische Bildungspolitik gegenüber Einwanderern entscheidend beeinflusst hat. Außerdem hat Frau Oksaar die Ehrendoktorwürde der Universität Helsinki erhalten.

MUSIK

Der Dirigent Friedemann Leyer wird mit Beginn der Spielzeit 1987/88 neuer Generalmusikdirektor des Mannheimer Nationaltheaters. Er löst Peter Schneider ab, der auf eigenen Wunsch vorzeitig aus seinem Amt scheidet. Leyer habe einen Vertrag zunächst für drei Jahre un-

BERUFUNG

Zum neuen Direktor der Ost-Akademie in Lüneburg ist der 47jährige Dr. Bernhard Schalthorn berufen worden. Er war vorher seit mehr als fünf Jahren Studienleiter an dieser Deutschlandpolitischen Lehr- und Forschungsstätte. Die Ost-Akademie in Lüneburg, gegründet 1952, gehört in der Bundesrepublik Deutschland zu den profiliertesten Einrichtungen dieser Art.

ERNENNING

Die Gefangenens-Hilfsorganisation Amnesty International hat den 39jährigen Briten Ian Martin zu ihrem neuen Generalsekretär ernannt. Martin löst den schwedischen Journalisten Thomas Hammarberg ab, der im September nach sechs Jahren diesen Posten verläßt. Martin war bisher Leiter der Asienabteilung bei Amnesty. Er hat sich als Führer verschiedener Verbände in Großbritannien vor allem im Kampf gegen die Diskriminierung von Farbigen und Einwanderern einen Namen gemacht.

WAHL

Professor Dr. Titus Neufeld ist vom Hochschulkonvent der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Münster erneut zum Rektor gewählt worden.

terzeichnet. Er werde in Mannheim auch die Funktion des Operndirektors und des Chefdirigenten der Musikakademie übernehmen. Der 45jährige gebürtige Wiener arbeitete an den Theatern in Ulm und Salzburg und war Erster Kapellmeister an der Deutschen Oper am Rhein in Düsseldorf. In den vergangenen



Friedemann Leyer

Jahren war er als freischaffender Dirigent vor allem in Paris, Brüssel und Genf aber auch in den Niederlanden, Österreich und den USA tätig gewesen.

MUSIK

Der Dirigent Friedemann Leyer wird mit Beginn der Spielzeit 1987/88 neuer Generalmusikdirektor des Mannheimer Nationaltheaters. Er löst Peter Schneider ab, der auf eigenen Wunsch vorzeitig aus seinem Amt scheidet. Leyer habe einen Vertrag zunächst für drei Jahre un-

WAHL

Professor Dr. Titus Neufeld ist vom Hochschulkonvent der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Münster erneut zum Rektor gewählt worden.

1685

Handwritten signature or mark.

GESCHAFTSVERBINDUNGEN

Neue Tränengas- oder Giftgas-Waffen

Erfinder/Geschäftsmann sucht Geschäftsverbindung in der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung und Herstellung zweckmäßiger Tränengaswaffen...

Wir lösen Probleme!

Nuhn-Bode & Partner Riernannstr. 25 - Bonn 1 Tel: 0228-379955

PIONIERGEIST AND MODISCHES FEELING BRAUCHT UNSER FREIER HANDELSVERTRETER FÜR DEN RAUM NORDDEUTSCHLAND...

Ein starkes Produkt sucht Partner Welt der Markt unser Produkt will, suchen wir für Teile der BRD weitere Vertriebspartner

Sie wollen eine neue Existenz schrittweise aufbauen?! Wir bieten Ihnen die Chance, sich neben- oder hauptberuflich, mit oder ohne eigene Räumlichkeiten...

Unsere Sicherheitskonzeption ist Geld wert! Wir bauen seit über 12 Jahren Alarm- und Sicherheits-Systeme...

Suche Partner für sehr interessantes Einzelgeschäft in Europa (Steuerparadies). Information: Tel. 0 48 / 5 38 55 14

Wirtschaftskriminalität reduziert Ihr Unternehmen! Marktverluste und ungewöhnliche Vorgänge sollten Sie veranlassen...

Ing.-Büro für elektr. Antriebsmechanik sucht weitere Geschäftspartner. PLZ 4 + 5. Angebote unter L 3870 an WELT-Verlag...

Beteiligung an bekanntester Discothek mit Bar und Restaurant an allerbesten Lage im Stadtzentrum...

Ass Konwert: 400 000 Flaschen 83/84 REI, Kab., Sp. u. Ausl., günstig. Tel. 0 48 / 6 85 25 06, ab Mo. 58 25 69

Zukunftsorientierte Unternehmer für die BMW Handelsorganisation und die BMW AG.

Wenn Sie bereits heute erfolgreich als Unternehmer tätig sind oder mit dem Gedanken spielen, sich selbständig zu machen...

erfahrung im Vertrieb aufweisen. Es versteht sich, daß Sie nicht nur am Erfolg und an der Faszination einer besonderen Automobilmarke teilhaben...



Freude am Fahren

jean lafont.paris DER MODEBRILLENMACHER Wir suchen für das Vertriebsgebiet Hamburg

seriösen Geschäftspartner zur Know-how- und Lizenzvergabe, der für die Lage ist, die Postleitzahlenbereiche 4 und 2 voll auszubauen.

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Redaktion: Axel Springer & Dr. Herbert Kömpf. Chefredakteur: Peter Gülles und Manfred Schell. Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Ziegler.

FV AKTUELL Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte

Wirtschaftswissenschaftler (HS/FH) mit Neigung für die Bereiche Rechnungs- und Prüfungswesen beenden im Juli 86 ein 7-monat. praxisorientiert. Vertiefungsseminar

Orientalist 30. Studium der Islamwissenschaft, Iranistik und M.A. Geschichte, Schwerpunkt: islamische Mystik, pers. Dichtung und Seldschukengeschichte, Promotion Juli 86.

Projektleitung - Ausland Sehr erfahrener Leiter in der Baubewehrung und -ausführung sucht neues Betätigungsfeld mit freiem Einmündungsraum.

Staatlich geprüfter Versorgungstechniker 27 Jahre, sucht Anstellung in der Heizungs-, Sanitär-, Klima-, Lüftungs- und Umwelttechnik im Raum Ruhrgebiet zum 1. September 1986.

STELLENGESUCHE

Leiter Materialwirtschaft, 39 J. Leiter Arbeitsvorbereitung, 49 J. Leiter Technik, 46 J.

Maschinenbauingenieur - Obersee 30 J., versch. 8 J. Obersee-Erfahrung (Geldzug-, Bau- u. Projektleitung, techn. Assistenzleistung/Consult, Betriebsführung, Sprachen: D, F, S, sucht nach Vertragsende ab sofort langfristig. Tätigkeits in Obersee oder Portugal/Spanien.

Verkaufsmann 37 J., erfolgsorientiert, kontaktfreudig u. belastbar. Fließend Engl. u. Ital., ausbaufähig. Französischkenntn. Langjähr. Erfahrung im Vertrieb erdölverarbeitender Produkte im In- u. Ausland. Vertraut mit allen Maßnahmen zum Aufbau u. zur Steuerung einer Vertriebsorganisation.

Außenendienstler Sitz Hamburg mit guten NE-Metall-Kenntnissen, lang. im Raum Norddeutschland bei der metallverarbeitenden Industrie u. dem Handel engagiert, sucht gegenwärtig, auch arbeitsvertragliche Beschäftigung.

Hausdame mit guten engl. Kenntnissen u. Referenzen sucht Wirtinposition in familiärem Haushalt im Geschäftsbereich. Zuschr. unter L 3871 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sucho als Hotelfachfrau Lehrstelle. Zuschriften unter Z 3986 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann Univ. Sachbücher, Schwerep. Steuerlehre, Steuer- u. Privatrat, Mitte Dreißig, ertragsreich, mehrere Jahre bei deutsch-amerik. WP/StB-Ges. EDV-Kurs, sucht interessante Tätigkeit bei WP/StB-Ges. oder in Steuer/Revisionsabtg. von Industrie, Banken oder Versicherungen.

Kurierfahrer Tag/Nacht ganz W.-Europa Mer, Postfach 20 64 7896 Offenbach

Volljurist befriedigende Examina, ledig, flexibel, z. Zt. als Rechtsanwalt tätig. Schwerpunkt Zivil- und Arbeitsrecht, sucht ausbaufähige Position, ggf. auch außerhalb des engeren juristischen Bereichs.

Telefonische Anzeigenannahme Essen-Kettwig (0 20 54) 1 01-5 24

Erfahrenere Hoteller und Travel Executive 33 J., sucht neuen Aufgabenbereich, evtl. auch Kombination mit Ausendienst, im Raum Norddeutschland. Zuschr. erb. u. N 3972 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Speditions-Anlage, HH-Billbrook Gebäude ca. 4000 m² Nutzfläche, mit Büroteil, Halle in Rampenhöhe, Gesamt-Areal rd. 11.000 m², zu verkaufen. Interessentenschriften erbeten unter Telex 8 41 977 kbw d oder Telefax 0 29 41 / 8 07 69

Canones Croisette Zu verkaufen Luxusgeschäft 180 m², in vollem Eigentum. Exklusive Lage. Sofort frei. Mr. Michel BP 218, F-66488 Cannes Cedex Tel. 09 33 / 93 68 24 63

Côte d'Azur Cap d'Antibes Meerblick - Villa, 340 m² mit Grundstück 1000 m², Schwimmbad usw. Mr. Michel, BP 218 F-66488 Cannes Cedex Tel. 09 33 / 93 68 24 63

Idyll. Fachwerkhaus Beedenbostel, 14 km ostl. Celle, 138 m² Wfl. m. Stallgeb. u. Garage, Grdst. 2500 m², Schätzwert DM 225 000,- DM. Tel. (0 51 41) 8 29 33

TESSIN - einmalige Gelegenheit, der Sonne ein Stück näher zu kommen. Von Privat zu verkaufen, in Cademario/TI Luftkurort 4 1/2-Zimmer-Terrassenhaus mit traumhafter, unverbaubarer Sicht auf See und Berge, Hallenbad (Sonneneinstrahlung), Sauna, großem Warmwassercheminée, Pizzeria, alle Böden mit Keramikplatten und Bodenheizung, Deckenbalken, große Terrassen, Garage und extra Autoabstellplatz. Geringe Nebenkosten. Gerne erwarten wir Ihren Anruf unter Tel. 00 41 / 91 / 58 41 19

Neuerbaute Diskothek/Club vom Bauherrn in Fußgängerzone Dortmund ab sofort zu interessanten Konditionen zu verpachten. Tel. 02 21 / 32 77 25

Gute und sichere KAPITALANLAGE mit einer Nettorendite von 6,5 % p. a. Notwendiges Kapital DM 397 000,-. Die Renditesteigerung richtet sich nach dem Indexanstieg. Die Zinsen werden monatlich ausgezahlt. Absicherung durch erstrangiges Grundpfand. Abwicklung über Treuhandbüro in der Schweiz. Weitere Auskünfte erteilt: FIBAT TREUHAND AG Bahnhofstr. 48 CH-6048 Horw-Luzern Tel. 00 41/41/47 21 71

★★★ Sofort - gegen bar ★★★ FORDERUNGSAKAUF (tituliert - mindestens 50 Stück) Inhabersdro Dr. Stapf, 5300 Bonn Adenauerallee 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Repräsentative Villa bei Salsledde mit ca. 300 qm Wohnfläche, für vermietete, langjährig bewohnt, renoviert, best. Inn. Zuschriften unter L 3178 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Schafft der Kreml jetzt freie Bahn für das Wissenschafts-Abkommen?

Moskau mißt Genscher-Reise hohe Bedeutung bei / Lange Liste prominenter Gesprächspartner

BERNT CONRAD, Bonn
 Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird bei seinem am Sonntag beginnenden Moskau-Besuch nicht nur mit Parteichef Michail Gorbatschow und Außenminister Edward Schewardnadse, sondern auch mit dem sowjetischen Staatsoberhaupt, Andrej Gromyko, und dem ZK-Sekretär für Außenpolitik, Anatoly Dohrynin, zusammentreffen. Diese Liste ungewöhnlich prominenter Gesprächspartner unterstreicht nach Bonner Ansicht die Bedeutung, die man im Kreml der Reise beimißt.

Nach der Rückkehr von einem Kurzurlaub wird Genscher in der heutigen Kabinettsitzung wahrscheinlich noch einmal über die Ziele seines Besuchs referieren. Zu diesem Zeitpunkt wird die Bonner Expertengruppe, die bereits am Montag zur Fortsetzung ihrer Verhandlungen über ein wissenschaftlich-technisches Rahmenabkommen nach Moskau geflogen ist, noch nicht heimgekehrt sein. Spätestens am Donnerstag wird jedoch Aufschluß darüber erwartet, ob die Sowjets einer „personenbezogenen Lösung“ für die Ein-

beziehung von Wissenschaftlern aus Berliner Bundesbehörden zustimmen und damit den Weg zur Unterzeichnung des Abkommens durch den Bundesaußenminister freimachen.

Als wichtigstes Thema der Genscher-Reise bezeichnen Bonner Diplomaten die Abrüstung und Rüstungskontrolle. Erhofft werden nähere Aufschlüsse über die sowjetischen Positionen und vielleicht sogar Hinweise auf Kompromißmöglichkeiten. In dieser Hinsicht haben die jüngsten Konsultationen mit dem sowjetischen Abrüstungsunterhändler Victor Karpow und Victor Issajew in Bonn zwar keine überraschenden Neuigkeiten, immerhin aber Andeutungen von „Bewegung“ ergeben, wie Experten versichern.

Vorrang für die Bundesregierung hat gegenwärtig die Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAB), die bis zum 19. September terminiert ist. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen konkrete Ergebnisse vorliegen, wenn das Treffen nicht als Fehlschlag enden soll. In

Bonn hofft man jedoch, daß gerade eine Einigung im Bereich der konventionellen Vertrauensbildung auch die Verhandlungen in anderen Bereichen voranbringen könnte. Als entscheidend wird es angesehen, ob die Sowjets den westlichen Wünschen nach effektiver Verifikation entgegenkommen werden. Nach den Gesprächen mit Karpow gilt das nicht als ausgeschlossen.

Die Verifikation spielt auch bei dem zweiten für Bonn wichtigen Abrüstungsthema, dem globalen Verbot der chemischen Waffen, die am Montag in Genf wieder aufgenommen werden sollen, eine zentrale Rolle. Hierfür wollen die Briten einen Kompromißvorschlag einbringen. Er soll die Unterzeichnerstaaten in die Lage versetzen, eine Überprüfung der Chemiewaffen-Arsenale eines Landes zu fordern.

Weitere Punkte auf Genschers Tagesordnung sind die Wiener Truppenreduzierungs-Verhandlungen (MBFR) und die Genfer Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen.

SPD: Haftung im Umweltrecht neu ordnen

HH, Bonn

In einem Leitartikel zur Umweltpolitik schlägt der SPD-Vorstand dem in August stattfindenden Parteitag in Nürnberg vor, einen Beschluß über eine grundsätzliche Neuorientierung der Umweltpolitik zu fassen. Umweltschädliche Produkte und Produktionsverfahren sollen durch umweltverträgliche ersetzt und die dazu nötigen technischen Innovationen gefördert werden, erklärte gestern der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Volker Hauff vor Journalisten.

Die SPD will auch das Haftungsrecht neu ordnen. Haftung wäre dann auch ohne schuldhaftes Handeln gegeben. Mit der Beweislastumkehr im Umweltschutz soll erreicht werden, daß nicht der Geschädigte, sondern beispielsweise der Produzent eines bestimmten Erzeugnisses im Schadensfall beweispflichtig wird. Bereits am Vortag hatte Hauffs Parteifreund Uwe Jens eine stärkere Berücksichtigung der Umweltpunkte in der wirtschafts- und ordnungspolitischen Gesetzgebung gefordert. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz solle entsprechend erweitert werden.

Genscher will in Moskau die „offene Flanke“ Berlins ansprechen

Bemühungen Bonn auf nationaler und internationaler Ebene, den Asylanstrom zu bremsen

RÜDIGER MONIAC, Bonn
 Von den Gesprächen, die Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher kommende Woche in Moskau mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse führen wird, erwartet die Bonner Koalition eine Verminderung des gegenwärtig anschwellenden Stroms von Asylsuchenden in die Bundesrepublik.

Rund 70 Prozent der auf dem Ost-Berliner Flughafen Schönefeld ankommenden Flüchtlinge, vor allem aus afrikanischen und asiatischen Ländern, reisen mit der sowjetischen Fluggesellschaft „Aeroflot“ ein. Der Rest kommt mit der „DDR“-Gesellschaft „Interflug“. Mit dem Zug reisen die Ausländer von West-Berlin ins Bundesgebiet.

Die Abgeordneten Baum und Hirsch aus der FDP-Fraktion sagten gestern, Genscher werde in Moskau diesen Zustrom von Asylbewerbern über die „offene Flanke“ in Berlin ansprechen. Es gehe dabei nicht nur um Verhandlungen mit den „DDR“, sondern auch mit jenen Staaten, die wie die Sowjetunion mit ihren Fluglinien am Transport der späteren Asyl-

bewerber beteiligt seien. Mit Hilfe der Einreisemöglichkeit von Ostteil der Stadt nach West-Berlin werde jene Barriere unwirksam, die der vor Jahren durch neue Visa-Bestimmungen der Zustrom von Ausländern in die Bundesrepublik gebremst worden sei.

Parallel zu solchen Bemühungen, durch Bonner Absprachen mit der Sowjetunion und der „DDR“ den Zustrom von Flüchtlingen in die Bundesrepublik zu dezimieren, will die Bundesregierung die Koalition auf eine vom Bundesrat schon im letzten Sommer angestrebte Änderung des Asylverfahrensrechts einigen und so durch innerstaatliche Maßnahmen den durch wachsenden Asylbewerberzahlen entstehenden Druck auf Länder, Städte und Gemeinden vermindern. Im Zentrum stehen Verschärfungen, die den Behörden die Beschleunigung der Asylverfahren erleichtern sollen. Möglich werden soll zum Beispiel die Ablehnung eines Asylantrages, wenn der Antragsteller vorher drei Monate ungefährdet durch politische Verfolgung in einem Drittland gelebt hat.

In Kreisen der Bundesregierung erhofft man sich aber selbst von der Beschleunigung des Asylverfahrens nicht die Erleichterung, die man glaubt durchsetzen zu müssen, um in der Bevölkerung in bestimmten, besonders durch Ausländer belasteten Städten und Gemeinden nicht eine neue Ausländerfeindlichkeit aufkommen zu lassen.

Bonn rechnet in diesem Jahr mit rund 100 000 Asylbewerbern, diese Zahl ist um ein Drittel höher als 1985. Auf längere Sicht setzt man in der Regierung deshalb auf die Einsicht der verantwortlichen politischen Kräfte in Bonn, an einer Änderung des Grundgesetzes mitzuwirken, durch die allein die Bestimmung des Artikels 16, politisch Verfolgte genießen Asylrecht, richtig eingegrenzt werden könne. Anerkennung fand in Bonn darum die Äußerung des amtierenden Präsidenten des Deutschen Städtetages, Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, der Städte und Gemeinde angesichts der Kosten der Unterbringung für die Flüchtlinge für rettungslos überfordert hält.

Paris Mit Rambouillet nahm alles den Anfang

Premierminister Chirac fühlt sich von Kohl versetzt

PETER RUGE, Paris
 „Es ist keine Frage, auch Premierminister Chirac bedauert, daß die Beziehungen zwischen dem Kanzleramt und dem Hotel Matignon nicht die besten sind. Das hängt mit Kohls Visite in Rambouillet zusammen“, sagte einer der engsten Berater des französischen Premiers. Der Bundeskanzler hatte Mitte Juni in diesem Schloß Staatspräsident Mitterrand getroffen. Eine Gelegenheit zu einem Abstecher zum Premierminister wäre gegeben gewesen, denn Chirac hielt einen Termin frei. „Eine Stunde hat er sich für den Kanzler reserviert, wir warteten aber im Hotel Matignon vergeblich. Herr Kohl kam nicht.“

Daß der Kanzler danach versichert, er werde sich mit Chirac in den verbleibenden Tagen bis zum europäischen Gipfel in Den Haag treffen, wird im Matignon als unbegrifflich bezeichnet. „Hatte Kohl nicht die Möglichkeit dazu bei seinem Besuch in Paris? War es bisher nicht eine Gepflogenheit, sich noch vor solchen wichtigen Konferenzen erst einmal auf Regierungsebene abzustimmen?“

Der Berater des Premiers zielt damit auf die Erklärung von Rambouillet ab, als Kohl und Mitterrand die deutsch-französische Allianz beschworen und sich gegenseitig versicherten, man wolle das im Abstruz-

befindliche gemeinsame Hubschrauberprojekt wieder flügge machen. „Das ist nicht mehr eine Angelegenheit des Elysee“, sagt Chiracs Berater. „Hat der deutsche Kanzler etwa nicht zur Kenntnis genommen, daß nach der französischen Konstitution, Artikel 20, der Premierminister die Politik der Nation bestimmt und leitet? Wozu hat er einen Botschafter in Paris, wenn der ihm nicht diese Verfassungsgrundsätze vermitteln kann?“

Frankreichs Premier scheint auch nicht vergessen zu haben, welches Fingerspitzengefühl Kohl ihm gegenüber vor der Parlamentswahl bewies. Zweimal war der Kanzler damals in Paris. Er fand Zeit, sich mit Raymond Barre, dem Cohabitations-Gegner, zu treffen, aber ein Rendezvous mit Chirac kam nicht zustande.

Bonn darf sich auf den nächsten Konflikt schon vorbereiten. Mit Skepsis wird demnächst dem deutsch-französischen Gipfel im Herbst entgegengesehen. Das Treffen Kohl-Mitterrand soll in Frankfurt stattfinden, im Zeichen der Kultur. Pikiert sagt der Matignon-Berater: „Auch dieses Thema ist eine Sache der französischen Regierung. Wir bereiten das vor – mit welchem Erfolg, das wird auch von der künftigen Haltung im Bundeskanzleramt beeinflusst werden.“

Ein Auftrag für Schtscharanskij

SAD, Jerusalem

Nathan Schtscharanskij soll der israelischen Delegation zur Vollversammlung der Vereinten Nationen als Sondermitglied angehören. Das israelische Außenministerium bestätigte jetzt, daß der in Israel lebende, frühere sowjetische Regimekritiker wegen seiner heldenhaften Vergangenheit in den Gefängnissen der UdSSR und seiner genauen Kenntnis der Sowjetunion für diese Aufgabe ausgewählt wurde. Schtscharanskij saß neun Jahre lang hinter Gittern, weil er sich weigerte, sich als amerikanischer Spion zu bekennen. Erst am 3. Februar war er im Rahmen einer internationalen Austauschaktion freigelassen worden.

Schtscharanskij soll sich in erster Linie bei der UNO-Kommission für Menschenrechte betätigen und dort eine Rede über die Verfolgung der Zionisten in der Sowjetunion halten. Eine Antwort Schtscharanskij steht noch aus.

Gespräche über SALT 2

DW, Washington

US-Präsident Ronald Reagan ist offenbar bereit, in Genf mit den Sowjets über seine Entscheidung zu beraten, die Abmachungen des SALT-2-Vertrages künftig nicht mehr einzuhalten. Voraussetzung ist jedoch, daß auch über die sowjetischen Verletzungen des 1979 geschlossenen, aber nie ratifizierten Abkommens gesprochen wird.

Ein Sprecher des Weißen Hauses erklärte, es habe aufgrund des sowjetischen Angebotes diplomatische Kontakte mit Moskau gegeben. Das State Department hat offenbar eine positive Reaktion beifürwortet, das Verteidigungsministerium dagegen zu einer Ablehnung gedrängt.

Der sowjetische Parteichef Gorbatschow ist grundsätzlich bereit, die einjährige Pause bei der Erprobung von Kernwaffen zu verlängern. Ein entsprechender Beschluß hängt, so die Nachrichtenagentur Tass, von der amerikanischen Haltung zu Fragen der Rüstungskontrolle ab.

Fehrenbach tritt Sorgen der Arbeitnehmer entgegen

„Es wird nur einen sozial-verträglichen Ausstieg geben“

DW, Düsseldorf
 Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat den Versuch unternommen, den RiB, der Befürworter und Gegner der friedlichen Nutzung der Kernenergie im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) trennt, zu kitzeln. Fehrenbach, der zugleich CDU-Mitglied ist, trat den Befürchtungen der Arbeitnehmer, die in Atomkraftwerken beschäftigt sind, entgegen, daß sie diese Beschäftigung mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlen müßten. Der Gewerkschaftsbund und seine Mitglieds-Gewerkschaften seien sich einig darüber, daß für den baldigen Ausstieg Regelungen gefunden werden müßten, die „in jeder Hinsicht sozial-verträglich“ seien. Der DGB gefährde mit seinem Hamburger Beschluß vom Mai nicht die Arbeitsplätze in der Atomindustrie.

Fehrenbach versuchte, den Ängsten in der Arbeitnehmerschaft mit

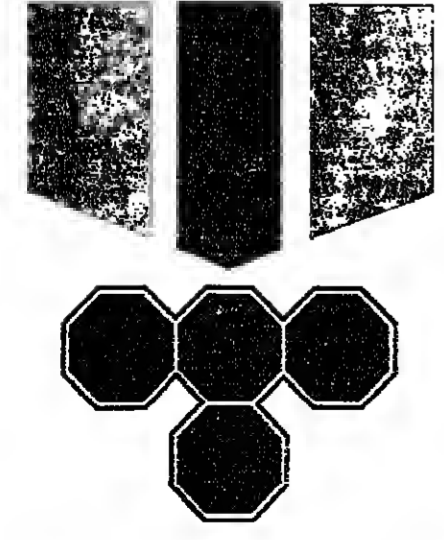
einer Interpretation des DGB-Beschlusses die Spitze zu nehmen. Der Bundeskongreß habe lediglich Rahmenangaben zum Ausstieg aus der Kernenergie gemacht. Offenbar zu einem konkreteren Standpunkt will der DGB sich in einer Klausurtagung gemeinsam mit Vertretern der Mitgliedsgewerkschaften, die heute und morgen in Frankfurt stattfindet, durchringen. Fehrenbach fügte mit Blick auf Teile der SPD, die den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie proklamieren, hinzu, Schnellstilllegungen von Atomkraftwerken seien nicht möglich.

Ein Teil der Arbeitnehmer, die im DGB organisiert sind, hatten die Gewerkschaftsspitzen ihren Unmut über den Ausstiegs-Beschluß auf dem Betriebsräte-Kongreß in Dortmund deutlich spüren lassen und dem DGB vorgeworfen, sich damit von der Basis seiner Mitgliedschaft zu entfernen (WELT v. 12.7.).



Superior norwegischer Lachs

NORWEGISCHER LACHS



Kaufen Sie noch heute

— und laden Sie gute Freunde zu einer ausgesuchten Mahlzeit ein. Frischer Lachs, geräucherter Lachs, gravet Lachs.
 Norwegischer Lachs wird in anerkannten Fischgeschäften und Restaurants geführt.

Marketing Council Norwegian Salmon, Olav Tryggvasonsgt. 39/41, P.O.Box 851, N-7001 Trondheim, Norway.

1685

سكينة الميرزا



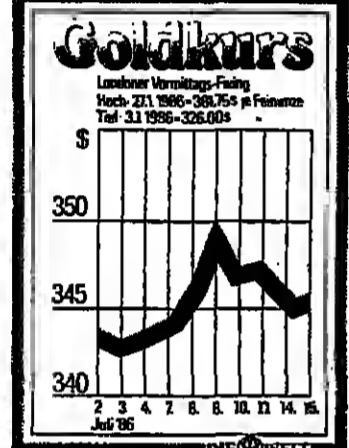
Zum Stückpreis von 310 Mark kommt die Aktie des Sportartikelherstellers Puma AG, Herzogenaurach, an die Börse. Die erste Notierung ist für den 25. Juli in Frankfurt und München geplant. Angeboten werden Vorzugsaktien von nominal 14 Mill. DM zur Zeichnung am 16. und 17. Juli. Mit dem Gang an die Börse fließen Puma - wichtigster Werbeträger ist der deutsche Tennisspieler Boris Becker (Foto) - 86,8 Mill. DM in die Kasse. (S. 10) FOTO: LORENZ BAADER

WELTWIRTSCHAFT

USA: Ein neues Rekorddefizit von 220 Mrd. Dollar erwartet Budgetdirektor Miller für das Fiskaljahr 1986, das am 30. September endet. Der für 1987 angestrebte Abbau auf 144 Mrd. wird auch kaum erreicht werden. Hauptgrund ist für Miller die schwache Konjunktur.

EG: Gegen die geplante Festsetzung eines vorläufigen Antidumping-Zolls auf japanische Fotokopiergeräte hat der deutsche und europäische Handel „größte Vorbehalte“ angemeldet, teilt die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels mit.

FÜR DEN ANLEGER



WALL STREET: Nach schwachem Wochenbeginn stand die erste Börsenstunde gestern auch im Zeichen des weiteren Kursrückgangs. Der Dow Jones fiel noch einmal auf 1789,65 Punkte.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 237,67 (262,05); Chemie: 150,51 (153,31); Elektro: 292,82 (296,10); Auto: 729,12 (742,76); Maschinenbau: 142,91 (143,52); Versorgung: 143,69 (147,64); Banken: 390,79 (387,55); Warenhäuser: 145,48 (148,17); Bauwirtschaft: 408,91 (474,98); Konsumgüter: 186,49 (169,40); Versicherung: 1336,63 (1358,22); Stahl: 150,28 (155,40).

Zentralbankrat: Für die letzte Sitzung am Donnerstag sind von der vierwöchigen Sitzungspause keine Beschlüsse erwartet.

Währungs: Der Dollar mit 3 Pfennig auf 2,1610 DM, dem niedrigsten Stand seit April 1981, und das Pfund mit 2 Pfennig auf 3,229 DM notierten in Frankfurt deutlich geringer. Die Bundesbank griff nicht in die Kursfindung ein.

Table with 2 columns: Kursverläufe and % change. Includes entries for Seilwollf, Hand Oberach St., Eichbaum Brau, etc.

Nachbörse: Schwach.

MÄRKTE & POLITIK

Versicherungen: Unverheiratete Paare müssen nicht mehr zwei Verträge abschließen, wenn sie sich vor Schadenersatzansprüchen Dritter schützen wollen. Die Mitversicherung erlischt, wenn die Wohnungsgemeinschaft endet, erklärte der HUK-Verband.

am Obst- und Gemüsemarkt der Zolleinheit scharf kritisiert. Zollähnliche Ausgleichsabgaben erreichten teilweise mehr als 50 Prozent des Warenwertes.

Bezirg: Deutsche Neuwagen verbrauchen im Durchschnitt nur noch 7,6 (1978: 9,8) Liter pro 100 Kilometer, hat der Verband der Automobilindustrie errechnet.

Erdöl: Auf etwa 6 Mill. Barrel pro Tag hat Saudi-Arabien seine Produktion in der vergangenen Woche erhöht, wird in Branchenkreisen geschätzt. Anfang des Monats lag die Förderung bei etwa 5,5 Mill. Der Quotenvorschlag der letzten Opec-Sitzung im Rahmen der Gesamtförderung von 17,6 Mill. betrug für die Saudis 4,5 Mill. Barrel.

EG: Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher hat die Importpolitik

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

PepsiCo: Die Obergesellschaft des zweitgrößten amerikanischen Herstellers alkoholfreier Getränke übernimmt von Philip Morris für 246 Mill. Dollar die internationalen Aktivitäten der Seven Up Co. Die geplante Übernahme des gesamten Geschäfts scheiterte an den US-Wettbewerbsbehörden.

Unterhaltungselektronik: Der französische Thomson-Konzern, Muttergesellschaft von Telefunken, Nordmende, Saba und Dual, will für die 1200 der 7688 Mitarbeiter, die bis Ende 1987 die deutschen Unternehmen verlassen müssen, Abfindungen von insgesamt 36 Mill. DM zahlen. (S. 10)

NAMEN

Harpener: Heyo Schmiedeknecht (47), Sprecher des Vorstands der Dortmunder AG, hat den Dienstvertrag zum Jahresende gekündigt. In seiner Amtszeit seit 1978 hat sich die frühere Bergbaugesellschaft zu einem sehr ertragreichen Mischkonzern entwickelt. Der offiziell nicht begründete Rücktritt erklärt sich wohl daraus, daß die Pariser Holding Gez et Eau ihren 51prozentigen Anteil an die Luzerner Finanzgruppe York Hannover Holding AG verkauft hat, die wohl einen neuen Kurs steuern will.

UNO: Professor Karl E. Ganzhorn, bis April Geschäftsführer der IBM Deutschland GmbH, ist auf Nominierung des Bundesforschungsministeriums in den Beratungsausschuß für Wissenschaft und Technologie der vereinten Nationen gewählt worden. In diesem Ausschuß sitzen 28 Fachleute.

Der Marxismus ist nicht wissenschaftlich, er ist bestenfalls wissenschaftstheoretisch. Albert Camus

„Für die Pflegeversicherung wäre ein Gesetz die schlechteste Lösung“

WELT-Gespräch mit Heinrich Frommknecht von den Privaten Krankenversicherungen

THOMAS LINKE, Bonn Auch der Bundesrat will nun einen Gesetzesantrag zur Einführung einer Pflegeversicherung einbringen. Dort liegt bereits ein Entwurf der Bundesregierung. Die privaten Krankenversicherer sind über diesen Sinneswandel enttäuscht, denn die Bundesregierung wollte ursprünglich auf eine gesetzliche Lösung des Problems Pflege verzichten.

„Wir hoffen aber, daß in der Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist“, erklärte Heinrich Frommknecht, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Privaten Krankenversicherungen (PKV), in einem Gespräch mit der WELT. Der eigentliche Pflegeberg komme erst nach der Jahrtausendwende auf uns zu: Bis zum Jahr 2030 steige der Anteil der über 65jährigen von jetzt 15,6 Prozent auf 28,3 Prozent, meinte Frommknecht. Eine gesetzliche Lösung lehnt er entschieden ab, „denn dann würde sich das Angebot seine Nachfrage über kurz oder lang selbst schaffen“. Deswegen werde eine solche Lösung auch von den gesetzlichen Krankenkassen abgelehnt. Der Abschleichen ins Heim würde Vorschub geleistet - über kurz oder lang würden die Pflegekosten explodieren.

1981 die Gesamtausgaben für Pflege verneunfacht“, rechnet der Verbandschef. Zudem verstärkte die Einbeziehung der Pflege das Strukturproblem der gesetzlichen Krankenversicherung über die Familienhilfe der Höherverdienenden gegenüber den Schutzbedürftigen zu begünstigen. Mit Hilfe der heute bereits zur Verfügung stehenden Angebote der privaten Krankenversicherung könnten laut Frommknecht die erst übermorgen wirklich gravierenden Probleme der Finanzierung der Pflegekosten gelöst werden. Doch die Nachfrage nach Pflegekostenversicherung und Pflegegeldversicherung und Pflegeversicherung sei noch zurückhaltend. Frommknecht: „Sie würde sich jedoch entscheidend verbessern, wenn sich der Bund zu einer steuerlichen Förderung durchringen würde.“ Um zu verhindern, daß eine Zweiklassen-Pflegeversicherung entsteht, sollte der sozial besonders schutzbe-

Bei der Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung in den Niederlanden haben sich von 1968 bis

Wallmann: Cattenom birgt keine zusätzlichen Risiken

Sicherheitsstandards sind mit deutschen vergleichbar

HH, Bonn Die Sicherheits-, Strahlen- und Umwelt- sowie Notfallschutzmaßnahmen bei deutschen und französischen Kernkraftwerken sind vergleichbar. Das hat Umweltminister Wallmann (CDU) auf Fragen des FDP-Bundestagsabgeordneten Schäfer (Mainz) zum Kernkraftwerk Cattenom erklärt. Wallmann konnte auch Meldungen über die „erhöhter höhere Störfähigkeit“ dieses Kraftwerks nicht bestätigen.

Er stützt sich unter anderem auf Aussagen der Deutsch-Französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DFK), die seit 1978 einen Informationsaustausch über die Sicherheitstechnik des Kraftwerks Cattenom im Vergleich mit Philippsburg 2 unterhält. Danach sei für die in Grenznähe lebende Bevölkerung im Hinblick auf die jeweilige ausländische Anlage praktisch ein gleicher Schutz zu erwarten wie in der Umgebung der eigenen. „In beiden Ländern gelten vergleichbare Schutzziele“, schreibt Wallmann. Dazu würden aber „zum Teil voneinander abweichende technische Lösungswege beschritten...“ Jeder Staat genehmige die Anlagen autonom nach seinen nationalen Vorschriften. Andere Staaten hätten „grundsätzlich keine rechtlichen Möglichkeiten, auf die nationalen Genehmigungsverfahren einzuwirken oder Errichtung und Inbetriebnahme zu verhindern“. Die EG-Kommission prüfe zur Zeit, ob Frankreich seine Verpflichtungen nach Artikel 37 Euratomvertrag über die Meldepflicht radioaktiver Ableitungen ein-

Rindfleisch-Marktordnung bedarf dringend der Reform

Unterschiedliche Positionen im EG-Agrarministerrat

dpa, Brüssel Die EG-Agrarminister haben bei ihren Beratungen in Brüssel über geplante Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik in wichtigen Punkten keine greifbaren Fortschritte erzielt. Strittig blieb insbesondere die Anpassung der Marktordnung für Rindfleisch.

Die EG-Kommission hat eine grundlegende Reform des Rindfleischsektors mit einem Abbau des bestehenden Interventionsystems vorgeschlagen, um die anhaltende Überschussproduktion zu beseitigen. Insbesondere Franzosen, Niederländer und Luxemburger sind mit dem vorgelegten Plan nicht einverstanden. Die staatliche Intervention bei Rindfleisch bis zum November 1987 schrittweise einzuschränken. Weiterhenden Zuspruch fanden die Brüsseler Vorschläge nur bei den Niederländern, die vor allem von Briten und Griechen unterstützt wurden. Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) wandte sich gegen eine völlige Beseitigung des bestehenden Interventionsystems und gegen die Kommissionspläne, die Intervention durch Prämienzahlungen für speziell Rindfleisch produzierende Betriebe zu ersetzen. Der zuständige EG-Kommissar Frans Andriessen wies im Rat erneut auf die Dringlichkeit einer Reform des Rindfleisch-Markts hin. Derzeit lagerten trotz Rekordbeständen beim Export in den EG-Kühlhäusern Bestände von 750 000 Tonnen. Jede Woche gingen 11 000 Tonnen in die Intervention. Die EG-Ausgaben für den Rindfleischsektor betragen rund 5 Mrd. Mark im Jahr.

Die Zarenschuld wird abgeschrieben

WILHELM FURLER, London

Der London-Besuch des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse und seine Gespräche mit Premierministerin Margaret Thatcher sowie Außenminister Sir Geoffrey Howe haben offenbar auch zu einer Einigung über jahrzehntelange Querelen im Zusammenhang mit russischen Anleihen aus der vorrevolutionären Zarenzeit geführt. Jedenfalls gab die Londoner Börse bereits gestern vormittag bekannt, daß der Handel in russischen Bonds ausgesetzt worden ist. An der London Stock Exchange werden rund 40 solcher Russen-Anleihen aus der Zarenzeit gehandelt. Seit ihrer Gründung hat sich die UdSSR geweigert, diese Verbindlichkeiten zu honorieren. Wie ein Sprecher der Bank von England gegenüber der WELT erklärte, sei über diese Außenstände eine Einigung zwischen den beiden Regierungen gefunden worden. Um daraufhin ein Chaos im Handel mit diesen Russen-Bonds zu verhindern, habe man sich zur Aussetzung entschlossen. Weitere Einzelheiten wollte die Notentbank nicht bekanntgeben, da sie einer parlamentarischen Anfrage gestern am späten Nachmittag und damit vor dem Redaktionsschluß dieser WELT-Ausgabe nicht vorgefassen könne. Der Vorsitzende der Vereinigung von Besitzern ausländischer Anleihen (Council of Foreign Bond Holders) in London teilte auf Anfrage der WELT mit, daß es zur Zeit der Revolution eine große Zahl russischer Anleihen gegeben habe. Ihre Bedienung ist seither in Verzug. In den sechziger Jahren stellte die britische Handelsbehörde ein Register über die britischen Anleihegeber auf und wies darin nominal 50 Mill. Pfund in briti-

Hoffnung für Bremen

Von W. WESSENDORF

Bremen hat nicht nur einen Hafen, Bremen ist ein Hafen. Diesen alten Slogan führen die Hanseaten dauernd im Mund, zu Recht, denn ohne die beiden Häfen in den Schwesterstädten Bremen und Bremerhaven wäre im kleinsten Bundesland so manches nicht möglich; das gilt für ihre Wirtschaft und Politik. Die politische Selbständigkeit des Weserstaates beruht schließlich auf ihren maritimen Funktionen, die sie für die Bundesrepublik Deutschland und damit auch für Europa wahrnimmt. Die Häfen in Bremen und Bremerhaven halten 300 000 Beschäftigte in Lohn und Brot, ein jährliches Steueraufkommen von 1,3 Milliarden DM ist damit verbunden. Die 93 000 hafenabhängigen Arbeitsplätze - jeder dritte im städtischen Bundesland ist portorientiert - bringen dem Bremer Fiskus pro anno 640 Millionen DM in die leeren Kassen. Die Häfen erfüllen also für die Freie Hansestadt Bremen eine Herzfunktion.

Die Bremer verfolgen deshalb die Entwicklung in ihren Hafenstädten mit Argusaugen. Das Zahlenwerk des Umschlags gleicht dem Pulsschlag. Und der signalisiert jetzt Störungen: Das Umschlagsergebnis der ersten sechs Monate in diesem Jahr kann nicht voll befriedigen. Das helfen keine Beschwichtigungen, daß dieses negative Resultat erwartet wurde. Ganz ohne Rückschläge wird dieses Jahr demnach für die bremischen Häfen nicht über die Kajen gehen. Das gilt für Tonnage wie für Erträge. Im vergangenen Jahr war der Umschlag auf seine Höchstmarke von 30 Millionen Tonnen geklettert; das entspricht einem Warenwert von 60 Milliarden DM. Trotz des Spitzenresultats gab es allerdings keine Freudentänze, weil die Erträge zu wünschen übrig ließen. Die Schimpfkanonade richtete sich gegen die scharfen Wettbewerbsbedingungen zwischen den deutschen und niederländischen sowie belgischen Seehäfen. Deshalb schrumpfte auch der wertschöpfende bedeutende Stückgutumschlag im ersten Halbjahr 1986 um vier Prozent, macht nur noch 60 Prozent des Umschlags aus. 80 Prozent der bremischen Hafenaktivitäten werden für andere Bundesländer erbracht. Indes, die Bremer Hafenexperten sehen seit vergangener Woche wieder Land. Der Bundesrat hat einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der die Lockerung der Güterverkehrs-tarife des deutschen Seehafeninterlandverkehrs zuläßt, damit sie denen des grenzüberschreitenden

AUF EIN WORT

Nichts erscheint mir momentan gefährlicher für die mittelständische Wirtschaft zu sein als eine längere Phase der „Inflations-Null-Diät“. Sie hat schlimme Auswirkungen auf die Rentabilität dieser Unternehmen, weil nämlich die beiden Hauptkostenarten „Personal und Raum“ mit einem Anteil von weit über 60 Prozent nicht daran denken, sich dieser „Diät“ anzuschließen.

Dr. Georg C. Neumann, Präsident des Zentralverbandes der gewerkschaftlichen Großhandels- und Dienstleistungsunternehmen e. V. (Zentgen), Bonn. FOTO: OIE WELT

Trocken geblieben

Nea - Wie ein trockener linker Leberhaken muß bei deutschen Weinkenner die von einigen Medien irrtümlich oder mißverständlich formulierte Nachricht gewirkt haben, der Bundesrat habe es abgelehnt, für deutsche Weine die Geschmacksbezeichnungen „trocken“, „halbtrocken“, „lieblich“ und „süß“ zuzulassen. Aber so schlimm ist es mit dem deutschen Weinrecht nun auch wieder nicht.

Zur Debatte stand lediglich, ob so wollten es Bundesgesundheitsministerium und Gesundheitsausschuß des Bundesrats - die Geschmacksbezeichnungen obligatorisch eingeführt werden. Erlaubt sind sie, gestützt auf eine entsprechende EG-Verordnung und deutsches Weinrecht, schon lange. Und das bleiben sie auch. Das Fatale an der gegenwärtigen Situation ist allerdings dies: Wer seinen Wein trocken oder halbtrocken ausbaut, schreibt es in der Regel auch auf das Etikett. Diese beiden Geschmacksangaben gelten inzwischen - in der Sache strenggenommen zwar falsch, aber im Sinne der allgemeinen Qualitätsentwicklung erfreulicherweise - fast wie eine Art Qualitätsmerkmal. Von den (genauso) erlaubten Bezeichnungen „lieblich“ und „süß“ dagegen wird so gut wie überhaupt kein Gebrauch gemacht. Darin kann eine Täuschung des Käufers liegen. Allzu große Erwartungen sollte man freilich auch an obligatorische Regelungen nicht knüpfen. Die Franzosen zum Beispiel haben bewußt darauf verzichtet, sich vom Staat Geschmacksbegrenzen setzen zu lassen. Sie trauen da lieber der eigenen Zunge. Vor allem aber: Sie wissen, welche ihrer Weine eher trocken und welche süß sind. Bis dahin ist es mit dem deutschen Wein noch ein ziemlich langer Weg.

Niedrigstpreise

hg - Wer hat Schuld am Ladensterben? Der Vorstandsvorsitzende der Rewe Zentral AG, Hans Reischl, hat diese Frage jetzt sehr deutlich beantwortet: Die Konditionenpolitik vieler Hersteller. Recht hat er, denn die Industrie neigt mehr und mehr dazu, den Lebensmittelhandel mit vollem Sortiment - darunter auch nachgefragte Unternehmen - gegenüber den Großdiscountern zu diskriminieren. Dem liefert man ein paar „Renner“, die er in großen Mengen zu Niedrigstpreisen einkauft und entsprechend verkauft. Bei Rewe erwägt man nun, auf die Marken solcher Anbieter zu verzichten. Weil es sonst nämlich eines Tages nur noch Discounters geben wird. Mit Einkaufsmöglichkeiten zum Niedrigstpreis - Niveau entsprechend.

Thai nach ASIEN. Ab Frankfurt jeden Dienstag, Donnerstag, Freitag, Sonntag. Ab Zürich jeden Mittwoch, Sonntag. Ab Kopenhagen jeden Dienstag, Mittwoch, Freitag, Sonntag. Ab Paris jeden Montag, Dienstag, Freitag, Samstag.

Ölüberangebot drückt auf Preise und Pfund-Kurs

Au, London
Der Druck auf die britische Währung hat sich gestern fortgesetzt. Nachdem das Pfund zum Wochenbeginn gegenüber der D-Mark um immerhin sechseinhalb Pfennige auf 3,2275 DM gestürzt war, kam es gestern morgen zu einem weiteren Rückgang auf 3,2097. Dieser Wert liegt nur geringfügig über dem bisherigen Niedrigststand der Pfund-DM-Parität vom 3. März dieses Jahres mit damals 3,1842 DM. Im Laufe des Dienstags konnte sich das Pfund allerdings leicht auf 3,2311 DM erholen.

Hinter der Pfundschwäche steckt unverändert die schwache Lage am Ölmarkt mit einer erheblichen Überproduktion. Der Preis für britisches

Der erste Sport-Markenartikler an der deutschen Börse

Puma-Vorzugsaktien werden heute und morgen zur Zeichnung angeboten - Brüder Dassler behalten die Stammaktien

HENNER LAVALL, Frankfurt
Ein „klassischer Markenartikler“ geht an die Börse: 280 000 stimmrechtslose Vorzugsaktien über nominal 14 Mill. DM der Puma AG Rudolf Dassler Sport, Herzogenaurach, werden von einem unter der Federführung der Deutschen Bank und der Mitführung der Bayerischen Landesbank Girozentrale stehenden Konsortium heute und morgen (16. und 17. Juli) dem Anlegerpublikum zur Zeichnung angeboten. Der Emissionspreis beträgt 310 DM je 50-DM-Aktie. Die erste amtliche Notierung an den Börsen in München und Frankfurt erfolgt am 25. Juli. Die für das Geschäftsjahr 1986 zur Hälfte gewinnberechtigten Vorzugsaktien sind mit einer nachzahlungspflichtigen Mindestdividende von vier Prozent und einer Mehrdividende gegenüber den Stammaktien von zwei Prozent ausgestattet.

Grundkapital beträgt nach der Emission 50 Mill. DM und ist eingeteilt in 36 Mill. DM Stammaktien und 14 Mill. DM Vorzugsaktien, die „nach Möglichkeit“ in einer breiten Stückelung verteilt werden sollen. Ob dies allerdings tatsächlich so durchgeführt werden kann, bezweifelt Horst Burgard, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank. Eher sei wieder mit einer äußerst kurzen Zeichnungsfrist zu rechnen, „denn schon jetzt ist das in- und ausländische Interesse sehr groß“. Die Stammaktien bleiben im Besitz der Brüder Armin und Gerd Dassler. Sie werden auch nicht zum Börsenhandel zugelassen, „bekräftigt Armin Dassler, der neue Aufsichtsratsvorsitzende.“

Er sieht den Börsengang seines Unternehmens auch als Vorsorge, denn „die Trennung von Management und Kapital gewährleistet die Zukunft des Unternehmens“. Zudem soll der Erlös aus der Emission sich die Eigenkapitaldecke verbessern.

Anlässlich der Präsentation gestern in Frankfurt betonten die Bankenvertreter, daß der gesamte Platzierungserlös von etwa 87 Mill. DM dem Unternehmen zufließt und dessen Eigenmittel weiter stärken wird. Das

Produktionsprogramm umfaßt hochwertige Sportschuhe, Freizeitschuhe, Tennisschläger sowie Sportbekleidung und modische Freizeitkleidung. Vom AG-Umsatz 1985 entfielen nach Aussage von Vertriebs- und Marketingchef Günther Brendle 65 Prozent auf die Produktgruppe Schuhe, 30 Prozent auf Bekleidung und fünf Prozent auf den Tennisbereich. „Der Tennisbereich wächst aber schnell“, erläutert Brendle, dem Schiedsrichter-Sieger Boris Becker unter Vertrag, der gerade his 1992 verlängert habe. „Der Boris-Effekt in diesem Bereich macht im laufenden Jahr rund zehn Mill. DM in Deutschland aus“, ist man bei Puma sicher. Dies wird auch nötig sein, denn in den USA erleidet das Unternehmen zur Zeit einen „leichten Einbruch“, wie

Finanzchef Robert Wenzel erläuterte. Dieser stamme von einer „blitzschnellen“ Veränderung des Verbraucherverhaltens weg vom athletischen Sportschuh hin zum Soft-Mo-De-Schuh. Wie alle anderen Anbieter wird Puma 1986 deshalb „wohl einen zweistelligen Millionenbetrag“ (Wenzel) verlieren. Der Puma-Umsatz in den USA erreichte 1985 rund 180 Mill. Dollar.

Durch den Absatzrückgang in den USA wird sich das DVFA-Ergebnis je Aktie bei Puma 1986 auch auf 16 DM ermäßigen, nach 19,50 DM in 1985. Bereits für 1987 aber erwartet das Unternehmen wieder eine kräftige Steigerung auf 21,50 DM. Der Umsatz, der in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres um 5,5 Prozent (Inland allein plus 32 Prozent) zulegte, soll dann auf 917 (Erwartung 1988: 834) Mill. DM steigen.

Fazit der Veranstaltung: Die Puma-Aktie bietet eine Beteiligungsmöglichkeit an dem erwarteten hohen Wachstum des Sport/Freizeitbereichs, der an der deutschen Börse bisher nicht vertreten war.

Italiens Konjunktur zieht an

Statistische Daten spiegeln Binnenlage nicht voll wider

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Die italienische Konjunktur zieht in diesen Monaten weiter verbesserten außenwirtschaftlichen Ergebnissen und einer konstant nach oben gerichteten Produktionskurve gekennzeichnet.

Die Industrieproduktion stieg in den ersten vier Monaten gegenüber der gleichen Vorjahreszeit zwar nur um 2,6 Prozent. Das ist aber immerhin mehr als doppelt soviel wie der Zuwachs der Industrieproduktion im gesamten Jahr 1985 (plus 1,2 Prozent). Weit über dem Durchschnitt liegende Steigerungsraten erzielten die Textil- und Bekleidungsindustrie, der Maschinenbau, die Fahrzeugindustrie und die Chemie.

Die Binnenkonjunktur wird vor allem von der anhaltend hohen Konsum- und Investitionsnachfrage getragen. Die Industrieinvestitionen sind in den ersten Monaten dieses Jahres den Schätzungen zufolge um etwa drei Prozent gestiegen, der Verbrauch der Haushalte um knapp über zwei Prozent. Insgesamt wird im laufenden Jahr ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von real mindestens 2,5 Prozent erwartet.

Die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Position ist in erster Linie der abgelenkten Importkurve zu verdanken. Insbesondere der stark verminderten Energieimporten. Dagegen ist es dem italienischen Exportwirtschaft bisher nicht gelungen, ihre Wettbewerbskraft zu stärken und das Ausfuhrvolumen auszuweiten. In den ersten fünf Monaten erhöhte sich die Exporte wertmäßig um 4,2 Prozent auf 6,9 Mrd. Lire, was real aber einem Rückgang von ungefähr zwei Prozent entspricht. Die Einfuhren sanken um 6,9 Prozent auf 67 612 Mrd. Lire. Die Leistungs- und Kapitalbilanz konnte sich ebenfalls weiter verbessern, so daß 1986 das Ziel einer erheblichen Reduzierung des Zahlungsbilanzpassivums erreicht werden dürfte.

Zielführend unbefriedigend verläuft die Entwicklung der Verbraucherpreise und der im Vergleich zu den Konkurrenzländern zu stark steigenden Lohnkosten. Während sich das Wachstum der Erzeugerpreise inzwischen bei Null befindet und die Entwicklung in den anderen Industrieländern voll widerspiegelt, betrug die Inflationsrate im Juni 6,3 Prozent.

Die binnenwirtschaftliche Entwicklung kommt nach Einschätzung von Wirtschaftsexperten in den meisten offiziellen statistischen Daten nicht genügend zum Ausdruck. Ausdruck dessen ist, daß die Italiener offiziell ein Pro-Kopf-Einkommen haben, das etwa zwei Drittel des deutschen erreicht; gleichzeitig ist ihre Sparrate ungefähr doppelt so hoch, während der Konsum in den meisten Bereichen dem der Deutschen angeglichen ist. Um diesen Ungleichheiten ein Ende zu machen, will das italienische Statistische Zentralamt (Istat) in Rom bis zum Jahresende das Bruttoinlandsprodukt neu schätzen.

Realistisch ist dabei für den Prä-

denten des Istat, Guido Rey, eine fünfprozentige Erhöhung. Das sind 35 000 Mrd. Lire, um das sich das heute auf rund 700 000 Mrd. Lire geschätzte BIP von 1987 dann erhöhen würde. Giuseppe de Rita, der Präsident des führenden italienischen Sozial- und Wirtschaftsforschungsinstituts Censis in Rom schätzt die Minderbewertung des BIP auf mindestens 15 Prozent. Andere Wirtschaftsexperten gehen noch weiter. Angesichts der florierenden Schattenwirtschaft halten sie eine Aufwertung um bis zu 30 Prozent für angebracht.

Unterbewertet ist nachweislich nicht nur die Produktion aller Industriebereiche, die sich hauptsächlich aus publizistischen Klein- und Mittelbetrieben zusammensetzen, also die Mehrzahl aller italienischen Produktionszweige. Weit an der Realität vorbei geschätzt hat bisher das Statistische Zentralamt auch den Immobilienbestand. Wie jetzt eine Zahlungsbilanz, wurden zwischen 1971 und 1981 doppelt so viel Neubauten

DekaDespa-Info Nr. 16

Wenn Sie unsicher sind, wohin die Zinsen gehen: in Kurzläufersparen - mit Dekafresor.

Denn Kurzläufer erhöhen die Kurzsicherheit und verstopfen die Anteilpreisentwicklung.

Mehr über den Sparkassen-Rentenfonds Dekafresor erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Deka

Nordseeöl aus dem Brent-Feld ist inzwischen auf das tiefste Niveau seiner Geschichte gefallen. An den Spotmärkten wird es für Ablieferungen August nur noch zwischen 8,60 und 8,80 Pfund je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) gehandelt. Noch vor zwei Wochen lag der Preis bei 11,20 Dollar.

In Londoner Ölkreisen wird für den Preisverfall der vergleichbare Verlauf der Opec-Mitglieder verantwortlich gemacht, zu einer Übereinstimmung über individuelle Mitgliederquoten zu kommen. Inzwischen hat sich die Rohölförderung sowohl der Opec-Länder als auch der nicht dem Opec-Kartell angehörenden Produzentenländer stark ausweitete. Schätzungen gehen davon aus, daß die Opec gegenwärtig 19,5 Millionen Barrel pro Tag verkauft, knapp zwei Millionen mehr als die von der Opec-Mehrheit im vergangenen Monat in Brioni vereinbarte Obergrenze.

Angesichts des Öl-Überschusses wird auch weiterhin mit anhaltendem Druck auf die Ölpreise erwartet, mit allen negativen Auswirkungen auf Großbritannien. Autographix Inc., seine Nordseeöl-Steuererlöse, sind einer geringeren Spielraum für vorgesehene Steuererleichterungen.

Rettungskonzept für Pieroth-Gruppe

dpa/WVD, Mainz/Frankfurt
Ein Konzept zur Sanierung der nach dem Glykolskandal in Schwierigkeiten geratenen Pieroth Wein- und Spirituosen-GmbH, Burg Layen bei Bingen, hat der Frankfurter Anwalt Wilhelm Schaaf den beteiligten Banken vorgelegt. Dies hat Schaaf Kanzlei bestätigt. Einzelheiten des Konzepts sind zwar noch nicht bekannt, doch verlautete aus der Kanzlei, daß Schaaf einen Vergleich nicht für notwendig hält.

Offenbar soll das Unternehmen mit deutlichen Kosteneinsparungen, darunter Entlassungen und eine drastische Rückführung des Werbeaufwands sowie die Liquidierung oder Zusammenlegung einiger der insgesamt 106 Tochterfirmen, wieder auf Erfolgskurs gebracht werden. Der als AEG-Sanierer bekannt gewordene Rechtsanwalt Schaaf war von der Pieroth-Hauptgläubigerin, der Landesbank Rheinland-Pfalz, mit der Sanierung des größten deutschen Weinhandelsunternehmens beauftragt worden. Bei Pieroth (Umsatz 1985: 400 Mill. DM) wird 1986 mit rund 20 Mill. DM Verlusten gerechnet.

PERSONALIEN

Hans Kuschel, Präsident der Leasing-Europe, dem Dachverband von 16 nationalen Leasing-Verbänden, vollendet heute sein 70. Lebensjahr.

Otto Geltner, Geschäftsführer der Universal Maschinenfabrik, wird heute 60 Jahre alt.

Gunther Vowinkel, zuletzt Managing Director bei der englischen Tochter, ist vom 15. Juli an als Geschäftsführer der Deminex Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH, Essen, für das Ressort Finanzen zuständig.

Selnesuke Kuraki, Geschäftsführer der Panasonic Deutschland GmbH, Hamburg, wird Ende September nach Japan zurückkehren, um dort neue Aufgaben im Mutterhaus zu übernehmen. Zu seinem Nachfolger der jetzige Vizepräsident der Panasonic Svenska AB, Morihisa Kaneko, bestimmt.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Industrieproduktion sank

Washington (dpa/WVD) - Die Industrieproduktion in den USA ist im Juni um rund 0,5 Prozent gefallen. Das teilte das US-Handelsministerium in Washington mit. Der Rückgang im Mai betrug nach revidierten Angaben 0,4 Prozent. Seit Juni 1985 war insgesamt ein Rückgang um 0,2 Prozent verzeichnet worden.

Schiffbau-Beihilfen

Brüssel (WVD) - Die EG-Kommission wird heute ihren endgültigen Vorschlag über eine neue Beihilfenrichtlinie für die europäischen Werften vorlegen. Nach nicht bestätigten Angaben wird die Kommission den Mitgliedsländern vorschlagen, daß ab 1987 ein fester Prozentsatz für den Subventionsanteil je Schiffbauvorhaben eingeführt wird.

Höherer Heizölabsatz

Hamburg (dpa/WVD) - Der Absatz von Benzin, Dieselloststoff sowie leichtem und schwerem Heizöl ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 20 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres auf 48,8 Mill. Tonnen gestiegen. Wie die Esso AG in Hamburg weiter mitteilte, entfielen jedoch allein 90 Prozent des Absatzes auf Heizöl. Die Produktion des Heizöls ist im ersten sechs Monaten dieses Jahres eine deutliche Verlangsamung ihres Wirtschaftswachstums. Geringere Auslandskäufe der Erdölförderstaaten waren vor allem für einen Rückgang der Exporte verantwortlich.

US-Engagement verstärkt

Leverkusen (dpa/WVD) - Eine 20prozentige Beteiligung an dem US-Unternehmen Autographix Inc. in Waltham/Massachusetts hat die Agfa-Gevaert Inc., Teterboro/New

Jersey, erworben. Damit sollten die Agfa-Biosysteme „zukunftsorientiert“ ergänzt werden, berichtete die Agfa-Gevaert-Pressestelle in Leverkusen. Autographix gehörte nach Agfa-Angaben zu den führenden Unternehmen für computergesteuerte Systeme zur Herstellung farbiger Geschäftsgrafiken.

Mexiko: Kreditgespräche

New York (dpa/WVD) - Mexiko wird in dieser Woche die Gespräche mit dem Steuerungsausschuß einer internationalen Bankengruppe wieder aufnehmen, um den neuen wirtschaftlichen Reformplan der Regierung vorzustellen. Dem Vernehmen nach sollen die Banken 2,75 Mrd. Dollar eines Finanzierungspakets von insgesamt 6,25 Mrd. Dollar aufbringen. In Bankkreisen wurde diese von mexikanischen Beamten genannte Zahl nicht bestätigt. Eine Einigung mit dem IWF liege noch nicht vor.

Keine Konjunkturbelebung

Zürich (AP) - Die an den Ölpreiserhöhung geknüpften Hoffnungen auf eine weitere Konjunkturbelebung haben sich in der Schweiz nicht erfüllt. Wie die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) in Zürich berichtet, erlebte die Schweiz stattdessen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres eine deutliche Verlangsamung ihres Wirtschaftswachstums. Geringere Auslandskäufe der Erdölförderstaaten waren vor allem für einen Rückgang der Exporte verantwortlich.

Viag will verkaufen

Bonn (DW) - Die Viag AG, Bonn/Bonn, will ihre über die Elektro-

werke AG, Berlin, gehaltene Beteiligung an der Braunschweiger Kohlen-Bergwerke AG (BKB), Helmstedt, an die Preußenelektra AG, Hannover, verkaufen. Wie die Viag-Verwaltung mitteilt, würde dies eine Intensivierung der stromwirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen BKB und Preußenelektra ermöglichen. Preußenelektra ist bereits mit 49,92 Prozent am Aktienkapital der BKB mit 148,5 Mill. DM beteiligt. Ein gleich großes Paket besitzt die Elektrowerke AG.

Pepsi kauft Seven Up

Purchase/Lausanne (AP) - Der zweitgrößte Soft-Drink-Produzent der Welt, der amerikanische Pepsi-Cola-Konzern (PepsiCo), hat die auferamerikanische Niederlassung des Konkurrenten Seven Up vom Tabak-Konzern Philip Morris übernommen. Wie PepsiCo in Purchase im US-Bundesstaat New York bekanntgab, betrug der in bar bezahlte Kaufpreis 246 Mill. Dollar.

„Rheinpfalz“ am Ziel

Mannheim (dpa/WVD) - Die Ludwighafener „Rheinpfalz“-Gruppe wird künftig stärker bei der Bibliographischen Institut und F. A. Brockhaus AG (BIFAG), Mannheim, mitreden. Nach der von der Hauptversammlung beschlossenen Kapitalerhöhung um 0,58 Mill. auf 5,23 Mill. DM (und Streichung des Höchststimmrechts) dürfte nach Ansicht von BIFAG-Vorstand Karl Felder die „Rheinpfalz“-Tochter Filizische Verlagsanstalt GmbH (PVA), Landau, die angestrebte Sperrminorität von 25 Prozent des BIFAG-Kapitals erreichen.

Künftig Verzicht auf Beitragszuschläge

Rechtsschutzversicherer beugen sich dem Bundeskartellamt - Prämien sinken

HARALD POSNY, Düsseldorf
Der Verband der Autoversicherer (HUK) und das Bundeskartellamt sind übereingekommen, daß die rund 40 Rechtsschutzversicherer künftig auf den in ihren Prämien enthaltenen Risikozuschlag von fünf Prozent verzichten und den gleich hohen Gewinnschlag auf drei Prozent senken, wie er auch in anderen Versicherungsarten üblich ist. Beide Zusage waren bisher Teil von unverbindlichen Bruttobeitragsempfehlungen des HUK-Verbands.

In einem vom Bundeskartellamt eingeleiteten Mißbrauchsverfahren wegen der HUK-Tarifkalkulation 1984 hatte die Behörde eine Reihe von Kalkulationsansätzen als überhöht und damit mißbräuchlich bezeichnet. Nach intensiven Verhandlungen blieben die beiden Zuschlagansätze übrig.

Der HUK-Verband hat jetzt zugestimmt, daß er durch Empfehlung an seine Mitgliedsunternehmen darauf hinwirkt, daß diese bei den mit Beitragsanpassungsklauseln abgeschlossenen Verträgen (Familien-, Vereins- und Mietrechtsschutz) von der gemäß

Truhandfeststellung möglichen Erhöhung der Folgejahresbeiträge ab 1.10.1986 um zehn Prozent keinen Gebrauch machen und im Bereich der Familien- und Verkehrsrechtsschutz sowie Landwirtschafts- und Verkehrsrechtsschutz eine künftige Erhöhungsmöglichkeit um fünf Prozent nicht wahrnehmen.

Nach Auffassung des Bundeskartellamtes ergeben sich für die Bestandskunden der Rechtsschutzversicherer (Prämienaufkommen 1985: rund 2,5 Mrd. DM) Beitragsersparungen zwischen 90 und 100 Mill. DM. Im Neugeschäft werde der Verzicht auf den Sicherheitszuschlag und den beanstandeten Teil des Gewinnschlags ebenfalls zu „spürbaren Beitragsentlastungen“ führen.

Der HUK-Verband stimmte dem Kompromiß letztendlich deswegen zu, weil eine endgültige Klärung der unterschiedlichen Rechtsauffassungen nur durch einen jahrelangen Rechtsstreit hätte herbeigeführt werden können. Dies wiederum hätte die künftigen Kalkulationsüberlegungen belastet und die Versicherten verun-

sichert. Nach wie vor sind die Versicherer von der Rechtmäßigkeit der Zuschläge überzeugt, obwohl sie bereits vor der jetzt beschlossenen Kompromißformel vorsorglich ihre Tarifempfehlungen für den Herbst ohne Zuschläge beim Bundeskartellamt für das Versicherungswesen (BAV) eingereicht haben, um den Termin für die Beitragsanpassungen nicht zu gefährden.

Der HUK-Verband hatte argumentiert, daß die Beiträge der Rechtsschutzversicherer in erster Linie von gesetzlich vorgeschriebenen Gebührenhöhen bestimmt werden, die voll auf den Beitragsbedarf durchschlag. Auch Inflationsraten, Streikverlängerungen und Änderungsrisiken müßten wegen der Vertragsdauer vorher mit Zuschlägen berücksichtigt werden.

Der HUK-Verband sieht durch neuerliche Kostenänderungsgesetze durch den Bundestag Gebührenerhöhungen von über 30 Prozent auf sich zukommen. Diese müßten sich rechnerisch in 10prozentigen Beitragsanpassungen niederschlagen.

Wayss + Freytag baut auf Umweltaufträge

dpa/WVD, Frankfurt
Der Vorstand der Wayss + Freytag AG beurteilt die Baukonjunktur wieder etwas zuversichtlicher. Vor allem im Wirtschaftsbau und für Umweltschutzmaßnahmen der öffentlichen Auftraggeber zeichnen sich positive Aspekte ab. Dagegen sei der Wohnungsbau weiterhin rückläufig, schreibt das Bauunternehmen zur Branchenkonjunktur.

In den ersten vier Monaten 1988 hat die Unternehmensgruppe ihre Bauleistung um 14 Prozent auf 277 Mill. DM erhöht und neue Aufträge im Wert von 262 Mill. DM hereinengenommen. Der Auftragsbestand Ende April erreichte 958 Mill. DM, wovon etwa ein Drittel aus dem Ausland stammt.

Für das Gesamtjahr wird jedoch mit einem weiteren Rückgang der Bauleistung gerechnet, da vor allem im Ausland eine anhaltende Abschwächung erwartet werden müsse. Die 85er Bauleistung war bereits um 17 Prozent auf 993 Mill. DM gesunken. Dabei war das Inlandsgeschäft mit plus zwei Prozent auf 774 Mill. DM noch leicht expansiv, während sich das Auslandsgeschäft durch den Ausfall einer Großbaustelle um 53 Prozent auf 189 Mill. DM verminderte. Parallel dazu verminderte sich die Belegschaft um zwölf Prozent auf 5850 Beschäftigte im Jahresdurchschnitt. Derzeit werden etwa 5600 Mitarbeiter gezählt.

1986 soll wieder ein „zufriedenstellendes Gesamtergebnis erwirtschaftet werden“, nachdem der 85er Jahresüberschuss von 4,8 (4,87) Mill. DM eine unveränderte Dividende von 6 DM je Aktie erlaubte.

Aktion Restpennig für Welthungerhilfe

H. Wl. Bonn
Hauptthema der gestrigen Pressekonferenz anlässlich des Jahresberichts der Welthungerhilfe 1985 war ein neues Spendenkonzept: „Aktion Restpennig“. Dabei geht es um die Beträge hinter dem Komma auf der monatlichen Gehaltsabrechnung. Die Erwerbstätigen werden aufgefordert, auf diese Pennige zu verzichten und auf ein Sammelkonto der Organisation zu überweisen. Mindestens zwölf, höchstens jedoch 1188 Pennige pro Jahr könnte jeder einzelne auf diese Weise spenden, bei durchschnittlich 50 Pennig pro Monat und Erwerbstätigen. Bei nur zwei Mill. Teilnehmern an dieser Aktion ergibt sich danach bereits ein jährliches Spendenaufkommen von zwölf Mill. DM. Mit diesem Betrag könne, so Frau Hensel-Berzel, Vorstandsvorsitzende der Deutschen Welthungerhilfe, 240 000 Kleinbauernfamilien die Ernte für ein Jahr ermöglicht werden.

Weiters Schwerpunktthema der Konferenz war Afrika, nach der Hungerkatastrophe mit 63 Mill. DM Hauptempfänger der Spendengelder 1985.

Thomson will Image aufpolieren

Großzügiger Sozialplan für die deutschen Werke

dpa/WVD, Hannover
Der französische Thomson-Konzern, der in den vergangenen Jahren die deutschen Unternehmen Telefunken, Nordmende, Saba und Dual erworben hatte, will offensichtlich sein Image in der Bundesrepublik wieder etwas aufpolieren. Die Franzosen, die bei der Schließung ihres Ulmer Bildröhrenwerkes vor Jahresmit dem Wort „Job-Killer“ bedacht worden waren, wollen die bevorstehende Arbeitsplatzstreichung finanziell verstüßen.

Für die 1200 von insgesamt 7688 Mitarbeitern, die bis Ende 1987 die deutschen Unternehmen verlassen müssen, soll eine Abfindung von insgesamt 38 Mill. DM gezahlt werden; rein rechnerisch also pro Mitarbeiter rund 30 000 DM. „Wir haben in der Vergangenheit schon schlechtere Sozialpläne gesehen“, kommentiert der Betriebsrat in Hannover. Die Geschäftsleitung der Deutsche AG für Unterhaltungselektronik (Daghu) in Hannover, Holding der vier deutschen Unternehmen, will sich zu den Zahlen zwar nicht äußern, doch gehen Beobachter davon aus, daß innerhalb des Sozialplans nach regionalen Gesichtspunkten wegen der unterschiedlichen Arbeitsmarktlage entschieden wurde.

Von den entlassenen Mitarbeitern sollen auf den Standort Bremen 322, Hannover 257, Villingen 211, Celle 59 und auf Braunschweig 12 Personen entfallen. Hinzu kommen aus Kundendienst und Vertrieb 181 und sonstigen Bereichen 168 Beschäftigte. Erst kürzlich hatte George Golm, Ge-

Karriere-Chancen sollten Sie nicht verstreichen lassen - auch die vom vergangenen Wochenende nicht.

Wenn Sie den großen Stellenanteil für Fach- und Führungskräfte der WELT vom letzten Samstag nicht haben, rufen Sie einfach unter 0130/60 60 zum Ortstarif an.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE ÜBERSETZUNG VON DEUTSCHLAND

erstellt als bisher angenommen. Das heißt, daß die Last des Haushaltsdefizits und der Staatsschulden in Wirklichkeit weniger katastrophal ist, als die offiziellen Zahlen erscheinen lassen. Im Fall einer zehnprozentigen Aufwertung des BIP säne der Anteil des Haushaltsdefizits am BIP von 8,2 auf 7,4 Prozent. Ginge man noch weiter und korrigierte das Bruttoinlandsprodukt um 20 Prozent, so würde Italien plötzlich auch Länder wie Großbritannien, Holland und Belgien übertreffen.

Aber so weit wird es wohl nicht kommen. Zwar weiß man in Rom, daß zwei Drittel des Landes inzwischen mittlereuropäische Verhältnisse erreicht haben. Das zu sehr an die große Glocke zu hängen, ist aber für italienische Regierungsexperten nicht opportun. Immerhin ist da noch der italienische Süden, der wirtschaftlich in der Tat noch unterentwickelt ist, und wo die einzige „Schattenwirtschaft“ die ist, die von staatlichen und EG-Hilfen lebt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim; Christian Fröhner; Kaufmann; Augsburg; Günther; Plass; Betendorf; Dengler; Deminex GmbH; Horhausen; Peter; Hensel; Kirchen; Delmenhorst; J. F. Hohenböken-Beteiligungs; mbH; Textil- u. Modehaus J. F. Hohenböken GmbH & Co. KG; Dertmann; Anton; Bein; Castrop-Rauxel; Heidehütte/Brems; Dr. Ing. Friedrich Wilhelm Wally; Biesheuvel; Kröger; Fensterer; Technik GmbH; D. H. Velling; Kassel; Doring GmbH & Co. KG; Betonwerk; Kieve; HBS Hallenbau Service GmbH; Kalkar-Niedermörmter; Lampert; Frähs; u. Freudenberg GmbH & Co. KG; Viernheim; Nordlisch; H+T Hoch- u. Tiefbau; mbH; Donauwörth-Riedlingen; Waldhorn-Teageme; Nachl; d. Werner Fritz; Richard; Feuser; Bauningenieur; St. Blasien; Wesel; Ernst; Grünbein; Oberhausen.

Anschlagskonkurs eröffnet: Heidenhain/Brems; W. Wally u. Sohn; EG; Wahl Touristik GmbH; Kassel; Albert; Velt GmbH.

Vergleichsbesuch: Bielefeld; Wilhelm; Cronjager GmbH u. Co. KG; Brnohals; ROWIN GmbH; Waghäusel.

1685

John K. S.

سكنا لاجل

Renten wieder uneinheitlich

Die freudlicheren Töne auf dem US-Bonds-Markt als Reaktion auf die Diskontsenkung in den USA...

Bundesanleihen

Table of German federal bonds (Bundesanleihen) with columns for issue date, maturity, and interest rate.

Industrieleihen

Table of industrial loans (Industrieleihen) with columns for issuer, amount, and interest rate.

Optionscheine

Table of options certificates (Optionscheine) with columns for issuer, type, and price.

Bundespapier

Table of federal securities (Bundespapier) with columns for issue date, maturity, and interest rate.

Länder - Südde

Table of state securities from southern Germany (Länder - Südde) with columns for issuer, amount, and interest rate.

Sonderinstitute

Table of special institutions (Sonderinstitute) with columns for issuer, amount, and interest rate.

Bundesbahn

Table of federal railway securities (Bundesbahn) with columns for issue date, maturity, and interest rate.

Währungsanleihen

Table of currency bonds (Währungsanleihen) with columns for issuer, amount, and interest rate.

Wandeleihen

Table of convertible bonds (Wandeleihen) with columns for issuer, amount, and interest rate.

Optionsanleihen

Table of convertible options (Optionsanleihen) with columns for issuer, amount, and interest rate.

Währungsanleihen

Table of currency bonds (Währungsanleihen) with columns for issuer, amount, and interest rate.

Wandeleihen

Table of convertible bonds (Wandeleihen) with columns for issuer, amount, and interest rate.

Optionsanleihen

Table of convertible options (Optionsanleihen) with columns for issuer, amount, and interest rate.

Währungsanleihen

Table of currency bonds (Währungsanleihen) with columns for issuer, amount, and interest rate.

Frankfurt

Table of Frankfurt market securities with columns for issuer, amount, and interest rate.

Düsseldorf

Table of Düsseldorf market securities with columns for issuer, amount, and interest rate.

Warenpreise - Termine

Table of commodity prices and terms (Warenpreise - Termine) for various goods like wheat, oil, and metals.

Wolle, Fasern, Kautschuk

Table of wool, fibers, and rubber prices (Wolle, Fasern, Kautschuk).

NE-Metalle

Table of non-ferrous metal prices (NE-Metalle).

Metalle

Table of metal prices (Metalle).

Metalle

Table of metal prices (Metalle).

Metalle

Table of metal prices (Metalle).

Metalle

Table of metal prices (Metalle).

Devisenmarkt

Table of foreign exchange market (Devisenmarkt).

Geldmarktsätze

Table of money market rates (Geldmarktsätze).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Nullkupon-Anleihen (DM)

Table of zero-coupon bonds (Nullkupon-Anleihen (DM)).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices of mortgage-backed securities (Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

Euro-Geldmarktsätze

Table of Euro money market rates (Euro-Geldmarktsätze).

TOUR DE FRANCE

Schotte Millar: Der Sieger wird englisch sprechen

Früher gab es bei der Tour de France eine sogenannte „Königsetappe“. Diese Bezeichnung verdienen diesmal mindestens fünf Abschnitte. Bis zum einzigen Ruhetag am nächsten Dienstag im Wintersportort Alpe d'Huez wird die Vorentscheidung gefallen sein. Davor türmen sich vor den Fahrern jeweils sechs Berge der höchsten und der ersten Kategorie auf, darunter die Tour-Klassiker Tourmalet (2115 Meter), Izard (2361 Meter), Granon (2413 Meter), Galibier (2460 Meter) und der Anstieg nach Alpe d'Huez (1880 Meter).

Nach elf Flachetappen und 1332 Kilometern beginnt für die Bergspezialisten und die Favoriten Bernard Hinault, Laurent Fignon (beide Frankreich), Greg Lemond (USA) und Stephen Roche (Irland) die Woche der Wahrheit. Der zierliche Kolumbianer Luis Herrera, vor den Pyrenäen mit 8:21 Minuten Rückstand viel besser als erwartet im Rennen, möchte wieder Bergkönig werden. „Ich konzentriere mich auf fünf Gegner: Hinault, Fignon, Lemond, Roche und den Schweizer Zimmermann, werde aber nicht überstürzen“, sagte der frühere Gärtner aus Bogota, der im letzten Jahr in Morzine und St. Etienne gewann.

Fignon, der im Vorjahr nach einer Achillessehne-Operation acht Monate nicht im Sattel saß und deshalb noch heute seiner Form von 1984 hinterherfährt, hat da kaum Bedenken: „Was will Herrera denn groß tun. Er hat ja nur noch vier Fahrer in der Mannschaft, die ihn unterstützen können. Er kann die Tour nicht gewinnen.“ Genauso äußerte sich Hinault, der wieder auf eine Allianz mit Ex-Weltmeister Lemond hofft.

Zwei, die Herrera nicht auf seiner Rechnung hat, fühlen sich auf seinem bevorzugten Terrain genauso zu Hause: Der Spanier Pedro del Gado, im Vorjahr Sieger der Spanier-Rundfahrt, und vor allen Dingen der Kapitän von Peter Post, „Panasonic“-Mannschaft, Robert Millar. Der kleine Schotte mit dem Diamant im Ohr, der sich bisher geschickt im Feld versteckte und Kräfte schonte, ließ über seine Absichten keine Zweifel aufkommen: „Das Bergkit interessiert mich nicht. Die Tour gewinnt diesmal jemand, der englisch spricht.“

Boris für Urlauber - enttäuschend

Wenn ein Deutscher nach Mallorca fliegt, dann kann das durchaus eine Geschäftsreise sein. Doch zur Zeit steht ihm wohl eher der Sinn nach Erholung. Boris Becker erfüllte mit seiner Reise auf die Ferieninsel dienstliche Verpflichtungen - und die vielen Urlauber aus seiner Heimat sollten für das Geschäft sorgen.

Der Tennistar bei seinem ersten öffentlichen Auftritt nach dem zweiten Sieg in Wimbledon, ausgerechnet auf Mallorca: 2800 Zuschauer, einige waren eigens aus Deutschland angereist oder vom spanischen Festland, zahlten bis zu 4000 Peseten (80 Mark) Eintritt für den „Palacio de Deportes“ in Palma de Mallorca. Das katalanische Fernsehen TV 3 übertrug live und zahlte dafür 64 000 Mark. Manuel Santana, Wimbledon-Sieger von 1966, hatte das alles organisiert und sich wahrscheinlich mehr versprochen als die 525 000 Mark Ein-

nahme. Rund 550 000 Mark müssen an die Spieler ausgezahlt werden. Der Sportpalast war mit seinen 3500 Plätzen noch nicht einmal ausverkauft. Und die deutschen Urlauber- und Becker-Fans waren am Ende enttäuscht. Becker (vielleicht eben doch eher in Ferien- als in Arbeitsstimmung) unterlag im ersten Spiel eines Schachturniers dem Schweden Hendrik Sundstroem mit 3:6, 6:7. Der erste Satz dauerte dabei nur 25 Minuten, dafür dann aber alle vier Tiebreak im zweiten Durchgang (13:11 für den Schweden) 20 Minuten.

Sundstroem, nach einer Verletzungspause auf Platz 79 der Welt-rangliste abgesackt, darf nun im Finale gegen den Spanier Emilio Sanchez antreten, der Thierry Tulasne aus Frankreich 6:1, 6:3 besiegte. Für Boris Becker, der für seinen zweitgrößten Auftritt rund 175 000 Mark kassieren soll, bleibt höchstens Platz

drei. Die schwedischen Urlauber werden zufriedener sein als ihre Strandnachbarn aus Deutschland.

Die sportliche Arbeit für die besten deutschen Tennisspielerinnen beginnt am nächsten Dienstag in Prag mit einer leichten Aufgabe. In der ersten Runde des Federation-Cups, der inoffiziellen Mannschaftsweltmeisterschaft, ist der Sieger der Begegnung Belgien gegen Finnland der Gegner. Das ergab gestern die Auslosung der Spiele. Die deutsche Mannschaft mit Steffi Graf, Claudia Kohde-Kilsch, Bettina Bunge und Claudia Porwik ist hinter dem Teams der USA und der CSSR (Tiefverteidiger) als Nummer drei gesetzt. Übersteht sie die erste Runde, gibt es gegen Brasilien, Rumänien oder Irland eine weitere lösbare Aufgabe. Auf die USA mit Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd trägt Deutschland erst im Halbfinale.

SPORT-NACHRICHTEN

Berthold nach Verona?

Rom (dpa) - Fußballprofi Thomas Berthold wechselt möglicherweise im Sommer 1987 von Eintracht Frankfurt zum italienischen Erstliga-Klub Hellas Verona. Während der italienische Rundfunk den Transfer gestern als sicher meldete, sagte Berthold, bei einer Besprechung am Sonntag in Verona sei „man einer Übereinkunft sehr nahe gekommen“.

Leistner macht weiter

Düsseldorf (sid) - Die zweimalige deutsche Eiskunsläuferin Claudia Leistner (21) aus Mannheim setzt ihre Karriere fort, nachdem Ondrej Nepela (CSSR), Olympiasieger von 1972, als neuer Coach für das Leistungszentrum in Mannheim verpflichtet werden konnte.

Box-Kampf abgesagt

München (sid) - Der Kampf um die Box-Europameisterschaft im Weltgewicht zwischen Titelverteidiger Lloyd Honeyghan und José Varela (Russische Föderation) ist wegen einer angeblichen Handverletzung des Engländers abgesagt worden. Der Manager des deutschen Meisters legte gegen die Verschlebung offiziell Protest ein.

Röhrl nicht zu Lancia

Regensburg (sid) - Der zweimalige Rallye-Weltmeister Walter Röhrl aus Regensburg hat das Angebot abgelehnt, nach dem Audi-Rückzug aus der WM bei der Rallye San Remo im Oktober einen Werks-Lancia zu fahren. Das Zuschauerproblem bei WM-Läufen sei nach wie vor ungelöst, sagte Röhrl. „Wenn ich jetzt doch wieder in ein 500-PS-Auto steige, werde ich doch unglücklich.“

Wiesel auf der FIFA-Liste

Frankfurt (sid) - Wolf-Günter Wiesel (Otterbergen) ist vom Deutschen Fußball-Bund auf die Schiedsrichter-Liste des Weltverbandes FIFA gesetzt worden. Der 38-jährige nimmt den Platz von Volker Roth (Salzgitter) ein, der seine Laufbahn nach der WM in Mexiko beendete.

Eugen Haas 70 Jahre alt

Düsseldorf (dpa) - Eugen Haas, Obmann und Manager des VfL Gummersbach, feierte gestern seinen 70. Geburtstag. In 38 Jahren formte Haas aus seinem Verein den erfolgreichsten Handballklub der Welt, der auf neun Europacup-Erfolge, zehn deutsche Meisterschaften und fünf Pokalsiege brachte.

ZAHLEN

WIK in Spanien, Zwischenrunde. Gruppe A: Kuba - Griechenland 74:82, UdSSR - Spanien 88:83, Brasilien - Israel 90:75. - Gruppe 2: Italien - Jugoslawien 78:102, USA - Kanada 77:85, Argentinien - China 97:80.

FUSSBALL. Freundschaftsspiele: TV 21 Böttingen - Blau-Weiß Berlin 0:11, FC Homburg - 1. FC Kaiserslautern 3:2, SC Eldersdorf - 1. FC Nürnberg 0:15.

TENNIS. Gates Cup (Junioren bis 21 Jahre) in Saloniki: Griechenland - Deutschland 6:2. - Einzelrangliste: Kabakoglou - Steeb 2:8, 2:6, Economou - Riglewski 1:6, 3:6, Glavas/Katsibis - Kühn/Brausch 3:6, 2:6.

KUNSTTURNEN. Goodwill Games, Zweifelpunkt: 1. Korlew 117,15 Punkte, 2. Mogilya 116,55, 3. Artemow (alle UdSSR) 116,43, 4. Kroll („DDR“) 116,05, 5. Chumseng (China) 115,13, 6. Teppelt („DDR“) 114,43.

HANDBALL. Goodwill Games, Frauen: UdSSR - Deutschland 26:20.

GEWINNQUOTEN. Lotto: 1: 1 595 204,90, 2: 133 933,70, 3: 7936,30, 4: 136,80, 5: 9,80. - Toto, Elferwette: 1: 324,40, 2: 21,30, 3: 3,80. - 6 aus 45: 1 unbesselt, 2: unbesselt, 3: 8998,90, 4: 127,90, 5: 9,80. - Rennquittent, Rennen A: 27,90, 2: 4,30, - Rennen B: 92,30, 2: 6,00. - Kombinationsgewinn: 78 245,30. (ohne Gewähr)

FUSSBALL / Trikot-Werbung in der Bundesliga

Hoechst gegen Bayer, BASF winkt noch ab

Deutsches Bier und deutscher Fußball gehören für Werbestrategen offensichtlich zusammen. Gleich vier Klubs der Fußball-Bundesliga lassen ihre Spieler in der Saison 1988/89 Trikots tragen, die mit einem Schriftzug den Gerstensaft anpreisen. Nach dem Aufstieg des FC Homburg ist die dort ansässige Karlsberg-Bräuerei, die bislang nur mit dem 1. FC Kaiserslautern warb, gleich zweimal in der höchsten deutschen Fußball-Klasse vertreten. Der 1. FC Nürnberg macht für „Patrizier“ Reklame, der VfB Stuttgart gibt sich alternativ und verwendet die Fans für das alkoholfreie „Sanwald Extra“ zu begeistern.

Ansonsten ist die Werbepalette bunter denn je. Spitzenreiter Bayern München kassiert vom Computerhersteller Commodore 1,1 Millionen Mark pro Jahr. Siebenstellig sind auch die Honorare für den 1. FC Köln (Daimon) und den Hamburger SV (BP). Borussia Mönchengladbach erhält von Erdgas zwischen 500 000 und 750 000 Mark, je nachdem wie erfolgreich das Team spielt. Zum ersten Mal und dazu vergleichsweise billig wirbt eine Hotelkette (Relexa) in der Profiligen: Neuling Blau-Weiß 90 Berlin gab seine Trikots schon für 280 000 Mark frei. Die wichtigsten Wechsel fanden in Bremen und Frankfurt statt. Der Trikothersteller Portas, zuvor schon Werbepartner von Kickers Offenbach, dem 1. FC Kaiserslautern und

STANDPUNKT

Die verblüffend schnelle Wandlung des FC Homburg

Irgendwann, irgendwie scheint sich das Herz nach Idyllie, läßt den Verstand im Abseits stehen. Selbstverständlich auch im Hochleistungs-sport, der so kühl geworden ist wie eine Registrierkasse. So ein wenig „ach, wie war das früher schön“, verbunden mit diebischer Freude, wenn ein Kleiner mit hausgemachten Rezepten einen der Großen an der Nase rumführt - das tut gut, immer wieder. Und so etwas schien denn auch zu kommen: Provinzstadt mit 43 000 Einwohnern, aber trotzdem höchste Spielklasse im Fußball, der Trainer singt zur Gitarre, wenn es Streit gibt, und der Mannschaftskapitän ist Polizeibeamter auf der Autobahnwache Kaiserslautern. Das alles heißt FC Homburg und war stolz auf sein Modell, Profitura nach Feierabend und gesunden, bodenständigen Einsatz erfolgreich zu mischen.

Und so, das sagten sie alle beim Aufstieg in die Bundesliga, sollte es nicht weitergehen. Ein Versuch, mehr nicht, das Scheitern lächelnd kalibriert. Herzzerrend sympathisch, ein Hauch von Seele in karger Gesellschaftslandschaft des Sports. Es war, so scheint es, doch nur der Traum von der Idyllie. Homburg ist Bundesligastadt und unterscheidet sich nicht von anderen, höchstens in der Einwohnerzahl. Zwei Polen wurden eingekauft (Buncel und Wojcicki). Jetzt hat der singende, harmoniepreisende Trainer Fuchs noch zwei andere Zugänge angekündigt, die zu allem und jedem passen könnten, nur nicht in die Heimat des modellhaften Versuchs, sich beschneiden und im besten Sinne amateurhaft durchzuschlagen.

Dieter Schatzschneider soll kommen, gescheitert in Hamburg und Schalke, Jimmy Hartwig soll ihn begleiten, ausgemistet in Köln und Salzburg. Zwei Marktschreier und Elektromaler in eigener Sache, Unberühmter aber eben als auf dem Spielfeld. Auch Homburg also ein Großhändler mit der Illusion, man müsse nur weißlos einkaufen, klotzen statt rechtchaffen kleckern, um den Abstieg zu vermeiden. Trainer Fuchs, der zur Gitarre spielt, wenn es Streit gibt, sollte schon mal ein paar neue Griffe auf dem Instrument üben. que.

Werbepartner der Vereine

Table with 2 columns: Club Name and Sponsor/Partner Name. Includes Bayern München (Commodore), 1. FC Köln (Daimon), Hamburger SV (BP), VfB Stuttgart (Sanwald extra), etc.

Im Urlaub: Auf diesen Wellen klingt es deutsch

An Nord- und Ostsee, in Dänemark, Skandinavien, England und Holland:

- Sender der Heimat: Auf Mittelwelle: Radio Bremen: 936 kHz = 320 m, Programm Hansawelle. NDR Hamburg: 972 kHz = 309 m, NDR Flensburg: 702 kHz = 427 m, NDR Hannover: 828 kHz = 362 m und NDR Kiel: 612 kHz = 490 m; Kiel nur bis 18 Uhr. Ab Einbruch der Dunkelheit: Europawelle Saar: 1422 kHz = 211 m, WDR Köln: 1593 kHz = 188 m, SWF Rheinsender: 1017 kHz = 295 m, HR Frankfurt: 594 kHz = 505 m.

Auf Kurzwelle: Deutschlandfunk (DLF) Neumünster: 1269 kHz = 238 m (werktags ab 19.30, sonntags ab 20 Uhr in Fremdsprachen), DLF Donebach/Odenwald: 153 kHz = 1960 m. Auf Kurzwelle: Deutsche Welle (DW) Köln: 6075 kHz im 49-m-Band (Schaltpause von 7.47 bis 8 Uhr) Rundstrahlung für Europa in Deutsch. DW: 3995 kHz im 75-m-Band (von 20 bis 7.47 Uhr), RIAS Berlin: 6005 kHz im 49-m-Band (rund um die Uhr), Radio Bremen und SFB Berlin: 6190 kHz im 49-m-Band (die beiden Anstalten teilen sich die Frequenz), BR München: 6085 kHz im 49-m-Band, SDR Stuttgart: 6030



kHz im 49-m-Band. Südwestfunk Baden-Baden (SWF 3): 7265 kHz im 41-m-Band.

Sender der Gastländer in Deutsch: Dänemark: kurze Nachrichten für Touristen werktags 9.30 Uhr (nur Juli und August): MW 1062 kHz = 282 m und über viele UKW-Sender.

Schweden: 22 bis 23 Uhr auf MW 1179 kHz = 254 m und den KW 9655 und 6065 kHz im 31- bzw. 49-m-Band. Finnland: Samstag 9 bis 9.30 Uhr auf MW 538 kHz = 538 m und 963 kHz = 311 m und LW 254 kHz = 1181 m. Samstag 20.30 bis 21 Uhr auf MW und LW wie oben.

England (BBC): 5.45 bis 6.30 Uhr auf MW 648 kHz = 463 m, 6.45 bis 7 und 17.15 bis 18 Uhr auf MW 1296 kHz = 231 m und 20 bis 21.45 Uhr auf MW 648 kHz = 463 m. Tips für Touristen: täglich 6.25 Uhr und (außer sonntags) 20.55 Uhr auf allen erwähnten Wellen.

Alle Zeiten in MESZ. Generell gilt: Empfang am Mittelwelle oft erst ab Dunkelheit; bei den Kurzwellen-Sendern dagegen besonders guter Empfang tagsüber. (MW = Mittelwelle, KW = Kurzwelle, LW = Langwelle) HERMANN JÄGER



Karlas Ehen: Die Polin Ewa Dalkowska (Foto) spielt eine Frau vom Lande, die durch zwei gescheiterte Ehen sich ihrer selbst bewußt wird; ein Reflektanz, an dessen Ende sie ihr Leben in die Hand nimmt. Sie kehrt in ihr Bergdorf zurück, aus dessen Isolation sie einst geflohen war. (ZDF, 22.40 Uhr) FOTO: ZDF

Nach Ratten Touristen

Die einen sagen, sie sei eines der letzten Paradiese in Europa, die anderen sprechen von einem verlorenen Paradies: die 12,6 Quadratkilometer kleine Insel Stromboli, zwischen Neapel und Sizilien gelegen, beherrscht von dem 928 Meter hohen Vulkan, dem Feuerberg. Seit Jahrtausenden speit er in gleichmäßigen Abständen glühendes Gestein mit der Regelmäßigkeit eines Uhrwerks über die Sierra del fuoco (die Aschenbahn) ins Meer. Manchmal aber bricht es aus ihm heraus, dann bebt die Erde und goldglühende Magma schwemmt im Meer.

Das ist der Grund, auf dem die Strombolianer leben. Das oft wütende Meer vor sich, den Berg im Nacken, so haben sie Jahrhunderte überstanden und einen Insulaner-Stolz entwickelt, den kein noch so arroganter Tourist brechen kann. Die ersten kamen in größerer Zahl vor wenig mehr als 20 Jahren, als die Insel und ihre Bewohner zum drittenmal in diesem Jahrhundert zerstört schienen. Der erste Zusammenbruch kam noch vor der Jahrhundertwende, als die sich ausweitende Dampfschiffahrt den Seglerhafen Stromboli - günstig zwischen Neapel und der Meerenge von Messina gelegen - überflüssig machte.

Die zweite Zerstörung bewirkte der Berg mit seinem gewaltigen Ausbruch 1936, der auch Menschenleben forderte; der dritte Einbruch kam als Folge des Zweiten Weltkrieges, als leihliche Not. Die Menschen versanken in eine Lethargie, die Elio Vittorini in seinem Buch „Gespräch in Sizilien“ mit den Worten umschreibt: „Das war das Schreckliche, die Ruhe in der Hoffungslosigkeit“. Wieder wanderten die Möhlen aus. Wo um 1900 noch 3000 Menschen gewohnt hatten, waren es 1980 noch knapp 300. In diese bislang letzte Phase des Niedergangs kamen die Touristen, angelockt vom hrodelnden Berg. Es kamen aber auch die ersten ständigen Gäste auf der Suche nach einer Oase der Ruhe. So fand die Insel seit Beginn der 70er Jahre einmal wieder einen neuen Anfang. Der Wiederaufbau verfallener Häuser brachte nicht nur neue Einkünfte, sondern eine neue Infrastruktur. Der Schweizer Maler Falk, der Freiburger Archäologe Professor Wegener, der amerikanische Schriftsteller Richard Mason oder der Turiner Architekt Nino Pozzati gehörten zu den Pionieren, die buchstäblich die Ratten aus den Ruinen vertrieben, den Konsens mit den Einwohnern behutsam suchten und auch fanden. Heute leben wieder rund 600 Einheimische aller Altersgruppen auf der Insel. Sie lernen eine neue Rolle, die buchstäblich die Ratten aus den Ruinen vertrieben, den Konsens mit den Einwohnern behutsam suchten und auch fanden.

KLAUS J. SCHWEHN

Vor allem US-Sender im Osten beliebt

Eine Umfrage (1985/86), die acht Institute in fünf westeuropäischen Staaten unter Besuchern aus der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien durchgeführt haben, bestätigt, daß westliche Rundfunksender als einzige freie Quelle der Information angesehen werden. Fast 6500 Leute wurden gefragt, ob sie Westsender, die in ihren Landessprachen Informationen ausstrahlen, hören. Das Ergebnis: 71 Prozent der Ungarn, 73 Prozent der Bulgaren, 78 Prozent der Tschechen und Slowaken sowie 69 Prozent der Rumänen und Polen gaben an, daß sie Westsender mehr oder weniger regelmäßig hören.

Die meisten nannten die beiden US-Sender an erster Stelle: Voice of America (VOA), die ihre Sitz in Washington hat, und Radio Freies Europa (RFE) in München. Solide hält sich seit der Nachkriegszeit mit mehr oder weniger unveränderten Hörerquoten die Londoner BBC. Die beiden westdeutschen Sender - die Deutsche Welle (DW) und der Deutschlandfunk (DLF) in Köln - sind zwar in der Tabelle - abgesehen von Radio Vatikan mit seinen fast ausschließlich religiösen Sendungen - meist abgeschlagen am Ende, konnten allerdings in einigen Empfangsländern an Hörern gewinnen. Wenn RFE von 34 Prozent in der Tschechoslowakei bis zu 81 Prozent in Rumänien, und die VOA von 23 Prozent in Ungarn bis 53 Prozent in Polen gehört werden, bewegt sich die Zahl der „Stammhörer“ der DW und des DLF bei 9 bis 15 Prozent.

Dabei konnte die DW in Staaten, wohin sie ihre Sendungen ausstrahlt, einige Prozentpunkte mehr als der DLF gewinnen. So erzielte der DLF unter allen Hörern von Westsendern in Ungarn einen Anteil von zehn Prozent (plus drei Prozent im Vergleich zur Umfrage 1984/85), in Polen neun Prozent (gleichbleibend) und in der CSSR neun Prozent (minus eins). Dazu muß allerdings festgehalten werden, daß in der CSSR alle westlichen Sender Hörer eingebüßt haben. Pluspunkte konnte die DW bei ihren beiden in Richtung Südosteuropa ausgestrahlten Sendungen verzeichnen. So stieg die Anzahl ihrer Hörer in Bulgarien - trotz der Störstrahlung von 13 auf 15 Prozent. Außer RFE haben in Bulgarien allerdings alle westlichen Sender mehr Hörer als in der Zeit der letzten Umfrage. In der CSSR, Polen und Ungarn gehören sind sehr viele Hörer zwischen 21 bis 30 Jahre alt, in Rumänien und Bulgarien 31 bis 40. Hoch ist auch die Zahl der über 61 Jahre alten Hörer.

R. STRÖBINGER

Mittwoch ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Table with 2 columns: Time and Program Name. Includes 9.45 Tagesschau, 10.00 Tagesschau, 10.05 Eine blaue Blume, etc.

WEST

Table with 2 columns: Time and Program Name. Includes 19.00 Aktuelle Stunde, 19.00 Tagesschau, 19.15 Licht für Dunkelheit, etc.

NORD

Table with 2 columns: Time and Program Name. Includes 19.00 Aktuelle Stunde, 19.00 Tagesschau, 19.15 Licht für Dunkelheit, etc.

SAT 1

Table with 2 columns: Time and Program Name. Includes 18.00 Captain Peters, 18.30 Lando, 18.30 Die deutsche Musikbox, etc.

3SAT

Table with 2 columns: Time and Program Name. Includes 18.00 Mittel-Z, 18.10 Weltereise, 18.20 SAT-Studio, etc.

RTL

Table with 2 columns: Time and Program Name. Includes 18.15 Regional 7, 18.20 Auto-Rate, 18.25 7 von 7, etc.

1683

Zeitungsleser

Deutschland, deine Sterne

VI. - Die Sorge, daß der historische Hintergrund des Deutschlandliedes nicht der Jugend vermittelt wird, scheint sich erledigt zu haben, seit Kreise, denen die Internationale genehmer ist, gegen den ersten Vers Sturm liefen. Sie haben ungewollt nicht nur die öffentliche Erinnerung dieses Hintergrundes veranlaßt und das Lied neu populär gemacht, sondern sie haben auch Theodor Eschenburg und Golo Mann zu der Antwort veranlaßt, daß "über alles" eben nicht "über allem" heißt. Es besagt also, daß man Deutschland über alles liebt. So weit, so verdienstvoll.

Nur hat Golo Mann in seiner feurigen Verteidigung einige andere Hymnen etwas zu hart mit der demgegenüber "zarten Lyrik" des Deutschlandliedes konfrontiert. Das erfordert doch eine eigene Klärung mit historischem Hintergrund. Daß die französische Hymne "aggressiv" sei ("Auf, ihr Kinder des Vaterlandes"), läßt sich vielleicht am Wortlaut behaupten, wenn auch kaum an in zwei Jahrhunderten geläuterten Worten; derselbe Vorwurf geht aber an "Gott erhalte unser gnädige König" vorbei. Und die "besonders blutrünstige amerikanische" Hymne, "wo das Blut strömt, die Granaten platzen und zum Schluß noch die Fahne steht", wird dem "Star Spangled Banner" nicht gerecht.

Francis Scott Key erwähnt Blut mit keinem Wort in seiner packenden Schilderung von Fort McHenry im nächtlichen Hagel der Bomben und Congreve-Raketen am 14. September 1814, als er mit einem Arzt, den er vor der Hinrichtung durch die Engländer gerettet hat, über die Bucht von Baltimore blickt und der halbblinde alte Mann immer wieder spärlich fragt: "Is the flag still there?" Keys Antwort, daß das Sternchenbanner noch immer über dem Land der Freien und der Heimat der Tapferen weht, ist gute Nachricht bis zum heutigen Tage für uns.

Londoner Intendanten

Reich durch Erfolg - das darf nicht sein

Es ist noch nicht lange her, da wanderten englische Regisseure mit hohem Marktwert zu den Fleischhauern amerikanischer Supermärkte. Die beiden Regie-Stars des britischen Theaters, Sir Peter Hall, und der Ko-Direktor der Royal Shakespeare Company, Trevor Nunn - haben dem Sog des Exoduses der Talente widerstanden. Es ist auch ihr Verdienst, daß ihre Bühnen zu den ersten der Welt gerechnet werden.

Hall, Oliviers Nachfolger als Chef der drei Bühnen des Nationaltheaters, und Nunn, Halls Nachfolger als Leiter (mit Terry Hands) der fünf Bühnen der Shakespeare Players, sind plötzlich unter Beschuß geraten. Als Chefs subventionierter Institutionen (und die sind im Königreich gar gesät) hätten sie mit Inszenierungen ihrer Theater im kommerziellen Sektor ganz groß abgehakt: Tantiemen in die eigene Tasche, bis zum Multimillionär.

Die Hamlet-Frage bei dieser Intendantenschele lautet: Müssen die Chefs subventionierter Theater wie Staatsbeamte immer fleißig und unbemittelt bleiben, oder dürfen sie mit Stippvisiten im kommerziellen Theater noch fleißiger und darüber reich werden? Rupert Murdoch's "Sunday Times" fand es bedenklich, wenn so ein großer Kulturmanager mit einem Bein auf öffentlich-rechtlichem, mit dem anderen auf privatwirtschaftlichem Boden steht.

Das Blatt kanzelte die beiden Großverdiener in England's Kulturbetrieb öffentlich ab und wirbelte so viel Staub auf, daß der für die Vergabe der öffentlichen Gelder verantwortliche Kunstirat zu einer Krisensitzung aufgeschreckt wurde. Hall und Nunn waren bei ihren Stippvisiten fleißig außerordentlich erfolgreich und hatten eine glückliche Hand: Hall mit Peter Shaffers "Amadeus", den er nach der Londoner Uraufführung zu einem lukrativen Dauerbrenner am Broadway machte, der ihm 2,8 Millionen Mark einbrachte.

Trevor Nunn verdient an der Übernahme des Musicals "Les Misérables" vom eigenen Haus im Londoner Barbican durch eine kommerzielle West-End-Bühne. Nunn hat bei dreimonatigem Urlaub vom Amt "Cats" in London und New York zum Hit inszeniert und auch mit Lloyd Webbers Musical "Starlight Express" ein Vermögen verdient.

Beide Intendanten klagten gegen die Zeitung wegen Rufschädigung. Da die von Hall und Nunn bei den Kommerzialisierungen erzielten Erfolge ihren Theatern nicht geschadet, aber sehr genützt haben, wartet man in England jetzt gespannt darauf, ob Hall mit seinem Verdacht recht hat, hinter der Intendantenschele stecke ein Hieb gegen den subventionierten Kulturbetrieb. SIEGFRIED HELM

Komponistinnen - verkannt oder nur unbegabt?

Wenn Kinder beim Luxusberuf stören

Das Defizit der Frau im Komponistenberuf ist erst durch feministische Bewegungen zum Diskussionsgegenstand geworden, obschon der Sachverhalt in der Neuen Musik keineswegs mehr so eindeutig ist und berühmte Komponisten weiblichen Geschlechts sind: Nadia Boulanger, Germaine Tailleferre, Grazyna Bacewicz, Tona Scherchen, um nur die bekanntesten zu nennen. Trotzdem bleibt die Frau - in Deutschland noch stärker als anderswo - unterrepräsentiert. Um diesen Sachverhalt zu erklären, gibt es verschiedene, einander ausschließende Interpretationen.

● Geschlechtsverdrängung: Komponierende Frauen hat es zu allen Zeiten gegeben, sie wurden aber abgetan und nicht zur Kenntnis genommen; ● Unterdrückung: Immer wieder wurde kreativer Frauengeist von eifersüchtigen Männern - Vätern, Brüdern, Ehegatten - entmündigt, von den biologisch-sozialen Belastungen der Frau ganz abgesehen. Felix Mendelssohn hat seiner Schwester Fanny, Gustav Mahler seiner Frau Alma das Komponieren verweigert.

● Stichwort "Frauenmusik": Weibliches Komponieren folgt eigenen Gesetzen, die sich dem männlich geprägten Musikbegriff entziehen. Für jede dieser Interpretationen lassen sich Belege finden; umfassend überzeugen kann eigentlich keine. So bleibt nichts, als sich dem Vorurteil zu stellen und den Kampf aufzunehmen: Komponistinnen der Geschichte bekannter zu machen und den Lebenden mehr Gehör zu verschaffen.

Dieser Aufgabe verschrieb sich jetzt die Heidelberger "Gesellschaft der Freunde der Kammermusik", die auf der Bergstele Dilsberg jährlich Konzerte veranstaltet, zusammen mit den 1978 gegründeten "Arbeitskreis Frau und Musik" und der Künstlerinnengesellschaft Gedok. Ein viertägiges Festival mit Konzerten, Vorträgen und Diskussionen galt Komponistinnen, und über zwei Jahre soll der "International Congress on Women in Music" auf dieser Bergstele oberhalb des Neckars stattfinden.

Eine Trutzburg soll es schon, aber ein Ghetto will es nicht sein: Männer waren zugelassen als Mitwirkende wie als Mitorganisatoren und Disputanten, als der allerdings der Komponist Robert Wittinger beinahe zerrissen worden wäre, als er gegen gewisse feministische Weiblichkeitsplädiers und dargelegte, männliche Komponisten hätten es genau so schwer, machten nur nicht so viel davon her.

Mit Operaufträgen und Preisen eingedeckt

Mehr Realität in die Diskussion bringen dann die Selbstauskünfte der anwesenden jüngeren Komponistinnen: Violetta Dinescu (über ihre Opernpremiere "Hunger und Durst" berichtete die WELT am 6. 11. 85), von Adriana Hölzky (gerade in einem Komponisten-Workshop bei den Darmstädter Ferienkursen beschäftigt, an der Stuttgarter Musikhochschule lehrend) und Susanne Erding: Alle drei mit Operaufträgen eingedeckt, fleißig komponierend und Preise empfangend, kennen sie das Problem der diskriminierten Komponistin eher aus Verlautbarungen als am eigenen Leib.

Wie denn überhaupt - so ein Fazit in der Diskussion - das Verständnis für die Problematik in der jüngeren Generation abhandeln kommt, weil

Schallplatte: Japans Jazz-Trompeter T. Kondo

Klänge wie Farbkleckse

In wenig Cool Jazz, ein bisschen Funk und schillernde Discoklänge. Das Ganze untermischt mit einigen fernöstlichen Klängen: Das ist der Cocktail, den der japanische Trompeter Toshiro Kondo auf seinem Album "Tahen" serviert (Jaro 4124). Und über allem, vor allem und hinter allem dominiert der harte Rhythmus des Schlagzeugers Cecil Monroe und Percussionisten Kiyohiko Samba.

Dennoch sollte man die Ohren spitzen, denn das beim ersten Hören wie eine wichtige Rhythmusmaschine über den Zuhörer hereinbricht, erhält einige Feinheiten, die zum Überhören zu schade sind. So improvisiert Kondo seine Trompetenpartien häufig unabhängig vom rhythmischen Gerüst, was den Titelchen werden den Songs untermischt, asiatisches Schlagwerk wird hinzugefügt, und so entsteht fernöstlich-abendliche Fusion-Musik. Selbst Heul- und Quetschklänge vermögen die Grenzen der Musik nicht zu sprengen, denn der Rhythmus ist das eherne Skelett.

Entloßt vom musikalischen Belwerk entpuppen sich Kondos Melodien als recht einfache Konstrukte. So kommt er im Titelsong mit einem viertaktigen Motiv aus, das sich leitmotivisch durch das gesamte Stück zieht. Nach dem gleichen Schema ist auch "Takao Blues" aufgebaut, in dem Kondo immerhin zwei Wiederholun-

sich die Verhältnisse wandeln. In den USA sind von rund 10 000 registrierten Komponisten der "ersten Musik" 1500 bis 2000 Frauen; in Polen wirken etwa 200 Komponistinnen.

Aus der älteren Generation bezugte die 1925 geborene, aus Hamburg stammende Hindemith-Schülerin Ruth Schonthal ein Schicksal, wie es für die jüdischen Emigranten ihrer Jahrgänge typisch ist: Aktiv in der Neuen Welt schaffend und angesehen, bleibt sie im Thema ihres Komponierens (und ihres virtuosens Klavierspiels) der verlorenen Heimat verpflichtet. Da klingt es nostalgisch nach Schumann und Mahler, nicht ohne daß Clusters und Klavierpräparationen im Stile Henry Cowells diese Idylle konsequent konträrkieren.

Tönendes Tagebuch aus dem Blickwinkel der Frau

Ist solches Komponieren "typisch weiblich"? Eher sind es dann die spezifischen Blickwinkel und Erfahrungen einer Frau, wenn sie in ihren "Fragments from a Woman's Diary" unter anderem Kinder porträtiert, und zwar ungezogene. Jedenfalls: In Ruth Schonthal lernte man eine Komponistin kennen, von deren Sprache man auf der Szene der Neuen Musik bisher nichts erfuhr.

Wie war das nun mit den Komponistinnen der Vergangenheit? Auf Johanna Kinkel, Bonner 48er-Revolutionärin und auch Schriftstellerin im Bettina-von-Arnim-Kreis, stieß die Musikwissenschaftlerin Eva Weissweiler schon als Bonner Studentin. Gleichwohl mag man sich fragen, ob sie nicht doch als begabte Dilettantin zu Recht in Vergessenheit geraten ist. Nicht so bei Johanna Kinkels musiktheoretischen Arbeiten: In ihrem Chopin-Aufsatz lassen völlig unzeitgemäße, weit vorausweisende Gesichtspunkte aufhorchen.

Als Komponistin weithin unentdeckt ist die Venezianerin Barbara Strozzi (1619-1694), als Buxtehude-Zeitgenossin ein Vulkan an geistvoller, auch karikatüristischer Musikalität, an motorischer Belebung des Satzes, die auf Vivaldi und Bach vorausweist, kurzum: ein künstlerisches Temperament, das sich nicht in Zeitgebundenheit erschöpft. In diesen frühen Zentren ökonomischer Blüte gab es für die kreative Frau durchaus Gleichberechtigung, und so entwickelte sie sich in Venedig Barbara Strozzi, in Florenz Francesca und Settimia Caccini.

Was aus der komponierenden Frau wird, hängt also großteils auch von den kulturellen Umständen ab. Schließlich ist Komponieren ein Luxusberuf, der meist kein Geld bringt - oft waren es Aristokratinnen, die sich ihm verschrieben, wie die Bach-Enkelschülerin Prinzessin Anna Amalia von Preußen. Wie sehr er von Umständen abhängt, demonstrierte sich unfreiwillig: Violetta Dinescu und Adriana Hölzky, derzeit Konservatorinnen am Bukarester Konservatorium, hatten sich sehr gefreut, ihre verehrte Lehrerin Myriam Kaminer wiederzusehen. Sie war eingeladen, und man wartete bis zur letzten Minute, um schließlich zu erfahren, sie habe kein Ausreisewissen bekommen. Es sind offenbar nicht mehr so sehr die Ehemänner oder Brüder, die der komponierenden Frau den Weg verstellen, als vielmehr die Funktionäre. DETLEF GOJOWY



"All American Girl" als gleichbleibendes Motiv, doch je nach Land wechselnde Spracher: Zwei Coca-Cola-Plakate aus der Pariser Ausstellung

Erinnerung an Raymond Loewy: Paris zeigt Coca-Cola-Plakate aus 100 Jahren

Ein Ober auf Skiern serviert eiskalt

Bis Anfang Oktober läuft im Pariser Museum für Werbewesen, wie das frühere Plakatmuseum inzwischen heißt, eine Plakatausstellung, die einem Produkt gewidmet ist, das den "American Way of Life" ebenso mitgeprägt hat wie es zum Sinnbild desselben geworden ist: Coca-Cola.

Unvermittelt ist diese heitere Ausstellung nun auch zu einer Huldigung an den Designer Raymond Loewy geworden, der vorgestern 93jährig in Monaco gestorben ist. Loewy, ein Amerikaner aus Paris, nämlich war es, der das wichtigste Markenzeichen von Coca-Cola entworfen hat: die Flasche mit ihren Rundungen von speziellem Appeal, die als Trademark gegen Nachahmungen geschützt wurde. Loewys Devise war auch Titel eines seiner Bücher: "Häßlichkeit verkauft sich schlecht". Der Pionier des modernen Industriedesigns lieferte übrigens auch Shell und den amerikanischen Greyhound-Bussen ihre Signale, entwarf die Studebaker-Strassenkreuzer und wirkte bei der inneren Gestaltung der Apollo-Raumkapseln wie des Skylab mit.

Die 100jährige Erfolgsgeschichte von Coca-Cola ist nicht zuletzt eine Story

erfolgreicher Werbung. Public Relations - konsequent zum Aufbau eines Markenimages genutzt. Firmenpräsident Asa Chandler machte sich bereits 1906 stark für verbesserte Arbeitsbedingungen, so trat er für das Recht auf Pause am Arbeitsplatz ein, mit Coca-Cola, versteht sich. Und für die weltweite Verbreitung von Coca-Cola sorgten ganz nebenbei die GIs, denen man ihr Leib- und Magengetränk vorwegschickte.

Für die Künstler von Coca-Cola, die die Vorlagen für die Plakate immer zuerst in Öl malten, waren die Kriegsjahre Anlaß für eine umfangreiche, auf dem heimischen Kontinent in unzähligen Variationen. Dank der GIs, die, wo immer sie ihren Fuß hinsetzten, auch den "Beaulouis von Texas" mitführten, fand Coca-Cola auch in Europa eine immer weitere Verbreitung. Mag man auch den Slogan vom gesunden, erfrischenden Getränk nicht mehr so ganz ernstnehmen, vor den zwischen 1940 und 1960 entstandenen, unverändert den Typus des All American Girl repräsentierenden Coca-Cola-Schönheiten mit ihrem Gesundheits- und Optimismus aus-

strahlenden Zahnpaste-Lächeln wird man doch leicht unsicher. Damit beweist sich die Überzeugungskraft von Männern wie Archie Lee, der 50 Jahre lang die Konzepte der Coca-Cola-Werbung bestimmte und dafür Künstler wie Haddon, Wyeth, Sundblom und Norman Rockwell gewann, die mit ihren aus dem Leben gegriffenen Szenen dem Hyperrealismus den Weg bahnten - so wie Andy Warhol und die Adepten der Pop-Art wieder auf Coca-Cola als Symbol der Konsumgesellschaft zurückgriffen.

Zufall oder Absicht - einzig die kleine Schweiz wagte es, aus der alle nationalen Unterschiede ausradierend, globalen Werbekampagne auszuscheren. Herbert Leupins Plakat aus den fünfziger Jahren zeigt einen "Herrn Ober" auf Skiern den Berg hinunterflitzen, fünf Coca-Cola-Flaschen auf dem leger hirschkornierten Tablett balancierend. Aus der Jukebox der 50er Jahre ertönen derzeit die Andrews Sisters mit "Rum Coca-Cola".

BEATRICE SCHAFFHAUSER
Musée de la Publicité, bis 13. Oktober; Broschüre 20 Franc; Buchkatalog (Editions Denoel), 298 Franc

Frankreichs Wagner-Mekka: „Tannhäuser“ im Théâtre antique von Orange

Die Pilgerfahrt endet im Venusberg

Die Wiedereröffnung des Antiken Theaters in Orange 1971 mußte in Frankreich eigentlich als nationale Großtat gefeiert werden, denn immerhin bietet sie der ungeheuren Wagner-Begeisterung der Franzosen genügend Nährboden, kanalisiert zu dem eine Nachfrage, die von Bayreuth kaum befriedigt werden kann. "Tristan und Isolde", "Der fliegende Holländer", "Die Walküre" und "Lohengrin" standen in den letzten Jahren auf dem Programm. 1987 wird neuerlich der "Holländer" gebracht und 1988 dürfte sich die französische Wagnergemeinschaft zu großen Pilgerfahrten in den Süden aufmachen, wenn an vier Juli-Wochenenden der komplette "Ring" unter Marek Janowski auf dem Programm steht.

Doch das ist noch Zukunftsmusik, bis dahin wird man sich nochmals gründlich nach einem geeigneten Konzept umschauen müssen. Denn was jetzt beim "Tannhäuser" Jacques Karpo und sein Ausstatter Jean-Noël Lavesvre auf der über 60 Meter breiten und nur 13 Meter tiefen Bühne als Inszenierung abblitzen, lag deutlich unter der Toleranzgrenze selbst der nachsichtigsten Wagnerianer.

Nun ist es sicherlich schwer, vor der fast 40 Meter hohen Abschlußmauer - für Ludwig XIV. war sie schlichtweg "die schönste Mauer des Königreiches" - und deren noch rudimentär erkennbarem fünfgeschossigen Wandgliederung Warburgtal und Venusberg entstehen zu lassen. Als deutliches Wegwerfprodukt für eine einmalige Aufführung wies sich denn

der bemalte Styroporhauften, den Lavesvre auf der Bühne ausgeschüttet hatte.

Die biedere Sinnfälligkeit der Einheitsdekoration, hier Madonna - dort Venus, dürfte kaum zu übertraffen sein. Und die schliefen Pappspulen neben den marmornen Überresten einer festlichen Inkarnation zeugen von ausgeprägtem Selbstbewußtsein. Was Karpo dagegen eingefallen war, hätte eigentlich nie das Bühnenlicht erblicken dürfen. In den gelungensten Momenten erlebte Slezaks Opernführer eine unfreiwillige Neuaufflage. Ansonsten ging es zu wie in einer ausgerangten Geisterbahn.

Dabei fehlte es Karpo nicht an Ideen. Bereits das Vorspiel wurde in aller Deutlichkeit ausinszeniert. Da marschierten die Pilger von links nach rechts über die Bühne, Tannhäuser warf sich zu brünstigem Gebet nieder, worauf Frau Venus erschien und ihn in ihrem weiten roten Satinmantel einhüllte. Da wollten die Pilger natürlich nicht zurückstehen, kehrten eilends zurück, warfen ihre Kittel ab und hetzten sich, jetzt lauter junge Mädchen und Knaben, mit einer merkwürdigen Sexgymnastik ab.

Mitten im größten Durcheinander erscheint eine schwarz verblühte Gestalt - Elisabeth, die nur noch die Hände über dem Kopf zusammenschlagen kann und ein Überpensum an verzweiflungsvoll ringenden und leidenden Betagten vor der Madonna ausführt. Tannhäuser zuckt hilflos mal zu dieser, mal zu jener und fällt schließlich in den Schoß der Venus

zurück. Wenn das darstellerische Vermögen der Sänger, wie im Falle des Tannhäusers, mit den Fähigkeiten der Inszenierung Schritt hält, wird jede Pawlatschenbühne mit ihrer Nestroy-Parodie ins Abseits gedrängt.

Erwin Stephan, der Jungtannhäuser, auf den die größeren zur Nachricht gezwungenen Bühnen gewartet haben dürften, speiste die Göttin der Liebe mit einigen müden verquollenen Tönen ab und seine in der Höhe sicheren Phrasen setzt er auch im Verein mit den Wartburg-Wettreitern nur sparsamst ein. Was eine wirkliche Bühnenfigur ist, zeigten ihm seine beiden Kolleginnen.

Natürlich wird bei beiden der Gesang etwas kalkulierter eingesetzt, muß die überragende szenische Präsenz ausheulen, wenn sich Grauschleier auf die Stimmblätter legen, aber dem kostbaren Timbre von Grace Bumhry Venus muß jeder Tannhäuser ebenso verfallen wie Leonie Rysanek (Elisabeth) ewig blühender Mädchenhaftigkeit.

Hätte Kaiser Augustus, unter dessen Standbild die Aufführung stattfand, die Wahl gehabt, er hätte aus dem Preissieger der Wartburgunde wahrscheinlich Bernd Welks Wolfram als Statthalter inthronisiert und den Landgrafen (Viktor van Halem) auf Altenteil gesetzt. Unter dem sicheren, Impulse gebenden Christof Prick fand das Orchester National de France zu einer mäßig inspirierten Wiedergabe, die durch die Choeurs de Radio France an Glanz gewann.

ROLF FATH

500 Zeichnungen und Objekte von Markus Raetz im Kunsthaus Zürich

Trickfilmmännlein, Netzhauttänzer



Markus Raetz: Zeichnung ohne Titel, aus der Zürcher Ausstellung

Außerhalb der Kunstmoden hat der 45jährige Berner Markus Raetz ein eigenständiges und vielfältiges Werk geschaffen. Das belegt das Kunsthaus Zürich mit einem Überblick über Arbeiten von 1962 bis 1986. Im geschicht der Stellwände und Nischen ungeteilten großen Bühnensaal wird der Besucher an thematischen Leitlinien zu fast fünf hundert großen und kleinen bis kleinsten Zeichnungen, Malereien, Wandinstallationen und Objekten geführt.

Den Einstieg bildet ein Werk, das mit anatomischen Effekten spielt. Der Künstler hat an den Wänden scheinbar chaotisch kleine Aststücke befestigt; dazwischen und an den Fensterscheiben befinden sich Spiegel. Je nach Standort des Be-

trachters fügen sich die böhlernden Linien an der Wand oder im Spiegel zu menschlichen Köpfen.

Dieses Spiel mit vorgefundenen Formen aus der Natur wird fortgesetzt mit "Wandzeichnungen" aus Bryozoenzweigen oder Eukalyptusblättern bis zu dem riesigen Bilderzettel "Neapeltrief". Aus nichts als drei kleinen Ulmenästen wachsen die sinnlichen Formen von "Eva", und am Boden schläft, aus großen Balken gefügt, die rührende "Mimi".

Dieselben sparsam gesetzten, makellosen Linien erwecken auch in den Pinsel- oder Federzeichnungen geheimnisvolle Poesie. In unendlichem Bilderfluß verwandelt sich Vertrautes in Verblüffendes, lösen sich Landschaften auf in hell-dunklen Flecken-

JOURNAL

Lindenoper eröffnet mit „Euryanthe“

Nach fast einjähriger Schließung wegen Rekonstruktionsarbeiten wird die Deutsche Staatsoper Unter den Linden in Ost-Berlin am 15. November mit der Premiere von Carl Maria von Webers „Euryanthe“ wiedereröffnet. Im Anschluß daran plant die Oper drei weitere Premieren: Janáček's „Jenufa“, Henzes Ballett „Undine“ und die Uraufführung der „Büchner-Oper“ von Friedrich Schenker. In dem 1742 eingeweihten Knobelsdorff-Bau werden insbesondere technische Umrüstungen im Bühnenbereich vorgenommen sowie architektonische Details denkmalpflegerisch erneuert.

Geschichte der Diven von Malibran bis Callas

„Diva - Weg eines Mythos“, ist der Titel einer Ausstellung, die das Musée d'Art et d'Archéologie in Montpellier bis 14. September zeigt. An Hand von 200 Kostümen, Gebrauchsgegenständen, Bildern und Photos will Sergio Segalini zeigen, wie Anfang des 19. Jahrhunderts in Europa, vor allem mit den Opfern von Rossini, die Diva entstand, und in welchen Formen sich der Mythos ausdrückt hat bis zu Maria Callas. Erinnert wird an die Malibran, die Crisi, die Sontag, Pauline Viardot und andere. In Paris wird die Ausstellung vom 5. Oktober bis 2. November zu sehen sein.

Wandmalereien Heckels werden restauriert

Jahrzehntelang vernachlässigte Wandmalereien des Expressionisten Heckel werden gegenwärtig zum 100jährigen Bestehen der Erfurter Angermuseum im Oktober restauriert. Zwischen 1921 und 1923 hatte Heckel einen als Lager genutzten mittelalterlichen Raum des Museums mit den Lebensstationen aus der Welt des Mannes und der Welt der Frau ausgemalt. Ende der zwanziger Jahre wurden die freskenähnlichen Gemälde durch Nässe bedroht. Heckel nahm 1931 eine provisorische Restaurierung vor. Als er von den Nazis 1937 als „entarteter“ Künstler eingestuft wurde, blockierte die damalige Museumsdirektorin Magdalena Rudolph den Zugang zu dem ausgemalten Raum und rettete so die Fresken, während rund 700 andere Werke Heckels verschwanden.

Stadtbildhauer sollen Skulpturenpark schaffen

Im Herbst dieses Jahres wird erstmals der Wettbewerb „Stadt- bildhauer von Hanau“ ausgetragen. Mit dieser Aktion will die Stadt die barocke Parkanlage von Schloß Philippsruhe langfristig in einen Skulpturenpark umgestalten. Der künstlerische Leiter des Wettbewerbs, Claus Bury, hat Michael Krauss, James Reinkeing und Klaus Simon eingeladen, jeweils ein mit 20 000 Mark geförderter Kunstwerk zu schaffen. Eine Jury wird die Skulpturen prämiieren und damit den Stadtbildhauer bestimmen.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Mitunter klappert es also doch, daß man sein Geld im Schlaf verdient. Der junge Graham fällt nach einer Periode quälender Schlaflosigkeit in eine Art Koma, aus dem er 200 Jahre lang nicht mehr aufwacht. Zu Beginn seines Durerschlafes verfügte er über ein kleines Vermögen, das sich im Lauf der Zeit zu einem immensen Vermögen vergrößert hat. Als er aufwacht, genauso jung und unbefriedigt wie zu jenem Zeitpunkt, da er einschlieft, ist er zum reichsten Mann der Welt geworden. H. G. Wells' 1899 veröffentlichter Roman ist nicht nur eine spannende Science-fiction-Geschichte, sondern auch eine Parabel über die Chancen des Menschen in einer unumschließbar werdenden Welt. no H. G. Wells: „Wenn der Schläfer erwacht“. Ullstein, 256 Seiten, 7,80 Mark.

500 Zeichnungen und Objekte von Markus Raetz im Kunsthaus Zürich

Trickfilmmännlein, Netzhauttänzer

Außerhalb der Kunstmoden hat der 45jährige Berner Markus Raetz ein eigenständiges und vielfältiges Werk geschaffen. Das belegt das Kunsthaus Zürich mit einem Überblick über Arbeiten von 1962 bis 1986. Im geschicht der Stellwände und Nischen ungeteilten großen Bühnensaal wird der Besucher an thematischen Leitlinien zu fast fünf hundert großen und kleinen bis kleinsten Zeichnungen, Malereien, Wandinstallationen und Objekten geführt.

Parkplätze - ewiges Problem in der Ewigen Stadt

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom
In Rom geht der Schrecken auf Ausweitung um. Der Ewigen Stadt, so wird behauptet, sollen die Inneren herausgerissen werden, um in ihrem von der Geschichte geheiligten Leib Platz zu schaffen für profane Tiefgaragen. Ein soeben publik gemachtes Projekt, mit dem die Stadtverwaltung die drohende Erstreckung Roms durch Tausende und aber Tausende von parkenden Autos abzuwenden hofft, hat sofort die Archäologen und Altertumsforscher auf den Plan gerufen.

Wie kaum in einer anderen Weltmetropole werden in Rom strahlender Glanz und tiefer Schatten von derselben Sonne bestimmt: Die Geschichte ist das Schicksal der Stadt. Sie ist Fundament ihrer Größe, gleichzeitig aber auch das goldene Gefängnis ihrer Bewohner.

Ausbau der Verkehrsnetze durch Funde blockiert

Beim Verkehr fängt das an und beim Fast Food hört das keineswegs auf. So wurde der dringend notwendige Bau eines modernen U-Bahn-Netzes jahrzehntlang immer wieder durch archäologische Funde bei den Ausschachtungen blockiert. Sogar die Einrichtung einer „Hamburgeria“ an der Piazza di Spagna stieß wegen der dadurch angeblich bewirkten Veränderung der überkommenden Atmosphäre auf erbitterten Widerstand.

Jüngstes Beispiel ist die Diskussion über den Bau von 40 Tief- oder Hochgaragen im historischen Stadtzentrum. Der Promotor des Projektes ist der christdemokratische Stadtrat für Verkehr, Massimo Palombi. „Rom muß schnellstens und möglichst mit wenig Geld Raum schaffen. Die Autos sind überall. Sie haben die schönsten Plätze besetzt, sie verschandeln die berühmtesten Straßen, belagern Fußgängerinseln und Bürgersteige. Beseitigen kann man sie nicht, unter die Erde schicken aber sehr wohl.“

Autofahrer sollen Garagen selbst finanzieren

Seln Vorschlag, der von Bürgermeister Signorello bereits gebilligt worden ist, läuft auf die Schaffung vorwiegend unterirdischen Parkraums in den am meisten betroffenen Vierteln der Innenstadt hinaus, etwa an der Statione Termini, am Parlamentsplatz, am Tiberufer und auf der Tiberinsel, an der Piazza del Popolo, um St. Peter und auf dem Lateran.

Das eine große Hindernis für die Verwirklichung dieses Projektes meint Palombi leicht umgehen zu können. Der Stadtkasse, die chronisch leer ist, sollen so gut wie keine Kosten entstehen. Zahlen sollen die Autobesitzer selbst. Dazu sollen sie sich in Konsortien zusammenschließen. Angehlich gibt es bereits genügend Interessenten.

Das andere Hindernis wird, wenn überhaupt, schwerer zu nehmen sein, denn mit ihm kommt wieder die Geschichte Roms ins Spiel: Sobald die Bagger bei den Erdarbeiten auch nur auf Spuren alter Mauerreste stoßen sollten - was mehr als wahrscheinlich ist - mußte zunächst die Arbeit eingestellt werden. Die Superintendentur für die Altertümer hat bereits kompromißlose Kampfbereitschaft signalisiert und es scheint keineswegs sicher, daß man mit dem Plan, die fünf bis sechs Meter dicke „archaische Schicht“ einfach zu untergraben, Erfolg haben wird.

Großbritannien fiebert der Hochzeit des Jahres entgegen / Prinz Andrews Braut Sarah Ferguson strahlt Natürlichkeit aus

Erfrischende Erscheinung in der königlichen Firma

REINER GATERMANN, London
Königin Elizabeth II. kann sich glücklich schätzen. Heute in einer Woche, am 23. Juli, bekommt ihre „Firma“ - so bezeichnet sie gerne ihre Familie - eine neue Mitarbeiterin, die während ihrer nur viermonatigen „Lehrzeit“ so viele Sympathien erworben hat, daß man sie schon jetzt als „sehr wertvollen Zugang“ bezeichnen kann: Sarah Ferguson.

Entdeckt wurde die 26jährige vor fast genau einem Jahr bei einer Filiale der königlichen Familienhilfen, der Rennwoche in Ascot, von Prinz Andrew, dem zweitältesten Sohn der Queen, an vierter Stelle in der Thronfolge. Kurz vor Weihnachten stellte Andrew offenbar fest, daß er nach langer Suche, vorzugsweise unter Fotomodellen und Filmsternen, nun „die Richtige“ gefunden habe. Ende März fragte er schließlich die vier Monate ältere Sarah Ferguson, ob sie als seine Partnerin in die „Firma“ eintreten wolle, und am kommenden Mittwoch wird sie in den Klängen von Elgars „Imperial March“ in die Westminster Abbey einziehen, um diesen Pakt vor 1800 direkten Zeugen und zighundert Millionen Fernsehzuschauern in aller Welt offiziell zu besiegeln.

„Wir sind ein gutes Team“, beschrieb die Braut ihren Bund mit dem Prinzen, und damit scheint sie die Wahrheit gesagt zu haben. Obwohl noch nicht Mitglied der königlichen Familie, nahm sie seit März schon etliche offizielle Termine wahr, von der Schifftaufe bis zur Eröffnung einer Ausstellung von Fotografien ihres künftigen Mannes.

Schon bei diesen ersten Auftritten der künftigen Prinzessin Andrew, so ihr protokollarischer Titel (den sie übrigens am liebsten vermeiden möchte), drängt sich ein Vergleich mit Prinzessin Diana auf. Ein Vergleich, der nicht sonderlich fair ist. Als Diana vor fünf Jahren als 20jährige Prinz Charles, den Thronfolger, heiratete, war sie „shy Di“, die schüchterne Diana.

Anders Sarah Ferguson: In der Schule avancierte sie schnell zur Schülersprecherin, heute ist sie eine weitgehend selbständig für einen Kunstverlag arbeitende Akquisitörin, eine Aufgabe, die sie auch nach der Hochzeit nicht aufgeben möchte.

Erst im Herbst vergangenen Jahres zerbrach ihr Verhältnis zum 22 Jahre älteren Paddy McNally, Niki Laudas früherem Manager. In diesen „persönlichen Erfahrungen“ sieht denn auch Harold Brooks Baker, Herausgeber von Burke's Adelskalender, eine Gefahr für die königliche Familie, damit würde sie in Zukunft verletzbarer sein. In diesem Zusammenhang kein Wort über die Eskapaden des Prinzen. So wie es jetzt aussieht, dürften zumindest die beruflichen Erfahrungen der Andrew-Braut der „Firma“ zum Vorteil sein. Selbstsicher, humorvoll, aufmerksam, oft zu spontanen Bemerkungen aufgeleg, ist „Fergie“ zum Liebling des Volkes geworden.

Das Paar beweist immer aufs neue, daß es zu „unkonventionellen“ Schritten bereit ist. So beauftragte Sarah die weitgehend unbekannt Designerin Linda Cierach mit dem Entwurf ihres Brautkleides und bei der Wahl des offiziellen Hochzeitstografen entschieden sie sich nicht etwa für einen aus der Familie, Lord Snowdon oder Lord Lichfield, sondern für den Schotten Albert Watson (43), dessen Bilder Andrew in New York tief beeindruckt hatten.

Und schließlich reizte die moderne, mitten im Berufsleben stehende Sarah die Feministinnen innerhalb und außerhalb des Parlaments mit ihrem Beschluß, dem seit 1662 geltenden Trauungsritual zu folgen, in dem sie ihrem Mann auch verspricht, ihm „zu gehorchen“. Einen Passus, den Prinzessin Diana ausließ und dessen Wiedereinführung die Labour-Abgeordnete Clare Short als „schlimm“ bezeichnete.

Es werde bis zur Hochzeit Lady Dianas wichtigste Aufgabe sein, ihrer besten Freundin Sarah zu zeigen, wie sie sich für einen in bessere Form bringen kann, prophezeiten Ende März die Boulevardblätter der Fleet Street und meinten, „Foxy Fergie“ sei vor allem „unten herum“ zu rund - und kleide sich unvorteilhaft.

Doch da gibt es auch die anderen, die hoffen, daß Sarah Ferguson sich nicht zum Kleiderbügel der High-Fashion-Designer umfunktionieren läßt, nicht zum Aushängeschild der Abmagerungskunst wird und nichts von ihrer jetzigen Natürlichkeit abgibt.



Eroberte die Herzen ihrer Landsleute im Sturm: Sarah Ferguson (neben ihr Prinz Andrew) FOTO: GLENN HARVEY/CAMERA PRESS

Berge von Müll nach den Liberty-Feiern

SAD, New York
Einen Müllberg wie selten bei einer Veranstaltung zuvor hinterließen die Millionen Besucher der Stadt New York nach den Feiern zum 100. Geburtstag der Freiheitsstatue. Schon während der Feierlichkeiten und erst recht danach schaukelten New Yorks Müllmänner 2079 Tonnen Müll zusammen. Damit gehört der Geburtstag der „Miss Liberty“ zu den abfallträchtigsten Großereignissen der Stadt. Das Ende des Zweiten Weltkriegs feierten die New Yorker am 14. und 15. August 1945 und hinterließen dabei 6438 Tonnen Müll. Astronaut John Glenn wurde nach seiner Rückkehr aus dem Weltall am 1. März 1962 mit einer Konfetti-Parade geehrt - insgesamt 3474 Tonnen Papierschnipsel flatterten damals auf den Broadway. Die Kosten für die jüngste Abfallbeseitigung belaufen sich übrigens auf stattliche 1,05 Millionen Dollar.

Anzeige erstattet

SAD, Paris
Das Rätsel um das Verschwinden des deutschen Ingenieurs Ulrich Bech (41) ist jetzt von der französischen Kriminalpolizei offiziell zu einem „Entführungsfall“ erklärt worden. Die Ehefrau des Verschwundenen reichte Anfang der Woche eine Anzeige gegen Unbekannt wegen Entführung ein. Bech wurde zuletzt am 19. Juni in Nordfrankreich gesehen. Die Polizei hält es für möglich, daß der Deutsche das Opfer von Industriespionen wurde, da er im Besitz einer von ihm selbst entwickelten Formel für eine Metallierung war, die von bedeutendem strategischem Wert ist.

Satellit explodiert?

AP, Tokio
Der sowjetische Aufklärungssatellit Kosmos 1736 ist nach Angaben eines japanischen Amateurastronomen explodiert. Teile des in etwa 900 Kilometern Höhe über der Erde aus einandergebrochenen Satelliten, darunter auch ein kleiner Kernreaktor, könnten innerhalb eines Jahres auf die Erde fallen. Der Vorsitzende des Astronomischen Vereins von Tokushima, Nariyasu Hashimoto, sagte laut „Japan Times“, die Nasa habe ihm bestätigt, daß der Satellit, vermutlich infolge eines technischen Defekts, auseinandergebrochen sei.

Dauerregen in Italien

dpa, Rimini
Dauerregen, Stürme und Gewitter verderben vielen Urlaubern die Feiertage in Nord- und Mittelitalien. Seit Samstag regnet es in Rimini, dem Hauptort des sogenannten Penzionen-Strips, ununterbrochen. Zahlreiche Feriengäste reisten vorzeitig ab. Wenig Trost gibt der Wetterbericht: Nach einer leichten Besserung zur Wochenmitte werde die Schlechtwetterperiode zum Wochenende wieder voll einsetzen.

Das beste ist: eine gute Versicherung.

SIGNAL VERSICHERUNGEN

Tennis Lärmbelastigung

dpa, Lüneburg
Tennis kann zu unzumutbaren Lärmbelastigungen führen, entschied das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg. Der Tennis- und Hockeyclub THC Blau-Weiß in Bad Oldesloe darf nun nach der erlassenen einstweiligen Anordnung seine Tennisplätze nur noch sechs Stunden am Tag benutzen. (Az.: II A 78/84)

Gemälde gestohlen

dpa, Cahors
Neun surrealistische Gemälde im Wert von rund 1,3 Millionen Mark, darunter Arbeiten von Salvador Dalí, Max Ernst und René Magritte, haben unbekannte Täter aus dem städtischen Museum in Cahors in Südfrankreich gestohlen. Da das Museum bei dem Einbruch am Montag wegen des französischen Nationalfeiertags geschlossen war, wurde der Diebstahl erst gestern entdeckt.

Raub im Beichtstuhl

rt, Perth
Ein etwa 30jähriger Mann im australischen Broome zweckentfremdet einen Beichtstuhl: Statt dort zu bereuen, stindigte er, indem er den Priester zu berauben versuchte. Der Priester konnte fliehen; auch der Übeltäter machte sich aus dem Staub.

ZU GUTER LETZT

„Kopplaus auch in der DDR auf dem Vormarsch“, meldete das Informationsbüro West in Berlin.

Warum sieht man Mädchen nie vor einem Fahrradladen?

E. REVERMANN, Hannover
„Ich wünsche mir, daß in unseren Schulbüchern auch ein Junge weinen darf.“ Mit dieser Bemerkung hat Niedersachsens Kultusminister Georg-Bernard Oschatz (CDU) jetzt ein Durchforsten der Schulbücher zum „Abbau von Verkürzungen von gesellschaftsspezifischen Rollen“ angekündigt. Niedersachsen hat damit als erstes Bundesland eine Expertenkommission, in der Frauen die Mehrheit bilden, eingerichtet.

Nach Ansicht des 49jährigen Ministers wird in Schulbüchern bisher nur in wenigen Ausnahmen der Alltag der jungen Menschen realistisch, ohne geschlechtsspezifisches Rollenverhalten, dargestellt. Daß ein Mädchen aktiv Fußball spielen kann, Väter den Familientag gestalten, Mütter verantwortliche Positionen ausfüllen und Frauen technisch-naturwissenschaftlichen Anforderungen gerecht werden können“, komme in heutigen Schulbüchern so gut wie nicht vor.

benängelt Oschatz. Dabei gehöre es zu den Aufgaben der Schule, junge Menschen zu gleichberechtigter Partnerschaft zu erziehen.

So wurden in einem Sprachbuch für die Mittelstufe 27 Männerberufe aufgeführt, erst dann folgten „Hausfrau, Frau, Mensch“. Eine behilferliche Schüleraufgabe in einem anderen Schulbuch zeige nur Mädchen vor einer Mode-Boutique und nur Jungen vor einem Fahrradladen. „Auf den Gedanken, daß ein Junge sich auch schick kleiden oder ein Mädchen auch gern ein neues Fahrrad hätte, ist wohl niemand gekommen“, meinte der Minister. Schlicht falsch und „von vorgestern“ sei auch der Satz in einem seit fünf Jahren benutzten Schulbuch: „Derzeit gibt es noch keine Fortbildungsmöglichkeiten für Hausfrauen.“

Die Kommission will ihre Klischee-Expertise bis Jahresende vorlegen. Der nächste Schritt liegt bei den Gutachtern und Schulbuchverlagen.

LEUTE HEUTE

Eiscremeschnellessen

Nach spannenden 25 Sekunden schmetterte am Montag im New Yorker Empire State Building der Versuch des 21jährigen Londoners Tony Doveswell, seinen eigenen Weltrekord im Eiscremeschnellessen zu unterbieten. Schuld für den Abbruch war angeblich der Gebrauch einer amerikanischen Plastikschüssel statt der gewohnten englischen Suppenterrine, aus der man besser schaufeln kann. Das außergewöhnliche Talent des jungen dünnen Mannes, der nicht nur in 50,04 Sekunden einhalb Kilogramm Eis verdrücken konnte, sondern auch als schnellster Kuchenesser im „Guinness-Buch der Rekorde“ steht, liegt übrigens in der Familie: Sein wohlbelebter Vater, der 42jährige Maurer Peter Doveswell, ist Weltrekordler im Schnellessen in den Sparten Aal, zerstampfte Kartoffeln, hart- und weichgekochte Eier, Spaghetti und Hamburger. Die Mutter Mary hält mehrere Rekorde im Bierschnellessen der Frauen.

Unheimliches Ereignis

Serie von Erdstößen in Kalifornien / Angst vor großem Beben

HELMUT VOSS, Los Angeles
Stacey Devers saß frühmorgens noch halbverschlafen in ihrem an der Strandpromenade von Oceanside südlich von Los Angeles geparkten Auto. Die junge Frau wartete darauf, daß die Imbilstube, in der sie arbeitete, vom Besitzer geöffnet würde. „Plötzlich begannen die Lichtmasten entlang der Straße wie Pappeln im Wind zu schwanken, und mein Auto wurde hin und her geschüttelt“, berichtete sie später atemlos. „Ich konnte sehen, wie die Wellen größer und größer wurden und wie das Meer nach einiger Zeit zurückwich. Es war unheimlich.“

Das „unheimliche Ereignis“ geschah am Sonntag um 6:46 Uhr. Zum zweiten Mal innerhalb von fünf Tagen wurde der Süden Kaliforniens von einem mittleren Erdbeben erschüttert und die Menschen erneut daran erinnert, daß das vorausgesagte „große Beben“ näherückt. Das Zentrum des jüngsten, zehn bis 20 Sekunden andauernden Bebens befand sich vor der kalifornischen Küste rund 40 Kilometer südwestlich von Oceanside. Es erreichte auf der Richterskala eine Stärke von 5,3 und hatte damit nur ein Fünftel der Zerstörungskraft des Bebens, das am 8. Juli den Wüstentourismus Palm Springs und Umgebung heimsuchte und Schäden in Höhe von fast sechs Millionen Dollar anrichtete.

Dennoch wurden die Erdstöße von Sonntag in einem Gebiet mit einem Durchmesser von mehr als 200 Kilometern registriert. In dem eine Autostunde entfernten Los Angeles wurden Hunderttausende unsanft geweckt.

Das Epizentrum des letzten Bebens in Südkalifornien lag vor der Küste im Pazifischen Ozean.

Medaillenregen bei Olympiade der Mathematikgenies

AP, Warschau
Mit der Bekanntgabe der Gewinner ist am Montag in Warschau die diesjährige Mathematik-Olympiade zu Ende gegangen, an der sich 210 Ober- und Mittelschüler aus 37 Ländern beteiligten. Sieger des Wettstreits der Mathematikgenies wurden die Mannschaften aus den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mit jeweils 203 Punkten. Den dritten Rang belegte das Team aus der Bundesrepublik Deutschland mit 196 Punkten.

Die Mathematik-Olympiade, 1959 ins Leben gerufen, wurde zunächst nur zwischen Mannschaften aus dem Ostblock ausgetragen. Später wurde der Teilnehmerkreis des Zahlen-Wettstreits auch auf Teilnehmer aus anderen Ländern ausgedehnt.

Der eigentliche Wettbewerb der Rechenkünstler fand schon am Mittwoch und Donnerstag voriger Woche statt, die Auswertung der Ergebnisse dauerte jedoch bis zum Sonntag. Jeder Teilnehmer bekam sechs knifflige Fragen vorgelegt, für deren Beantwortung es im Höchstfall jeweils sieben Punkte gab. Wer also alle Aufgaben löste, kam auf 42 Punkte. Dies schafften nur drei Teilnehmer, 34 Punkte und eine Goldmedaille erhielten zwei Teilnehmer aus der Bundesrepublik. Unter den Silbermedaillengewinnern sind vier jugendliche Mathematikgenies aus der Bundesrepublik und zwei aus Österreich.

Medaillenregen bei Olympiade der Mathematikgenies

WETTER: Warm

Lage: Ein flacher Keil des Azorenhochs bestimmt mit feucht-warmer Luft das Wetter der nächsten Tage im gesamten Deutschland.

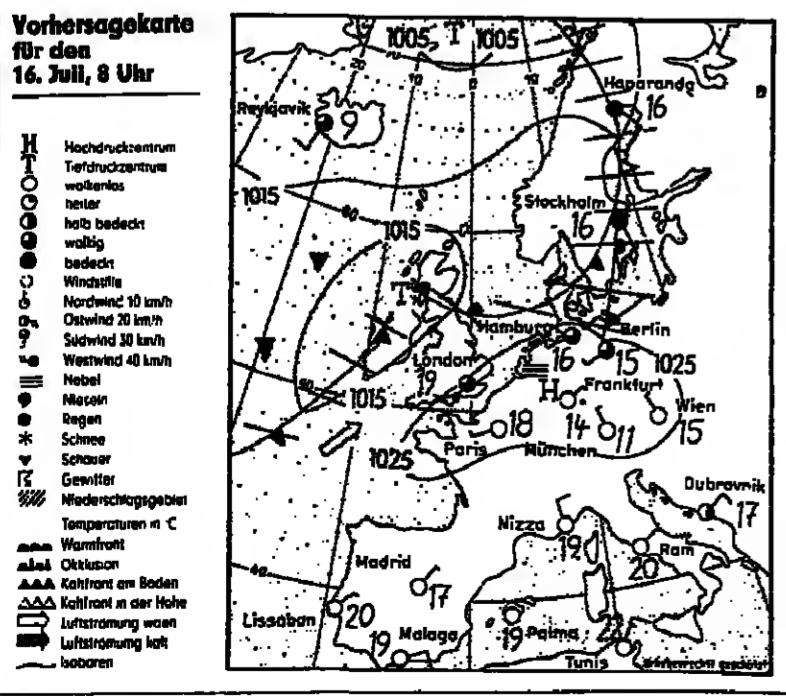
Vorhersage für Mittwoch: Nach Auflösung von Frühdunst und örtlichem Nebel oder Hochnebel heiter und trocken. Höchste Temperaturen im Südwesten bis nahe 30 Grad, im übrigen Deutschland auf 24 bis 28 Grad ansteigend. Tiefsttemperaturen 17 bis 14 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Weiterhin schwül-warm, zum Abend im Westen und Nordwesten aufkommende Gewitter.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 5:25 Uhr*, Untergang: 21:31 Uhr, Mondaufgang: 17:51 Uhr, Untergang: 1:07 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:	Paris	Wien
Berlin 22	29	26
Bielefeld 21	28	25
Bonn 21	28	25
Bremen 21	28	25
Dortmund 20	28	25
Dresden 20	28	25
Düsseldorf 20	28	25
Frankfurt 20	28	25
Hamburg 20	28	25
Köln 20	28	25
Leipzig 20	28	25
München 20	28	25
Nürnberg 20	28	25
Regensburg 20	28	25
Saarbrücken 20	28	25
Stuttgart 20	28	25
Trier 20	28	25
Zugspitze 2	28	25



1683

1683